

DIE WELTWOCH

80 JAHRE QUALITÄT



Warum so mürrisch, Frau Bundesrätin?

Berner Sternstunde: Die Schweiz sagt nein zum US-Deal. Was folgt jetzt?
Von Peter Keller, Roger Köppel und Markus Schär

Justizopfer Berlusconi

Der italienische Intellektuelle Giuliano Ferrara über den Ex-Premier.
Von Hansjörg Müller

Geld oder Sex

Wenn die Frau mehr verdient als der Mann. *Von Rico Bandle*





Entdecken Sie die Vielfalt der Schweizer Traditionen und Bräuche.



Holen Sie sich jetzt in einer UBS-Geschäftsstelle in Ihrer Nähe die neue Broschüre «100 Traditionen & Bräuche. Echt Schweiz.» von Schweiz Tourismus und UBS. Mit exklusiven Tipps und vergünstigten Freizeitangeboten.

UBS – Partner von
Schweiz Tourismus



www.ubs.ch/entdecken

Intern

Es wurde, entgegen den Befürchtungen auch der *Weltwoche*, eine Sternstunde: Das Parlament in Bern verweigerte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf sowie dem Bundesrat die Gefolgschaft und lehnte den sogenannten US-Deal ab, der einer Unterwerfung unter ausländisches Diktat gleichgekommen wäre. In dieser Ausgabe zeigen wir sämtliche National- und Ständeräte im Bild, die sich dem Powerplay der Supermacht widersetzen. Nach dem krimireifen Showdown im Bundeshaus stellen sich interessante Fragen: Was bedeutet die Niederlage für die politische Zukunft der Finanzministerin? Hat Widmer-



Berner Sternstunde: standhafte Parlamentarier.

Schlumpf gelogen, als sie dem Parlament eine Deadline bis Ende Juni vorgab? Welche Motive bewegten die SP, standhaft zu bleiben und den Deal abzulehnen? Wer führte das Lager der Nein-Sager an? Wer waren die Architekten der Ablehnung? Und wie geht es jetzt weiter? Ausserdem: der grosse Sessions-Check, ein Überblick über die wichtigsten und die teuersten Geschäfte sowie die meisten Absenzen im Rat. **Seite 22, 24, 27**

Spartanisch eingerichtete Räumlichkeiten betrat unser Mitarbeiter Hansjörg Müller, als er Giuliano Ferrara in Rom besuchte. Achtzehn zumeist junge Journalisten arbeiten für Ferraras Zeitung *Il Foglio*, der Chefredaktor selbst ist der Einzige, der über ein eigenes Büro verfügt, eine chaotische Studierstube, bis zur Decke gefüllt mit Büchern, Zeitungen und beissendem Zigarrenrauch. Die eigentliche Redaktion, so scherzte der Gastgeber, befinde

sich ohnehin in der nahegelegenen Trattoria «Checco er Carettiere», in die Ferrara den Besucher später einlud. Während Müller als Vorspeise frittierte Artischocken wählte, begnügte sich Ferrara mit grünen Bohnen. Er sei sich auf Diät, erklärte der schwergewichtige Intellektuelle (Spitzname: «Elefantino») unter den wachsamen Augen seiner Ehefrau. Im Interview spricht Ferrara über seinen Freund



AufDiät: Journalist Ferrara.

Silvio Berlusconi, Beppe Grillo und die politische Situation in Italien. **Seite 36**

«Ich muss mich für nichts entschuldigen, was ich publiziert habe», sagte Niall Ferguson beim Interview in Berlin. Der Harvard-Historiker fand es denn auch müssig, seine umstrittenen Äusserungen über die Homosexualität des Ökonomen John Maynard Keynes zu diskutieren, weil unser Redaktor Markus Schär sein Buch «Paper and Iron» von 1995 nicht gelesen habe: In diesem Werk, das auf einem Forschungsaufenthalt in Hamburg für seine Dissertation beruhte, zeigte Ferguson aufgrund sorgfältiger Quellenarbeit, dass Keynes sich bei den Friedensverhandlungen von Versailles 1919 sexuell zum deutschen Delegationschef Carl Melchior hingezogen fühlte und deshalb die deutsche Position falsch einschätzte. Trotz dieser Wissenslücke kam das Gespräch schnell in Gang, auch über das heikle Thema. Und obwohl das Zeitbudget schon überschritten war, posierte der Intellektuellen-Star, dem neben Homophobie auch schon Rassismus vorgeworfen worden ist, danach noch lange willig im idyllischen Garten des Ullstein-Verlages – für einen schwarzen Fotografen aus New York. **Seite 52**

Ihre Weltwoche

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69,

E-Mail: redaktion@weltwoche.ch

E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch

Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07,

E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91

E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch

Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)

Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)

Weitere Angebote für In- und Ausland unter

www.weltwoche.ch/abo

E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)

Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel

Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (*Leitung Inland*)

Produktionschef: David Schnapp

Redaktion:

Rico Bandle (*Leitung Kultur*),

Alex Baur, Urs Gehrigler,

Andreas Kunz, Christoph Landolt,

Daniela Niederberger, Alex Reichmuth,

Markus Schär, Beatrice Schlag (*Los Angeles*),

Florian Schwab, Lucien Scherrer,

Mark van Huissing

Redaktionelle Mitarbeiter:

Miroslav Barták, Peter Bodenmann,

Silvio Borner, Henryk M. Broder,

Markus Gisler, Pierre Heumann,

Peter Hostenstein, Hansrudolf Kamer,

Peter Keller, Wolfram Knorr, René Lüchinger,

Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli,

Franziska K. Müller, Daniele Musciconico,

Deborah Neufeld, Kurt Pelda,

Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht,

Sacha Verna (*New York*),

Sami Safzai (*Pakistan/Afghanistan*),

Jürg Zbinden, Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring

Bildredaktion: Adam Schwarz (*Leitung*),

Verena Tempelmann, Joël Hunn (*Assistent*)

Layout: Tobias Schär (*Leitung*),

Silvia Ramsay

Korrektorat: Cornelia Bernegger und

Rita Kempfer (*Leitung*), Viola Antonovits,

Gregor Szyndler, Dieter Zwicky

Sekretariat: Miriam Schoch (*Leitung*),

Inga-Maj Hojajj-Huber

Marketing: Guido Bertuzzi (*Leitung*)

Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (*Leitung*),

Christine Lesnik (*Leitung WW-Magazin*),

Brita Vassalli

Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (*Leitung*)

Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07

E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch

Online-Vermarktung: Adextra

Tarife und Buchungen: Tel. 044 533 09 93,

info@adextra.ch

Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG,

Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt

auf Recyclingpapier, das aus

100 % Altpapier hergestellt ist.

Es schont damit Ressourcen,

Energie und somit die Umwelt.

printed in
switzerland

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut



ALWAYS ON TARGET !



Flagship Chrono

Ref. B-4183.04.007

Gehäuse aus Edelstahl

Chronofunktionen

kratzfestes Saphirglas

wasserdicht bis zu 10 ATM (100m)

Swiss Made



SWISS MILITARY
HANOWA



Weitere Informationen und Verkaufsstellen:

www.swissmilitary.ch

Hanowa AG, Solothurn, Tel. 032 329 39 80, info@hanowa.ch

Widerstand

Die Hochnäsigkeit der OECD, Gratulation an den Nationalrat, UBS in Form, Turbulenzen bei Economiesuisse. Merkel.
Von Roger Köppel

Die Schweiz krankt immer noch an der Schwerfälligkeit ihres politischen Systems», behauptet mit gerümpfter Nase Pascal Saint-Amans, Steuerchef der OECD in einem Interview mit der *NZZ am Sonntag*. Meint er die Schwerfälligkeit, welche die Schweiz daran gehindert hat, der EU und dem Euro beizutreten? Meint er die Schwerfälligkeit direktdemokratischer *checks and balances*, die unsere Politiker davor bewahren, ähnlich gigantische Schulden aufzutürmen wie die meisten OECD-Staaten? Saint-Amans liegt dramatisch falsch. Ihre Schwerfälligkeit ist eine der grossen Stärken der Schweiz, wobei die flagrante Hochnäsigkeit, mit der sich internationale Funktionäre neuerdings geballt über die Eidgenossenschaft beugen, ein untrügliches Indiz für die aussenpolitische Schwäche unserer Regierung ist.

Die Absage des Nationalrats an das Hochgeschwindigkeitsgesetz zum Bankenstreit ist ein heilsames Lebenszeichen und ein Beleg dafür, dass die Schweiz nicht alles mit sich machen lässt. Beim Volk, unter Freunden und Kollegen war immer grosses Unbehagen an der Vorlage spürbar. Ich kenne keinen Bankangestellten, keinen, der es richtig fand, die Banken zu ermächtigen, ihre Angestellten den US-Behörden ans Messer zu liefern.

Die infame Idee des Mitarbeiterverrats als Kern eines Bundesgesetzes zum Finanzplatz blieb in den letzten Wochen massiv unterkritisiert. Dass der Bundesrat ein so schändliches Anliegen überhaupt absegnete, ist ein Hinweis darauf, wie weit rechtsstaatliche und moralische Instinkte unter dem Dauerdruck der Amerikaner verkümmerten. Am Ende war einfach «zu viel Heu unten», der Bogen wurde überspannt bis hin zur temporären Ausschaltung heute geltender Gesetze für ein Jahr durch den US-Deal. Gratulation an alle Nationalräte, die das Verräter-Gesetz ablehnten.

Letzten Samstag gab der Präsident der Bankiervereinigung, Patrick Odier, eines seiner gewohnt charmanten Interviews. In aller Selbstverständlichkeit erklärte der drahtige Privatbankier, die Amerikaner wollten Informationen über die «ganze Verantwortungskette» innerhalb der Banken, insbesondere die Namen von Angestellten, also müsse



«Infame Idee des Mitarbeiterverrats».

man nach Ablehnung des Bankengesetzes durch den Nationalrat jetzt Wege finden, ihnen diese Informationen auszuhändigen. Keine Sekunde verschwendete Odier an den Gedanken, die Mitarbeiter, die in aller Regel nur die Anordnungen ihrer Vorgesetzten und ihrer Rechtsabteilungen ausgeführt haben, vor den Amerikanern zu schützen. Der General desertiert seine Soldaten. Man müsste jetzt eine Bank gründen, die mit dem Versprechen antritt: «Bei uns müssen Sie nicht damit rechnen, dass Ihr Chef Sie ans Ausland verrät.»

Aus verlässlichen Quellen ist zu vernehmen: Das Deutschland-Geschäft der UBS läuft hervorragend, womit die Verantwortlichen nie gerechnet hätten. Zwar will es die Bank aus börsenrechtlichen Gründen nicht bestätigen, dennoch verraten wir es ausnahmsweise, weil sich dahinter eine erstaunliche Erkenntnis verbirgt. Trotz Steuerstreit, Datenklau und deutschen Brachialpolitikern im Kampf gegen die selbstverschuldete Landplage der Steuerhinterziehung bleibt die einst gebeutelte Schweizer Grossbank attraktiv für deutsche Kunden.

Die Grundlage des Zuflusses an Neugeldern sind nicht Techniken der Steuervermeidung, sondern neben dem sicher hochwertigen Kundendienst sind es die Qualitäten der Schweiz in ihrer Eigenschaft als Finanzplatz, die verlocken. Je mehr sich die Welt in aggressive, ihre Bürger belauernde, ausplündernde, überwachende, das Privateigentum anknabbernde Leviathane gruppiert, desto anziehender wirkt der solide, unabhängige Kleinstaat Schweiz – solange er sich selber bleibt. Der Erfolg der UBS ist auch ein Erfolg ihres Standorts.

Der Schweizer Wirtschaftsverband Economiesuisse befindet sich in einer Abwärtsspirale unnötiger Selbstzerfleischung. Die personellen Turbulenzen und Verschiebungen der letzten Woche sind vor allem die panische Überreaktion auf die verlorene Kampagne gegen die «Abzocker»-Initiative des produktiven Exzentrikers Thomas Minder aus Schaffhausen. Die Niederlage versetzte den Verband in einen Zustand tiefer innerer Verstörung, dabei war diese Abstimmung nie zu gewinnen gewesen und die Niederlage nicht primär das Resultat persönlichen Versagens. Diesen Kampf hätten auch die mythisch überhöhten Vorgängerorganisationen von Economiesuisse – Vorort und Wirtschaftsförderung – nicht für sich entschieden. Minders Anliegen war von links bis rechts populär, und abgesehen von ein paar Übertreibungen ging es in eine vertretbare Richtung.

Was ist mit Economiesuisse los? Warum lässt sich der stolze Verband so leicht aus dem Gleichgewicht bringen? Schon unmittelbar nach der Minder-Abstimmung taumelte die Organisation im Ring, schmolldend, verkrampt, der klassische Verlierer. Anstatt die programmierte Schlappe abzuhaken und die neuen Schlachten vorzubereiten, grübelte man depressiv der Niederlage nach. Das Fazit drängt sich auf: Unter dem neuen Präsidenten Rudolf Wehrli hat der Verband an Stand- und Sturmfestigkeit verloren. Der neue Vorsitzende nimmt auch schon bald wieder den Hut. Es gelang ihm nicht, die Aura des weltentrückten, leicht somnambulen Theoretikers abzustreifen. Er liess es auch zu, dass sein fähig-forscher Direktor Pascal Gentinetta, ein kluger, diplomatisch nicht übermenschlich begabter Ökonom, unnötig Geschirr zerschlug. Ihm fehlte die beruhigende Hand des präsidialen Mentors. Sein Abgang kommt jetzt zum dümmsten Zeitpunkt. Während die Linke mit ihren wirtschaftsfeindlichen Erbschafts- und Lohninitiativen anrollt, holpert Economiesuisse auf dem Pannestreifen. Der Verband serbelt wegen seiner Unfähigkeit, komplexlos zu sich und seinen Anliegen zu stehen.

Gemäss *Spiegel* vollzieht die deutsche Kanzlerin Angela Merkel eine klammheimliche Kehrtwende in der Europapolitik mit dem Ziel, den Souveränitätstransfer von Berlin nach Brüssel zu stoppen. Explizit wendet sie sich gegen andere bürgerliche Politiker, die, wie etwa EU-Kommissar Günther Oettinger, den grossen Wurf fordern: «Wir brauchen eine Antwort darauf, wohin wir mit Europa wollen.» Die Kanzlerin ist schlauer. Sie weiss, dass dieses Europa nicht das Opium neuer Wachstumsvisionen braucht. Während die Männer die Nüstern blähen, leitet Merkel schweigend den Stillstand ein, vielleicht die Vorstufe eines EU-Rückbaus. Zu Recht. Merckels Witterung funktioniert.



Regie-Debüt: Yangzom Brauen. Seite 46



Religion futebol: Brasilien. Seite 15, 43



Die Standhaften: Parlament. Seite 22



Opfer der Justiz: Berlusconi. Seite 36

Kommentare & Analysen

5 Editorial

11 Kommentar EMRK aufkündigen

11 Im Auge Josefa Idem, Italiens Angela Merkel

12 Bundesrat Gegen das Volk

12 Energie Die Wende ohne Volk

13 Personenkontrolle Berset, Sachs, Wanner, Widmer-Schlumpf

13 Nachruf Hans Hass, Naturforscher

14 Die Deutschen Mörderischer Zorn

14 Wirtschaft Das Parlament macht das Kalb

15 Ausland Hashtag-Protest und Autoritätszerfall

16 Mörgeli Promi-Politiker in Pool-Position

16 Bodenmann Neue Rezession dank Joe-Joe-Effekt

19 Medien NZZ-Chef Veit Dengler: Grosses Getrommel

19 Gesellschaft Der Gockel

20 Leserbriefe, Darf man das?

Hintergrund

22 Sie liessen sich nicht erpressen

Diese 141 National- und Ständeräte wehrten sich erfolgreich gegen die «Lex USA»

24 Warum so mürrisch, Frau Bundesrätin?

Die krimireifen Entwicklungen rund um das Nein zum Hochgeschwindigkeitsgesetz im Bankenstreit mit den USA

27 Grosser Sessions-Check

Der Überblick über die abgelaufene Sommersession

29 Economiesuisse Die Hintergründe zu Gentinettas Abgang

30 Könige unter den Blinden

Der Schweizerische Blindenbund ist fest im Griff des italienischen Familienclans Del Degan

32 Wer redet da noch von Sparen?

Die Sanierung der IV ist gescheitert, das Defizit bleibt

34 Das Gesetz und der Kinderwunsch

Das unsinnige Verbot von genetischen Untersuchungen an Embryonen

36 Justizopfer Berlusconi

Der Intellektuelle Giuliano Ferrara über seinen Freund Berlusconi, die Justiz und die Politik in Italien

39 Fall Snowden Freizügiges Asyl in Lateinamerika

40 Action und Power

Die neuen starken Frauen im Weissen Haus

42 Ägypten Präsident Mursi und die Islamisten

43 Brasilien Das seltsame Paar Rousseff und Neymar

44 Geld oder Sex

Wenn sie mehr verdient als er, hat der Mann oft ein Problem

46 Die Risiko-Frau

Schauspielerinnen Yangzom Brauen und ihr Hollywood-Glück

48 Wirtschaft Martin Sorrell über seine Leistung als Unternehmer

50 Tour de France Unsterbliches Epos

Die Schweiz verfügt über viele traumhafte Orte. Und einen, an dem Sie besonders verwöhnt werden.

In SWISS First setzen wir alles daran, Ihnen den besten persönlichen Service zu bieten. Mit individueller Betreuung, kulinarischen Höhenflügen und der leidenschaftlichen Liebe zum Detail. Jetzt können Sie unser Verwöhnprogramm auch zu zweit genießen. Buchen Sie bis 13. Juli 2013 in Ihrem Reisebüro, unter 061 582 44 44 oder auf swiss.com



SWISS First Companion Specials:
z.B. nach Bangkok
ab CHF 8999.–
für 2 Personen

A STAR ALLIANCE MEMBER 

Our sign is a promise.



Preis für 2 Personen, gültig für Hin- und Rückflug ab Zürich/Basel/Genf/Lugano, inklusive aller Steuern und Gebühren bei Buchung auf swiss.com. Zuschlag je nach Zahlungsmittel möglich. Buchungszeitraum: ab sofort – 13.7.2013. Reisezeitraum: ab sofort – 31.10.2013. Mindestaufenthalt: Nacht von Sa/So oder 4 Nächte. Maximalaufenthalt: 2 Monate. Hin- und Rückflug müssen gemeinsam abgeflogen werden. Extra-Servicegebühr bei Buchung im Reisebüro (variabel) oder bei SWISS unter 061 582 44 44 (CHF 30.– pro Buchung). Endpreis kann leicht variieren, abhängig vom genutzten Reservierungssystem des Reisebüros. Die Tarife gelten vorbehaltlich Verfügbarkeit. Änderungen und Druckfehler vorbehalten.



«Ist es etwa nicht wichtig, zu wissen, ob Friedrich der Grosse schwul war?»: Niall Ferguson. Seite 52

Interview

52 «Es braucht die Briten in der EU»

Der streitbare schottische Historiker Niall Ferguson sagt den Niedergang des Westens voraus, weil die Babyboomer-Generation auf Kosten ihrer Kinder lebe

Stil & Kultur

56 Stil & Kultur Der inszenierte Blick

58 Bestseller

58 Die Bar-Theke, die die Welt bedeutet

Jérôme Ferraris preisgekrönter Roman «Predigt auf den Untergang Roms» gibt es endlich auf Deutsch

59 Aus der Tiefe des Unbewussten

Die Kraft von Traum und Glück in einer entzauberten Welt – das zeigt eine Ausstellung über den Schweizer Symbolismus im Kunstmuseum Bern

59 Jazz Rusconi (Stefan Rusconi, Fabian Gisler, Claudio Strüby): «Revolution»

60 Top 10

60 Kino «Child's Pose», «World War Z», «The Host»

61 Fernseh-Kritik «Mitenand»: Die gute Tat der SRG

62 Namen Ein Bier für die «Prima Diva»

63 Hochzeit Samuel Diekmann und Brenda Matheis

63 Thiel Katze im Sack

64 Wein Thomas Pichler: Kalterersee Auslese Olte Reben 2011

64 Die Besten Das coole Sommerquartett

65 Auto Jaguar F-Type V6 S

65 Zu Tisch Dom Pérignon Vintage 2004 bei Benoît Violier

66 MvH trifft Peter Wick

Autor in dieser Ausgabe

Michael Klonovsky



Der 1962 in Ostdeutschland geborene Journalist und Buchautor lebt seit über zwanzig Jahren in München und ist Leiter des Debattenressorts beim Nachrichtenmagazin

Focus. Er hat sich in Artikeln und Büchern ebenso mit den verheerenden Auswirkungen des Sozialismus wie mit Sloterdijk, Wagner und Sexismus gegen Männer auseinandergesetzt. 2011 erschien von Klonovsky das Buch «Der Held – Ein Nachruf» (Verlag Diederichs). In dieser Ausgabe erklärt der vielseitige und mit Humor beschlagene Autor den Mythos Tour de France, die am Samstag zum hundertsten Mal startet. Es gebe trotz Epo und anderen Doping-skandalen keinen grossartigeren Sportanlass in der Welt als die Frankreichrundfahrt per Zweirad (Seite 50).

Abonnenten profitieren.



Ausgewählte Angebote aus den Bereichen Unterhaltung, Kultur und Reisen
www.weltwoche.ch/platinclub

DIE WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT

NEU: LEXUS IS 300h VOLLHYBRID. LEISTUNG RAUF. PREIS RUNTER.



ABBILDUNG: LEXUS IS 300h F SPORT, AB FR. 58 250.-*

**LEXUS
HYBRID
DRIVE**

BEWÄHRTE VOLLHYBRIDTECHNOLOGIE BI-XENON-Scheinwerfer LED-TAGFAHRLICHT AUTOMATISCHE KLIMAANLAGE LEXUS MEDIA DISPLAY ENERGIEEFFIZIENZ-KATEGORIE A 4,3 l/100 km VERBRAUCH** 99 g/km CO₂-EMISSIONEN** **KOMPLETTESTE SERIENAUSSTATTUNG IS 300h AB FR. 44 650.-*** DEN IS GIBT ES AUCH ALS IS 250 IMPRESSION MIT V6-BENZIN-AGGREGAT AB FR. 42 550.-* **NEU MIT 10 JAHREN GRATIS-SERVICE**
JETZT PROBE FAHREN.

LEXUS PREMIUM SERVICE
10 JAHRE
100 000 km

LEXUS PREMIUM EINTAUSCHPRÄMIE
FR. 4250.-
UND 3,9% PREMIUM LEASING

ALTER BASISPREIS IS 250 BUSINESS:	FR. 54 100.-
NEUER BASISPREIS IS 250 IMPRESSION:	FR. 46 800.-
LEXUS PREMIUM-EINTAUSCHPRÄMIE:	FR. 4 250.-
IHR VORTEILSPREIS:	FR. 42 550.-*



lexus.ch / LexusSwitzerland

DIE KOMPLETTE LEXUS MODELLREIHE MIT INTELLIGENTER VOLLHYBRIDTECHNOLOGIE:



CT 200h VOLLHYBRID



RX 450h VOLLHYBRID



GS 450h VOLLHYBRID



LS 600h VOLLHYBRID

* Lexus Premium-Vorteilskonditionen gültig für Vertragsabschlüsse bis 31.08.2013 mit Inverkehrsetzung bis 31.12.2013 oder bis auf Widerruf. Unverbindlicher Basispreis IS 300h (2,5-Liter-Vollhybrid, 4-türig) ab Fr. 48 900.-, abzüglich Lexus Premium-Eintauschprämie Fr. 4 250.- = Vorteilspreis Fr. 44 650.-. Leasingrate monatlich ab Fr. 450,40 inkl. MwSt. Unverbindlicher Basispreis IS 300h F SPORT (2,5-Liter-Vollhybrid, 4-türig) ab Fr. 62 500.-, abzüglich Lexus Premium-Eintauschprämie Fr. 4 250.- = Vorteilspreis Fr. 58 250.-. Leasingrate monatlich ab Fr. 589,15 inkl. MwSt. Berechnungsbeispiel: alter unverbindlicher Basispreis (IS 250 Business) ab Fr. 54 100.-, neuer unverbindlicher Basispreis (IS 250 Impression) ab Fr. 46 800.-, abzüglich Lexus Premium-Eintauschprämie Fr. 4 250.- = Vorteilspreis Fr. 42 550.-. Leasingrate monatlich ab Fr. 430,40 inkl. MwSt. Sonderzahlung 25% vom Nettopreis. 48 Monate, 100 000 km/Jahr. Eff. Jahreszins: 3,97%. Kautions 5% des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. Lexus Premium-Service beinhaltet kostenlose Servicearbeiten und Mobilität bis 10 Jahre oder 100 000 km (es gilt das zuerst Erreichte).
** Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 715/2007/EWG. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 153 g/km. Die Verbrauchsangaben in unseren Verkaufsunterlagen sind europäische Kraftstoff-Normverbrauchsangaben, die zum Vergleich der Fahrzeuge dienen. In der Praxis können diese je nach Fahrstil, Zuladung, Topographie und Jahreszeit teilweise deutlich abweichen. Wir empfehlen ausserdem den Eco-Drive-Fahrstil zur Schonung der Ressourcen.

Die Souffleure des intelligenten Tischgesprächs.

Jeden Donnerstag fundierte Recherchen und interessante Artikel aus Politik, Gesellschaft und Kultur. Sie haben noch kein Abo? Jetzt bestellen über Telefon 043 444 57 01 oder www.weltwoche.ch/probeabo. Selbstverständlich auch online und übers Handy verfügbar.

DIE  WELTWOCH
80 JAHRE QUALITÄT



Die EMRK aufkündigen

Von Alex Baur — Mit einer Ausweitung des Menschenrechtsbegriffs massen sich die Richter in Strassburg Kompetenzen an, die ihnen nicht zustehen – und zerstören ihre eigene Glaubwürdigkeit.



Weltfremd: Helen Keller, Richterin am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Für den Bundesrat erübrigt sich jede Diskussion: «Eine Kündigung der EMRK [kommt] aus politischen und juristischen Gründen nicht in Frage.» Dies hätte, so schrieb er kürzlich in einer Antwort auf einen Vorstoss aus den Reihen der SVP, «gravierende Nachteile für die politische Glaubwürdigkeit unseres Landes zur Folge» und würde einen Austritt aus dem Europarat bedingen. Ende der Durchsage.

Tatsächlich fällt es schwer, die unter dem Eindruck des Zweiten Weltkrieges entstandene Europäische Menschenrechtskonvention zu kritisieren. Die in fünfzehn Artikeln scheinbar klar gefassten Grundrechte – vom Recht auf Leben über die Meinungsfreiheit bis zum Sklavereiverbot – stellt auch kein Mensch ernsthaft in Frage. Nicht einmal die böse SVP.

Doch um Menschenrechte im ursprünglichen Sinn geht es in Strassburg schon lange nicht mehr. Die dortigen Juristen haben über die Jahre ihre Kompetenzen ebenso eigenmächtig wie willkürlich ausgeweitet. Der Europäische Gerichtshof ist heute eine zusätzliche Appellationsinstanz, eine Art Oberbundesgericht, das über alle möglichen Belange des sozialen Zusammenlebens entscheidet.

So haben die Richter Raimondi, Jociené, Lorenzen, Sajó, Karakas, Vucinic und Keller kürzlich beschlossen, dass die Schweiz einen Bosni-

er, der freiwillig in seine Heimat zurückgekehrt war, trotz abgelaufener Aufenthaltsbewilligung wieder aufnehmen müsse, weil seine Gattin und die erwachsenen Kinder hier leben. Der Kanton Bern hatte ihm die Bewilligung verweigert, da das Ehepaar in keiner Weise integriert ist, total 330 000 Franken Sozialhilfe bezogen und 220 000 Franken Schulden angehäuft hat (was die beiden nicht daran hinderte, in Bosnien ein Haus zu bauen).

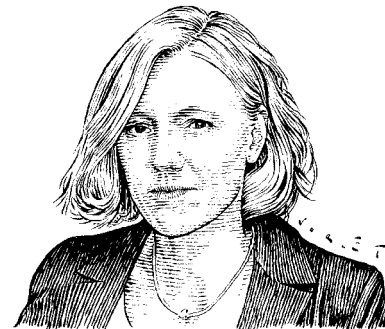
Ein Menschenrecht auf Reglemente

In fast gleicher Besetzung hat Strassburg kürzlich die Schweiz angewiesen, einen notorischen Drogenhändler aus Nigeria aufzunehmen, der mit falschen Papieren eingereist war und hier nie gearbeitet hat. Die Begründung: Der Mann hatte mit zwei Schweizerinnen drei Kinder gezeugt, die er gelegentlich treffen möchte (*Weltwoche* Nr. 16/2013). Gemäss *Tages-Anzeiger* hat das Bundesgericht das Verdikt bereits zur Praxis erhoben und einem kriminellen Mexikaner ein Bleiberecht erteilt, damit er sein aussereheliches Kind sehen kann.

Von grundsätzlicher Bedeutung ist auch die Order aus Strassburg vom letzten Mai, wonach die Schweiz die Sterbehilfe gefälligst reglementieren müsse. Ebendies hatte der Gesetzgeber vor ein paar Jahren verworfen. Nach in-

»» Fortsetzung auf Seite 12

Steuern und paddeln



Josefa Idem, Italiens Angela Merkel.

Angela Merkel gilt in Italien als die Übermutter und Verursacherin aller Krisen, als die heimliche Chefin, die Europa ihre deutschen Tugenden aufzwingt. Dann hatten die Italiener plötzlich ihre eigene deutsche Ministerin, zuständig für die Gleichstellung der Geschlechter, Sport und Jugendpolitik, auch wenn Josefa Idem offiziell als «il ministro», also männlich, etikettiert wurde. Erst sechzig Tage im Amt, stolperte «die Deutsche» und Sozialdemokratin ausgerechnet über italienische Untugenden. Sie soll Steuern hinterzogen haben.

Josefa (genannt «Sefi») Idem, 48, aber alterslos sportlich schöne und vor Energie sprühende Blondine, die in vier Sprachen laut werden kann, war in ihrem früheren Leben als Kanutin Olympiasiegerin, Europa- und Weltmeisterin. Seit 1990 ist sie mit ihrem Trainer Guglielmo Guerrini verheiratet und ist damit Italienerin. Ihr Vater, deutscher Polizist, wollte Interpol einschalten, als er davon hörte. Die beiden leben mit ihren zwei Kindern in einem Vorort von Ravenna gleichzeitig in zwei verschiedenen Häusern, und damit beginnen die Schwierigkeiten. Das erste Domizil ist die eigentliche Wohnadresse, das zweite Gebäude, nahe am Meer gelegen, haben sie illegal ausgebaut, wie die Strafverfolger vermuten, eine Fitnesshalle mit angegliederten Geschäftsräumen, die von der Familie auch als Wochenend-Bleibe genutzt wird. Weder für das eine noch für das andere Haus haben Idem und ihr Trainergatte Immobiliensteuern entrichtet.

Er behauptet, er habe es einfach vergessen. Sie versteckt sich hinter dem Schutzschild ihrer 38 gewonnenen Medaillen und sagt, sie habe nie Zeit gehabt, sich um diese Dinge zu kümmern. Es schützte sie nicht davor, Opfer des wahren Volkssports, der Jagd auf angeschlagene Politiker, zu werden. Die Ausdauernde, die an acht Olympischen Spielen teilnahm, paddelte noch fünf Tage gegen den Strom, ehe der Premier Enrico Letta sie aus dem Regierungsboot complimentierte.

Peter Hartmann

tensiver Debatte war man in Bern zum Schluss gelangt, dass das freiwillige Sterben nicht reglementiert werden soll und dass die vorhandenen Gesetze reichen. Die Strassburger Richter interessiert das nicht. Reglemente sind nach ihrer Meinung ein Menschenrecht.

Als einzige Schweizer Richterin in Strassburg wirkte die Völkerrechtlerin Helen Keller bei allen erwähnten Entscheiden mit. Keller studierte in Zürich und in Brügge und dissertierte zum Thema Umweltrecht. Der Nationalfonds finanzierte ihr Studienaufenthalte an verschiedenen Universitäten und Instituten im Ausland. Nebenbei bekleidet sie ein Mandat bei der Uno und wirkt als Gastprofessorin in Luzern. Praktische Erfahrung: keine. Keller kennt die Juristerei nur aus der Theorie.

Und genau so wirken ihre Urteile: realitätsfremd und abgehoben. Im Einzelnen sind es keine völlig unhaltbaren Entscheide – aber auch keine zwingenden. Fatal wirken die Meinungsäusserungen der Strassburger Juristen erst durch ihre allgemeinverbindliche Bedeutung. Kopftuch und Kruzifix im Schulzimmer, Homo-Ehe, Migrationsbeschränkungen oder Abtreibungspraktiken sind gesellschaftliche Probleme, die im demokratischen Prozess geregelt werden müssen. Was in Island oder Berlin recht und billig sein mag, kann in Anatolien oder Wladiwostok als ungerecht und inakzeptabel empfunden werden. Richter, die ihre gesellschaftspolitischen Ansichten zum allgemeingültigen Katechismus erheben, missbrauchen ihre Macht. Und sie zerstören auf die Dauer ihre eigene Glaubwürdigkeit.

Vor diesem Hintergrund muss es erlaubt sein, die Notwendigkeit des Europäischen Gerichtshofs grundsätzlich in Frage zu stellen. Stattdessen beschwört der Bundesrat die «zeitgemässe Auslegung» der Menschenrechte, «europaweit einheitliche Standards» und die Unterwerfung des nationalen Rechts unter das Völkerrecht. Deshalb sollen inskünftig Volksinitiativen einem juristischen Vorprüfungsverfahren unterzogen werden, noch bevor die erste Unterschrift daruntersteht.

Dass es mit etwas Selbstvertrauen auch anders ginge, demonstrierten die Italiener im Kruzifix-Fall. Nachdem die Strassburger Kommission mit 7 zu 0 Stimmen das Kreuz aus den Schulzimmern verbannt hatte, kündigte die italienische Regierung an, das Verdikt zu ignorieren. Die grosse Kammer des Gerichtshofs kippte darauf den Entscheid, mit erdrückenden 15 gegen 2 Stimmen.

Verweigerung ist eine Möglichkeit, die Meinungsmacher aus Strassburg in ihre Schranken zu weisen. Ehrlicher wäre es, die Konvention zu kündigen, bevor die Menschenrechte, eine der wichtigsten Errungenschaften unserer Zivilisation, nur noch als Karikatur wahrgenommen werden.

Bundesrat

Gegen das Volk

Von Roger Köppel — Die Landesregierung fasst zwei fatale Beschlüsse.

In diesen Tagen werden zwei bundesrätliche Massnahmen besonders zu reden geben. Erstens: Die Regierung beschliesst, mit Brüssel Verhandlungen aufzunehmen, um engere institutionelle Bindungen an die EU zu entwickeln. Die Schweiz soll sich im europäischen Binnenmarkt stärker mit der europäischen Plan- und Regulierungswirtschaft verschränken. Die Schweiz gibt Unabhängigkeit auf und beschränkt die Mitsprachemöglichkeit des direktdemokratischen Souveräns in der Hoffnung, der Wirtschaft damit verbesserte Wettbewerbschancen zu geben. Bis jetzt markiert erst die SVP Widerstand gegen das vom Bundesrat abgesegnete Burkhalter-Vorhaben.

Ebenso kontrovers bis fatal fällt ein zweiter künftiger Bundesratsbeschluss aus. Die Landesregierung, das versichern gutinformierte Quellen, legt dieser Tage die Gesetzesbestim-



Hohe Hürden: Simonetta Sommaruga.

mungen zur Ausschaffungsinitiative vor. Man erinnert sich: Die Vorlage wurde von Volk und Ständen deutlich angenommen, die Kantonsregierungen waren dagegen, der Bundesrat und das Parlament waren dagegen. Sie favorisierten einen entschärften Gegenvorschlag, den Volk und Stände ausdrücklich verwarfen.

Unter Justizministerin Simonetta Sommaruga basiert nun allerdings das neue Ausschaffungsgesetz weitgehend auf dem abgelehnten Gegenvorschlag, nicht aber auf der Initiative. Die Hürden für Ausschaffungen sind deutlich höher angesetzt als in der Volksinitiative. Dem Vernehmen nach weigert sich der Bundesrat auch, kriminelle Europäer in ihre Heimatländer zurückzuschaffen – wegen der Personenfreizügigkeit. Man rechtfertigt die Missachtung des Volkswillens mit dem Verweis auf die Menschenrechte. Und gibt offen zu, dass man sich dem demokratischen Gesetzgeber in der Schweiz, dem Volk, nicht mehr verpflichtet fühlt.

Energie

Ohne das Volk

Von Alex Reichmuth — Die Energiewende wird umgesetzt. Ein Entscheid an der Urne fehlt.

Heute ist ein denkwürdiger, ein historischer Tag», jubelte SP-Nationalrat Beat Jans schon im März, als der Nationalrat erstmals ja sagte zur sogenannten «Energiewende light». Letzte Woche nun passierte die Änderung des Energiegesetzes die Schlussabstimmung im Parlament. Zuvor war nur noch über Details diskutiert worden.

Dass linke Politiker jublieren, ist kein Wunder. Das Parlament erweist sich als zuverlässiger Vollstrecker ihrer Energieziele. Ab nächstem Jahr wird die sogenannte Kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) von heute 0,45 Rappen pro kWh Strom auf maximal 1,5 Rappen heraufgesetzt. Mit den zusätzlichen 300 Millionen Franken, die so Jahr für Jahr zusammenkommen, sollen Tausende von Solaranlagen, Wasserkraftwerken und Windrädern ermöglicht werden. Bezahlen müssen es die Privathaushalte und die Unternehmen.

Wohin die Subventionswirtschaft führt, zeigt sich in Deutschland. Dort klettert die Erneuerbare-Energien-Umlage, das Pendant zur schweizerischen KEV, dieses Jahr um 45 Prozent auf 20,4 Milliarden Euro. Schon heute bezahlen Privathaushalte 40 Prozent mehr für ihren Strom, als im EU-Schnitt üblich. Auch die Industrie legt tüchtig drauf. Die Verschiebung von Arbeitsplätzen ins Ausland droht. Gleichzeitig ist für die Umwelt nichts erreicht: 2012 produzierte Deutschland 5 Prozent mehr Kohlestrom als im Vorjahr.

Die Schweiz ist drauf und dran, die deutschen Fehler zu wiederholen. Das Volk wolle den Atomausstieg und die Energiewende, heisst es immer wieder. Allerdings wurde das noch in keiner Abstimmung bestätigt. Politiker unternehmen sogar alles, um einen Urnengang zu vermeiden und wichtige Entscheide zur künftigen Energieversorgung in aller Stille treffen zu können. So fand die Schlussabstimmung des Parlaments zur Erhöhung der KEV just zu dem Zeitpunkt statt, als der Lärm um die «Lex USA» am grössten war. Und anschliessend stellte die SP sofort den Rückzug ihrer Cleantech-Initiative in Aussicht. Diese verlangt, dass sich die Schweiz bis 2030 zur Hälfte mit erneuerbarer Energie versorgt. Die Volksinitiative diente vor allem als Druckmittel gegenüber dem Parlament, die energiepolitischen Weichen im Sinne der Linken zu stellen. Diese Rechnung ist nun aufgegangen. An der Urne aber droht dem Begehren eine Abfuhr – das wissen die Sozialdemokraten. Also verzichten sie lieber auf die Volksabstimmung.

Personenkontrolle

Berset, Dietrich, Daum, Sachs, Wanner, Schmid, Steinberger, Zanetti, Hegglin, Widmer-Schlumpf

Die Schweizer Unternehmen, aber auch die Schweiz seien «gut geölte Maschinen», sagte Bundesrat **Alain Berset** beim Industrietag von Swissmem: «Eine Maschine kann nur funktionieren, wenn sämtliche Einzelteile zuverlässig ihre Funktion erfüllen.» Erstmals hielt der Verband der Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie sein Jahrestreffen in der Romandie ab, in Freiburg, nur drei Kilometer vom Wohnort des Innenministers entfernt. Und da klemmte einiges. Erst mussten die Gastgeber das Programm umstellen, da der Bundesrat noch in Bern gefragt war. Dann, als er nach der



Es klemmte: Innenminister Berset.

Pause eintraf, fiel der Ton aus. Nach zehn Minuten technischer Bemühungen in einem Saal voller Ingenieure stellte Swissmem-Direktor **Peter Dietrich** fest: «Die Hausanlage ist tot.» Und schliesslich merkte Arbeitgeber-Direktor **Thomas Daum** mitten im Referat, einem der letzten vor seinem Abgang im Juli, dass er das falsche Manuskript dabei hatte, sprang von der Bühne, wühlte in der Tasche und fand die richtige Rede nicht. Das inoffizielle Motto der Veranstaltung empfahl übrigens, nicht am Erfolgsmodell Schweiz herumzuschrauben: «If it ain't broke, don't fix it.» (*sär*)

Das mediale Fieberthermometer stieg bedrohlich, als die *Sonntagszeitung* Anfang April ihre Offshore-Leaks-Enthüllungen veröffentlichte und den verstorbenen Opel-Erben **Gunter Sachs** ins Zentrum ihrer Berichterstattung rückte. «Gunter Sachs ein Steuerbetrüger?», fragte darauf der *Blick*. Trotz der damals schon dünnen Faktenlage rettete sich die *Sonntagszeitung* hinter eine Aussage von **Bruno Knüsel**, Direktor der Berner Steuerverwaltung, der ankündigte, das Dossier Gunter Sachs erneut hervorheben und überprüfen zu wollen. Dieses Statement belege, «dass [im Fall Sachs] nicht transparent deklariert wurde» und dass somit ein öffentliches Interesse daran bestehe, die



Entkräftete Vorwürfe: Sachs, Gattin Mirja.

finanziellen Verhältnisse von Gunter Sachs ans Tageslicht zu zerren. Weniger als drei Monate später wird das Steuerdossier wieder geschlossen. In einem Schreiben, das der *Weltwoche* vorliegt, entkräftet Steuerkommissar Knüsel sämtliche Vorwürfe: Die «in den Offshore-Gesellschaften vorhandenen Vermögenswerte sind in den Steuererklärungen als Direktbesitz (transparent) deklariert worden». Somit ergäben die erhaltenen Unterlagen und Erläuterungen «keinen Hinweis auf steuerlich relevante neue Tatsachen», und die Einleitung eines formellen Verfahrens sei «nicht angezeigt». Die von Anfang an mangelhafte Beweisführung gegen den toten Gunter Sachs bricht damit wie ein Kartenhaus in sich zusammen. (*fsc*)

Grosse Sause auf Schloss Waldegg in Feldbrunnen SO: Der scheidende Solothurner Finanzdirektor **Christian Wanner** (FDP) wurde geehrt, vor viel Prominenz. Alt Bundesrat **Samuel Schmid**, Kabarettist **Emil Steinberger**, Ständerat **Roberto Zanetti**, der neue Präsident der Finanzdirektorenkonferenz, **Peter Hegglin**, und Verleger **Peter Wanner** waren gekommen, um den Sitzungsgelder-Grossverdiener zu feiern. Finanzministerin **Eveline Widmer-Schlumpf** hielt die Laudatio und schenkte ihrem «verlässlichen Freund» ein Buch aus der Reihe «Solothurner Klassiker», das die Schriften des Arztes Jakob Hofstätter (1825–1871) über das Leben im Bucheggberg – Wanners Heimat – zusammenfasst. Darin steht: «Im Allgemeinen ist der Bucheggberger von offenem, geradem und loyalem Charakter [...], von grossem Rechtlichkeitssinn, redlich, freiheitsliebend und von guten Sitten.» Erstaunlich, wie am «Buechibärg» die Zeit überdauert. (*cal*)



«Verlässlicher Freund»: Finanzdirektor Wanner.

Nachruf



«Fisch unter Fischen»: Naturforscher Hass.

Hans Hass (1919–2013) — Seine Heimat war kein Dorf und keine Stadt, weder ein Hügelzug noch eine Insel. Hans Hass' Platz auf dieser Welt war das Meer. Als Teenager kehrte er dem Land erstmals den Rücken und tauchte ab ins tiefe Blau vor der Côte d'Azur. Er war kein Flüchtender, kein den Menschen Überdrüssiger. Kindliche Neugier hat ihn getrieben. Und was er an Schätzen aus den Tiefen hob, daran liess er die Menschheit teilhaben.

Bereits mit zwanzig Jahren veröffentlichte Hass sein erstes Buch «Jagd unter Wasser mit Harpune und Kamera». Seine Einblicke in die Welt der Meere eröffneten ein bis dato kaum bekanntes Universum. Bald begann er, Unterwasserfilme zu drehen. 73 sollten es werden. Sie trugen Namen wie «Abenteuer im Roten Meer». Seine Reisen mit dem Forschungsschiff «Xarifa» führten ihn in alle sieben Weltmeere und machten den Österreicher zu einem der grössten Naturforscher des letzten Jahrhunderts.

Seine Art, vom Meer zu erzählen, offenbarte die vollkommene Reinheit seiner Beziehung zu ihm. Wenn er abtauchte, war er Teil dieser anderen Welt, in der er sich so geschmeidig fortbewegte, als bände ihn ein Gelübde an sie. «Ich wollte mich wie ein Fisch unter Fischen bewegen», sagte Hass einmal. Obwohl er bereits vor mehr als fünfzig Jahren mit dem Tauchen aufhörte, ist er in Wirklichkeit nie mehr aufgetaucht. Hans Hass blieb seiner Heimat treu, setzte sich für Haie ein und wurde zum Kämpfer gegen Umweltzerstörung. Letzte Woche ist er in seiner Geburtsstadt Wien 93-jährig gestorben. *Urs Gehrig*

Mörderischer Zorn

Von Henry M. Broder — Todesfatwa gegen den Politologen Hamed Abdel-Samad.



Am 7. Juni hat ein bekannter ägyptischer Kleriker im ägyptischen Fernsehen eine Todesfatwa gegen einen Abtrünnigen verkündet. Hamed Abdel-Samad, ein 1972 in Ägypten geborener Politologe, der seit achtzehn Jahren in Deutschland lebt, habe den Islam und den Propheten Mohammed beleidigt und solle dafür mit seinem Leben büßen. Eine Fatwa ist eine Art Urteil, das ohne Gerichtsverhandlung gefällt wird und das auch nicht angefochten werden kann. Jeder gläubige Muslim hat das Recht, wenn nicht die Pflicht, es zu vollstrecken. Niemand weiss es besser als Hamed Abdel-Samad, der sich in Büchern («Der Untergang der islamischen Welt») und öffentlichen Auftritten kritisch mit dem Islam auseinandergesetzt hat, wohlwissend, welches Risiko er damit eingeht. Ich habe Hamed vor vier Jahren kennengelernt, kurz nach dem Erscheinen seines ersten Buches, «Mein Abschied vom Himmel», in dem er seinen Weg von einem Islamisten zu einem Intellektuellen beschreibt, der sich von niemandem sagen lässt, was er denken und woran er glauben soll.

Wir sind Freunde geworden. Zwei «Migranten», wie sie verschiedener nicht sein können und die doch mehr gemeinsam haben als den gleichen Pass, der sie beide als «Deutsche» ausweist. Wobei Hamed mit dem mörderischen Zorn der Islamisten rechnen muss, während mir schlimmstenfalls der Zentralrat der Juden auf die Pelle rücken könnte.

Nun befindet sich Hamed irgendwo an einem «sicheren Ort» in Ägypten, während ich in einem Berliner Café sitze und meine Mails lese. Und so gruselig die Sache auch ist, es gibt einen Trost: Der normale Deutsche hat viel besser verstanden, worauf es ankommt, als seine intellektuellen Repräsentanten, denen das Schicksal der vom Klimawandel bedrohten Eisbären viel mehr Sorge bereitet als die Fatwa gegen einen Kollegen, der nur von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hat. Während die Grossmeister des Kulturbetriebs schweigen, bekomme ich jeden Tag Mails wie diese: «Ich habe von der Fatwa gegen Hamed Abdel-Samad gehört. Wird da ein Refugium benötigt? An wen kann ich mich wenden?»

Komm zurück, Hamed. Der Untergang der islamischen Welt kann noch ein wenig dauern.

Das Parlament macht das Kalb

Von Silvio Borner — In der Sommersession toben sich die Wirtschaftspolitiker aus. Die Interessengruppen freuen sich – der Steuerzahler hat das Nachsehen.

Nach dem trüben Frühling präsentierte sich die Sommersession kunterbunt, ja fast kafkaesk. Beginnen wir mit den jahrelangen Verhandlungen zu den Staatsverträgen zwischen der Schweiz und Deutschland (Luftverkehr) und den USA (Steuern).

In beiden Fällen springen die Vertragspartner herrschaftlich mit uns um. Zunächst stimmt das Schweizer Parlament wenig begeistert einem Abkommen zu, das die Ruhezeiten beim Anflug über deutsches Gebiet ausdehnt, aber die angedrohte zahlenmässige Begrenzung der An- und Abflüge scheinbar aus der Welt schafft. Während unser Parlament debattiert, wollen die Deutschen einseitig ihre Interessen durchboxen. Im Fall der «Lex USA» ist es umgekehrt: Nach jahrelangem Feilschen um einen Staatsvertrag ist der Bundesrat schier in letzter Minute auf eine einseitige Gesetzesvorlage umgeschwenkt, die krampfhaft einen rechtsstaatlichen Anschein aufrechterhalten will. Historisch einmalig ist die Situation, dass das Parlament im Schnellverfahren ein Gesetz mit unbekanntem Inhalt und offenen Konsequenzen annehmen sollte.

Mit grosser Begeisterung hat das Parlament dem Fabi-Fonds zugestimmt und den dafür vorgesehenen Betrag für den Ausbau der Bahninfrastruktur spontan fast verdoppelt – auf 6,4 Milliarden Franken. Schaut man genau hin, entdeckt man einen Selbstbedienungsladen der Kantone. Zudem umgeht man mit einem «Fonds» elegant die Schuldenbremse und schafft durch neue Zweckbindungen von Steuern automatisch sprudelnde Finanzierungsquellen. Die ganze Leidensgeschichte des Fabi-Vorgängers Finöv wurde unter den Teppich gekehrt. Im Gegenteil, es wurde ein analoger Fonds für den Strassenbau in Aussicht gestellt. Diese intransparenten Geldtöpfe sind das pure Gegenteil von sauberer Finanzpolitik, aber gerade deshalb für Politiker aller Schattierungen so attraktiv. Dass der Bahnverkehr zu weniger als fünfzig Prozent durch die Benutzer finanziert wird, scheint keine Rolle zu spielen.

Wer soll das bezahlen?

Je grösser die Kapazitäten und je niedriger die Preise für Billette und Abos, desto grösser die Nachfrage nach dem öffentlichen Verkehr. Nur: Wer bezahlt eigentlich die anderen fünfzig Prozent der Vollkosten?

Ebenso ohne Hemmungen wurde die kosten-deckende Einspeisevergütung (KEV) auf 1,5 Rappen pro Kilowattstunde erhöht, um den Rückstau an Alternativ-Energieprojekten (95 Prozent Fotovoltaik) abzubauen. Dieses Finanzvehikel ist ein völlig kontraproduktiver Versuch, ineffiziente, aber politisch populäre Formen alternativer Stromproduktion massiv zu subventionieren. Dies ist bereits im Ansatz falsch, weil niemand wissen kann, welche Technologien in 25 Jahren wirtschaftlich sein werden. Dafür haben wir den freien Markt.

Erstens ist die Fotovoltaik-Technologie seit Jahrzehnten verfügbar, zweitens ist sie in unseren Breitengraden ökonomisch nicht konkurrenzfähig, sondern wird von Tag zu Tag unattraktiver. Warum? Weil insbesondere unsere deutschen Nachbarn so viel in Fotovoltaik auf Kosten der Stromkonsumenten «investiert» haben, dass schon heute der Spot-Preis auf dem Markt an einem schönen Sommermit-

tag gegen null sinkt oder gar negativ wird. Also genau dann, wenn unsere Anlagen auch ihre auf zehn Prozent begrenzte Betriebszeit erreichen, ist dieser Strom praktisch nichts wert.

Weil dann ausgerechnet die Bandenergie produzierenden Wasser- oder Kernkraftwerke wegen der bevorzugten Einspeisung für die Fotovoltaik ihre Produktion zurückfahren müssen, verlangen nun auch diese nach Subventionen.

Dann wäre da noch die «Swissness»-Vorlage. Wie fast immer wenn Regulierung überbordert, schwingt die Landwirtschaft beim Absurditäts-Niveau obenaus mit der Frage: «Was ist eine Schweizer Kuh bzw. Schweizer Milch?» Genügt die heimische Geburtsurkunde des Kalbs, und wie steht es mit der «Einbürgerung» von zugewanderten Rindviechern? Ähnlich wie beim Steuerdomizil von Menschen soll der geografische Mittelpunkt des Kuhdaseins entscheiden, obwohl ja dessen Höhepunkt erst im Schlachthof erreicht wird. Und was machen wir mit dem Schweizer Fleisch oder der Schweizer Milch, wenn die Kühe in rauen Mengen Futtermittel aus Brasilien verschlungen haben oder in Deutschland oder Frankreich ausländisches Gras abgeweidet haben? Zumindest können bei diesen zentralen Existenzfragen alle Parlamentarier mitreden.

Mehr zum Thema: Seite 27



Hashtag-Protest und Autoritätszerfall

Von Hansrudolf Kamer — Strassenproteste in den Wachstumsländern Türkei und Brasilien sind nicht neu, nur ihre Organisationsform. Ihr Beharrungsvermögen ist fraglich.



Kleiner Anlass, grosse Wirkung. Die wenigen Aktivisten, die gegen ein Bauprojekt im Gezi-Park in Istanbul protestierten, haben eine landesweite Welle losgetreten, die sich gegen Tayyip Erdoğan,

den erfolgreichsten Regierungschef der Türkei in den letzten Jahren, richtet.

Eine kleine Preiserhöhung für öffentliche Busbillette hat in den Grosstädten Brasiliens das Volk auf die Strasse getrieben. Nun steht die Regierung dieses schnell wachsenden Schwellenlandes unter Druck.

In Ägypten geht es nach dem revolutionären Twitter-Frühling weiter rückwärts. Die eine Kammer des demokratisch gewählten Parlaments hat ein Gesetz angenommen, das den Aktionsraum von Nichtregierungsorganisationen einschränkt. Werden damit die Fundamente für einen Polizeistaat gelegt? Die ernüchterten ehemaligen Aktivisten auf dem Tahrir-Platz behaupten es.

Wladimir Putin in Russland und der verstorbene Hugo Chávez hatten ebenfalls mit gelenkt-demokratischen Mitteln ihre Autokratien legitimiert. Mit Protestbewegungen mussten beide zu Rande kommen. Putin hat inzwischen die russische schadlos überstanden, zieht die Schraube an und sitzt fester im Sattel denn je. Der Chavismo wird es dagegen wohl schwer haben, ohne das Charisma seines Namensgebers zu überleben – vor allem dann, wenn die staatlichen Wohltaten spärlicher ausgeschüttet werden.

Die Partei der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff stellt seit zehn Jahren den Staatschef: Die Macht hat sie träge gemacht. Ihre Führer brauchten zwei Wochen, um zu begreifen, was vor sich ging. Es geht längst nicht mehr um die Preiserhöhungen für das Busfahren. Die weitverbreitete Korruption im Land, die schlechte Qualität im Schulwesen und bei der medizinischen Versorgung sowie – man höre und staune – übertriebene Ausgaben für grosse Sportanlässe werden angeprangert. Plötzlich präsentiert sich ein ganzes Auswahlmenü politischer Unzulänglichkeiten.

Der eklektische Harst-Ruf: Verzeihung! Wir sind dabei, Brasilien zu verändern! Der Twitter-Hashtag lautet: #mudabrasil.

Vor drei Jahrzehnten war es die Forderung nach direkten Wahlen. Vor zwei Dekaden waren viele unterwegs, um die Amtsenthebung des Präsidenten Collor de Mello wegen Korruption zu verlangen. Vor zehn Jahren wollte man keine Verhandlungen über das amerikanische Freihandelsabkommen. Streiks und Landbesetzungen gab es ebenfalls. Alles wurde organisiert und koordiniert von der Arbeiterpartei, genau jener Partei, die jetzt an der Macht ist.

Weder Erdoğan noch Rousseff werden wohl das Schicksal eines Mubarak teilen. Vom türkischen Sultan hätte man etwas mehr Flexibilität und taktische *souplesse* erwarten können. Er hätte wie seine brasilianische Kollegin die Aktivisten loben können, statt sie als Gesindel und Arbeitsscheue zu verteufeln.

Der Unterschied: Erdoğan kontrolliert eine parlamentarische Mehrheit, ist dreimal gewählt worden. Lula da Silva, Lehrmeister und Vorgänger der Präsidentin, und Rousseff dagegen waren und sind auf Koalitionen und Verhandlungen, auf politische Tauschgeschäfte und Kuhhändler angewiesen. Korruption ist systeminhärent. Erdoğan braucht das nicht.

Sein hartes Vorgehen hat die erwarteten europäischen Reaktionen hervorgerufen. Die deutsche Bundeskanzlerin Merkel hat das Vorgehen der türkischen Polizei kritisiert und erklärt, sie sei bezüglich der Beitrittsverhand-

lungen der EU mit der Türkei skeptisch. Der türkische Europaminister reagierte ungehalten. Der deutsche Aussenminister bestellte den türkischen Botschafter zu sich.

Natürlich hatten die Deutschen schon vorher die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei stark abgebremst. Sollte Erdoğan nun auf die deutschen Belehrungen eingehen und einlenken, dann wären die Beitrittsbremser ein weiteres ihrer dünnen Argumente los. Das wiederum könnte – aus Merkels Sicht – der Zweck der Übung sein. Sie setzt sich selber unter Druck, damit sie nachgeben kann. So oder so, sie gewinnt.

Die Dinge entziehen sich der Kontrolle

Die Strassenproteste beschäftigen viele Deuter und Denker. Joe Nye (neustes Buch: «The Future of Power») stellt kategorisch fest, das Problem für alle Staaten im 21. Jahrhundert sei es, dass sich immer mehr Dinge ihrer Kontrolle entzögen. Und der ehemalige Handels- und Industrieminister Venezuelas, Moisés Naim («The End of Power»), behauptet, die Mobilitätsrevolution durchbreche alte Barrieren, und die Mentalitätsrevolution – im Internet – erodiere die traditionelle Autorität des Staates, der Kirchen und der Wirtschaftsführung.

Solche Gedanken liegen in der Zeit. Doch das Imperium schlägt zurück und hat meistens mehr Beharrungsvermögen als der flüchtige Protest und seine intellektuellen Thesen-schmiede. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Modernisierung, so dozierte der frühe Samuel Huntington, führt nicht immer zu mehr Demokratie.

Peter Hartmann über das seltsame brasilianische Paar Rousseff und Neymar: **Seite 43**



Auswahlmenü politischer Unzulänglichkeiten: Protestkundgebung letzte Woche in São Paulo.

Promi-Politiker in Pool-Position

Von Christoph Mörgeli

Ob die Schweiz baden geht, geht ihnen am Bikini vorbei. Das wichtigste Ereignis der schweisstreibenden Sommersession war für sie nicht die parlamentarische Traktandenliste samt erpresserischem USA-Deal. Sondern die Einladung zum Planschen im Burgdorfer Pool von Christa Markwalder. Sie genossen Wein und Sein. Schönsein. Jungsein. Sie sonnten sich noch, als die Nacht die Sonne längst vertrieben hatte – wenn der Himmel über dem Bassin nicht ohnehin nur weinte. Sie möchten gerne zur Prominenz gehören, bleiben aber bloss Politiker. Der *Sonntagsblick* nennt sie «Spass-Politiker». Das tönt spassig, ist aber wahrscheinlich nicht so gemeint.

Sie – das ist «U-35». U-35 tönt zwar nach Unterseebootsrüstungsprogramm, Grossadmiral Dönitz und Reichskriegsflagge. U-35 ist aber die Gruppe jener Parlamentarier, die bei ihrer Wahl unter 35 Jahre alt waren. Ihr Badeplausch hiess laut bescheidener Selbstdeklaration «ultimative U-35-Pool-Party». 25 Volksvertreter und Parteifunktionäre folgten der Einladung. Völlig privat. Wie so oft in der Politik. Irgendjemand schoss das ultimativ private Pool-Foto, das ultimativ rasch zum ultimativ vertraulichen *Sonntagsblick* gelangte.

Nun sei den jungen und junggebliebenen Spass-Politikern ihre Privat-Party herzlich gegönnt. Problematisch und darum von öffentlichem Interesse ist, dass die Sause keineswegs unpolitisch ist. Denn da entsteht eine neue Pool-Partei, eine neue Cool-Partei. Ihre Gesinnung: beliebig und austauschbar. Christa Markwalder (FDP) könnte ebenso gut bei der SP sein. Und Pascale Bruderer (SP) bei der FDP. Der 45-jährige Jungspund Martin Landolt wollte einst zur CVP, ging zur SVP und ist heute in der BDP. Christophe Darbellay präsidiert gleichzeitig den christlichdemokratischen Himmel und die Spielbankenhölle. Die urbanen jungen Sozialdemokraten haben ohnehin lieber Drinks statt links.

Die gute Nachricht zuletzt: Die U-35-Party im markwalderschen Pool in Burgdorf war zu hundert Prozent SVP-freie Zone. Wie das Direktorium der Schweizerischen Nationalbank. Wie die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus. Wie Verwaltungsrat und Geschäftsleitung von Schweizer Radio und Fernseh. Ist die SVP deshalb ein «Spielverderber», wie der *Sonntagsblick* mäkelte? Hoffentlich auch. Manches im Leben ist eben mehr als ein Spiel.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

Neue Rezession dank Joe-Joe-Effekt

Von Peter Bodenmann — Die Wichtigkeit des Finanzplatzes nimmt laufend ab. Die Bankiervereinigung ist handlungsunfähig.



Letzter Trost: Ex-Bankchef Ackermann.

Economiesuisse befindet sich in Auflösung. Der Präsident und der Direktor sind weg. Die Bankiervereinigung ist zerstritten. Die einen wollten die «Lex USA». Den anderen war das Projekt zu teuer. Und die Dritten wussten nicht, wer recht hatte.

Deshalb, und nur deshalb, hat der Nationalrat die «Lex USA» versenkt. Eveline Widmer-Schlumpf hat nicht begriffen, dass sie für einen in sich zerstrittenen Sauhaufen kämpfte.

Wann und wie wird das amerikanische Imperium zurückschlagen? Wen wird es wie stark erwischen? Politik ist fast so spannend wie ein Western.

In einem Punkt waren sich die Gegner und die Befürworter der «Lex USA» einig: Die Mitarbeiter der Banken müssen so oder so geschützt werden. Bankpersonalverband und Gewerkschaften konnten auf der ganzen Linie punkten. Auch dank der Bankiervereinigung.

Warum wohl? Viele Bankangestellte haben Angst vor Strafverfolgung. Gerade in den mittleren und zweitobersten Etagen. Wie viele von ihnen haben sich bereits eine CD mit heissen Informationen gebrannt? Als Notwehr auf Vorrat für den Fall der Fälle. Niemand kann dies mit Sicherheit sagen, weil Banken längst unkontrollierbare Fässer sind, die rinnen. Genau gleich wie die besten Geheimdienste der Welt.

Die Banken und ihre Kunden waren, sind und bleiben so lange Geiseln der Bankangestellten,

wie unversteuerte, auch inländische Gelder auf ihren Konten herumliegen. Deshalb ist die Initiative der Damen und Herren Huber, Pelli und Matter zur Verteidigung des Steuerhinterzieher-Geheimnisses einfältig. Gegen die unheimliche Macht der faktisch bereits gebrannten CDs kann niemand etwas ausrichten.

Nicht genug Ärger, denn neue Studien belegen: Von hundert Lohnabhängigen arbeiten nur mehr deren drei für den Finanzplatz. Dessen Anteil am Bruttoinlandprodukt beträgt – trotz zu hoher Boni –, richtig berechnet, nur vier Prozent. Baumeister und die *Handelszeitung* mokieren sich bereits über die Wichtigkeit in Nadelstreifen.

Letzter Trost für die Boni-Banker: Joe Ackermann ist zurück aus Deutschland. Nachdem er als Chef der Deutschen Bank die Finanzkrise samt Rezession mitverschuldet hatte. Anstatt der Desorganisierten fordert Joe Ackermann höhere Zinsen und die Aufhebung der Untergrenze von Fr. 1.20 pro Euro. Dies würde wegen des aus Deutschland bekannten Joe-Joe-Effekts in der Schweiz eine tiefe Rezession auslösen.

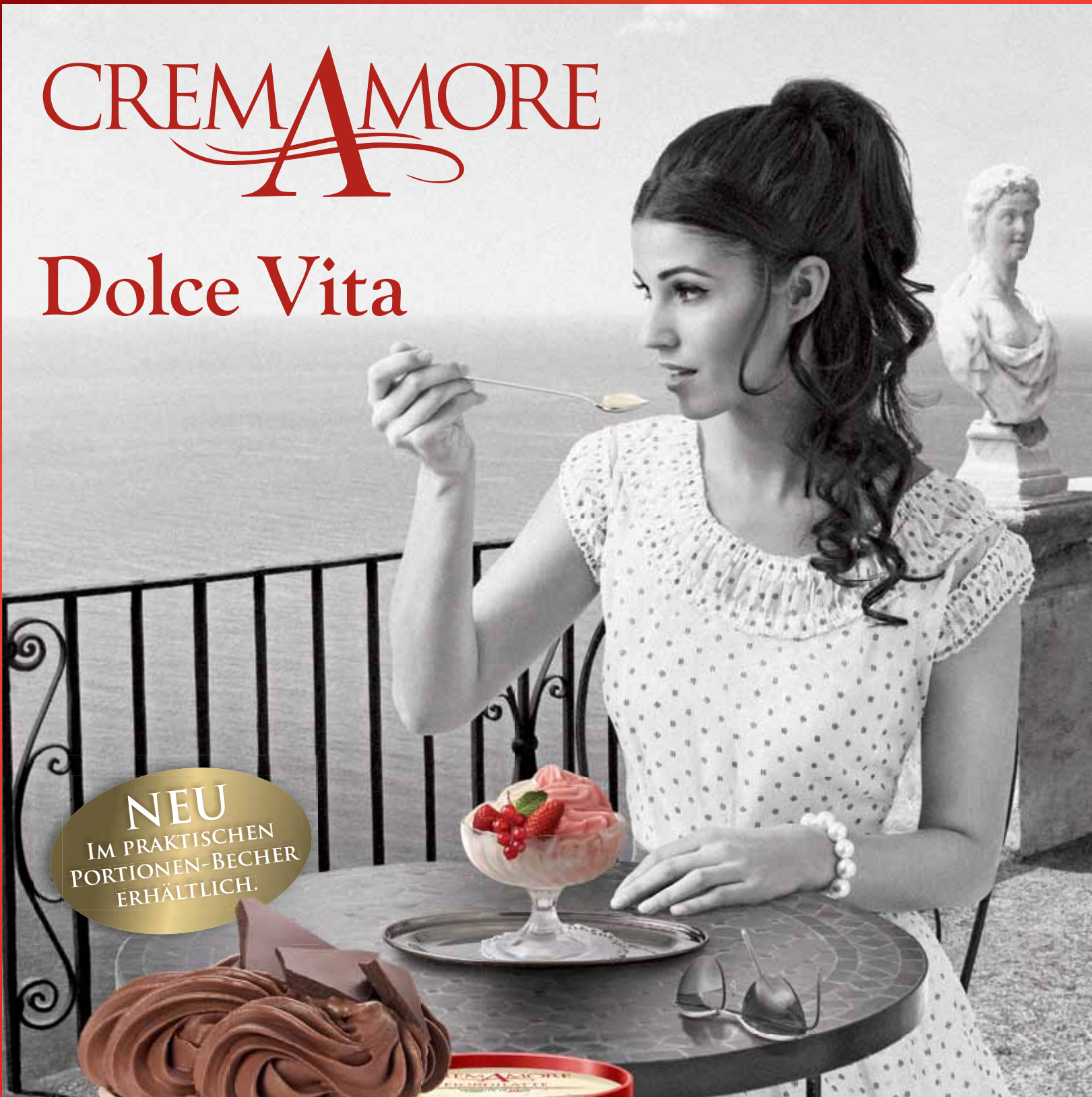
Eine Einladung an Nick Hayek und die Gewerkschaften, neu Joe Ackermann – nach Pascal Gentinetta – ins Visier zu nehmen.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Mehr zum Thema: ab Seite 22

CREMAMORE

Dolce Vita



NEU
IM PRAKTISCHEN
PORTIONEN-BECHER
ERHÄLTlich.



Luftig-cremiger
Gelateria-Genuss
wie in Italien.

Exklusiv bei

coop



RADIO MONTE CARLO

C'EST CHIC

Im Kabelnetz, auf www.radiomontecarlo.ch
und jetzt neu auch auf dem iPhone

Grosses Getrommel

Von Kurt W. Zimmermann — Die NZZ präsentierte ihren neuen Chef als früheren Grossreporter des *Time Magazine*. Ist er das?

Als die NZZ-Gruppe letzte Woche ihren neuen CEO vorstellte, setzte es die erste Überraschung. Veit Dengler, so erfuhren wir, war vier Jahre lang «als Reporter des *Time Magazine* tätig» und dabei «zuständig für Osteuropa».

Die zweite Überraschung präsentierte Dengler tags darauf im Interview mit dem eigenen Blatt. Im Jahr 1989, so erfuhren wir, habe er bei *Time* «jede zweite Woche an einer Titelgeschichte mitgearbeitet».

Potz Blitz. Der Neue der NZZ, so der vermittelte Eindruck, war ein erprobter Reporter, der reihenweise Titelstories beim besten Newsmagazin der Welt mitgestaltete – und das alles vor seinem 21. Lebensjahr.

Seitdem spekuliert die Medienbranche, ob es sich bei Dengler um Etikettenschwindel handelt. Machen wir den Faktencheck.

Seit er siebzehn war, arbeitete Dengler als Stringer für *Time* in Wien. Stringer sind redaktionelle Hilfskräfte, die Daten aus Archiven und von Informanten sammeln. Oft arbeiten mehrere Stringer am Thema. Ihr Material, wenn brauchbar, wird dann von schreibenden Journalisten in ihre Story eingebaut. Stringer sind Lieferanten, selber verfassen sie keine Artikel.

Genauso arbeitete Student Dengler für die Osteuropa-Redaktion von *Time*. Er publizierte nie selber. Er beschaffte Informationen aus diversen Quellen und übergab sie dem Büro in Wien. Manchmal wurde sein Rohmaterial vor Ort verarbeitet, manchmal in der Zentrale in New York.

Für den Nebenjob als Stringer bekam Veit Dengler ein kleines Monatsalär. Gelegentlich erlaubte man ihm eine Dienstreise, etwa nach Polen.

Dengler muss gut gewesen sein. Denn ein paarmal schaffte er in *Time* eine sogenannte Byline. Eine Byline erwähnt, wer dem Autor des Artikels Informationen zugeliert hat.

Bei einer Story über Airlines in Osteuropa oder einer Story über Wahlen in Rumänien stand dann in einer Fussnote des Artikels: «Reported by Veit W. Dengler/Vienna». Manchmal wurden in derselben Byline auch andere Zulieferer erwähnt.

Genügt das schon, damit man sich als langjährigen Reporter bezeichnen darf? Kaum, aber vielleicht ist es eine Frage unterschiedlichen Sprachgebrauchs. In US-Medien ist man schnell eine Art Reporter. Dengler, so sagt sein damaliger *Time*-Osteuropachef Ken Banta heute, «reported on a wide variety of important stories».



Etikettendehnung: NZZ-Chef Dengler.

In der deutschen Sprache jedoch steht das Wort Reporter für mehr als für Zuhörer einer Redaktion. Man denkt an Egon Erwin Kisch und Niklaus Meienberg.

Weniger erklärlich ist hingegen Denglers Dauermitarbeit – «jede zweite Woche» – bei Titelgeschichten. Von Juli bis November 1989 machte der Zwanzigjährige eine Stage auf der Redaktion in New York. Es war ein Halbtagesjob, zwanzig Stunden die Woche.

In dieser Phase publizierte *Time* nur zwei Titelgeschichten zu Denglers Fachgebiet Osteuropa. Die Europa-Ausgabe von *Time*, für die er primär tätig war, druckte zudem fünf Titelstories zum Thema. Sagen wir so: Es waren für den Jungspund eher gefühlte «zwei Wochen».

Volontär Dengler, wie jeder Volontär, wurde auf der Redaktion für wenig attraktive *background research* und für *fact checking* eingesetzt. So steht es in seinem Arbeitszeugnis. Dengler muss wiederum gut gewesen sein. Das Zeugnis lobt ihn für seinen «hervorragenden Job als reporter-researcher».

Ist es also Etikettenschwindel? Nein. Es ist eher eine Etikettendehnung. Dengler hat den Mund etwas gar voll genommen, seltsamerweise auch fünfundzwanzig Jahre danach. Man kann das positiv sehen. Selbstverliebt es Getrommel in eigener Sache gehört in den Medien nun mal zum Businessmodell. Veit Dengler ist also zügig im Geschäft angekommen.

Der Gockel

Von Beatrice Schlag — Frauen und ihr Hang zu unmöglichen Männern.

Manche Frauen haben einen Männergeschmack, der die ihnen zugegebene Umwelt immer wieder ratlos macht. Denn von aussen sieht man auf den ersten Blick, dass es in Tränen enden wird. Es



geht um Frauen, die sich in Gockel verlieben. Männer nennen solche Kerle nicht Gockel, sondern verächtlich Machos. Das ist eine Fehleinschätzung. Ein Gockel ist meist alles andere als ein Mann, der Frauen abschätzig behandelt. Meist ist er ihnen gegenüber äusserst unterhaltsam, denn er braucht Publikum. Erkennbar ist er an seinem sexuellen Selbstbewusstsein, das Frauen und Männer sofort wittern. Männer mögen ihn nicht leiden oder haben Ehrfurcht vor ihm, weil er fast jede bekommen kann. Frauen sind oft viel zu schnell begeistert. Da der Gockel sehr relaxed ist, weil er keine Nacht allein verbringen muss, wenn er nicht will, schmeissen sie sich atemlos an ihn. Das liegt daran, dass es so wenige authentische Gockel gibt. Nur viele Nachahmer, die sich anstrengen, die coole Männernummer durchzuziehen, was leider nicht cool wirkt, sondern wie das, was es ist: angestrengt eben.

Die selbstverständliche Leichtigkeit, ein Gockel zu sein, ist unerwartet gerecht verteilt. Manche Gockel sehen gut aus, manche weniger. Manche sind geistig eher schlicht, manche brillant. Geld und beruflicher Erfolg sind für einmal keine Faktoren. Frauen, die auf reiche Männer aus sind, widerstehen dem Charme von Gockeln ungerührt. Ihre Witterung ist auf Kreditkarten geeicht. Sie riskieren auch mageren Sex, wenn sein Konto fett genug scheint. Frauen mit Gockelneigung haben meist mehr Spass. Aber erkläre mir einer, warum sie so blind sind für die Langeweile, die sich einstellt, wenn die Gockelstärken ausgetobt und der Tag noch lang ist. Denn Verliebtheit macht Frauen nicht blind, sondern sehr scharfsichtig. Aber wenn sie unverschämte angezwinkert werden, läuft ihr Verdrängungspotenzial offenbar zu Hochform auf. Erst später fällt ihnen wieder ein, dass sie all das, was mit dem Gockel nicht lebbar sein würde, Treue und Verlässlichkeit zum Beispiel, schon wussten, bevor sie zum ersten Mal mit ihm ins Bett stiegen.

Darf man das?

Leser fragen, die *Weltwoche* antwortet



Darf man darauf bestehen, dass Haustiere gesiezt werden?

Thomas Bachmann, Basel

Unbedingt! Es ist völlig einsichtig, dass Sie nicht wünschen, dass jeder Dahergelaufene Ihr Tier duzt. Vermutlich rührt mein spontanes Verständnis daher, dass ich als Kind einen Nachbarhund hatte, der Herr Lutz hiess, was irgendwie grossartig war. Herr Lutz war ein Phlegma und roch aus der Schnauze, aber geduzt hätten wir ihn nie. Inzwischen berichtet das Internet von Hunden namens Herr Schröder und Frau Doktor, von Pferden, die mit Sir Henry oder Mister Hank angeredet werden, und von einer Katze, die Fräulein Rottenmeier heisst. Da das Tiere-Siezen nicht über Nacht um sich greifen wird, sind Sie gut beraten, den Namen Ihres Haustiers mit einer Anrede wie Don oder Lady zu schmücken. Es wird Aufsehen erregen. Geniessen Sie es. Wichtig wäre vielleicht noch, dass Sie Ihr Siez-Anliegen nicht mit Tierliebe verwechseln. Ihrem Tier ist es völlig egal, wie man es nennt und ob man es duzt oder siezt. Seine Anhänglichkeit lässt sich vorwiegend auf das Geräusch des Büchsenöffners zurückführen.

Beatrice Schlag

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion *Weltwoche*, Förlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem *Weltwoche*-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Leserbriefe

«Offensichtlich sind nur wenige Parlamentarier in der Lage, eine eigene, klare Haltung einzunehmen.» *Erich Kneubühler*



«Mauscheleien»: erpressbare Politiker.

Schlicht und einfach überfordert

Nr. 25 – «246 Geiseln einer Terrorgruppe»; Markus Schär über den Steuerdeal mit den Amerikanern

Herzlichen Glückwunsch für den ausserordentlich guten Bericht. Es ist kaum zu glauben, was sich die Politikerinnen und Politiker in Bern leisten. Der Bürger kann die unzähligen Mauscheleien und die gepflegten Pfründe kaum mehr verstehen. Aber offensichtlich sind nur wenige Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der Lage, eine eigene, klare Haltung einzunehmen. Den Protagonisten der CVP fehlt nur noch der Heiligenschein. Der Standesvertreter von Solothurn dürfte wohl in absehbarer Zeit den bischöflichen Hirtenstab für seinen Zickzackkurs und seine undurchsichtigen Machenschaften als Auszeichnung erhalten. Von einer christlich-ethischen Grundgesinnung ist kaum mehr die Rede. *Erich Kneubühler, Oberkirch*

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf hätte wissen und spüren und deshalb den Amerikanern bereits ganz am Anfang der Steuerverhandlungen erklären müssen, dass im Schweizer Parlament nur eine volle Transparenz zur angestrebten «Lex USA» führen kann. Durch Geheimniskrämereien – bei ihrer Wahl in den Bundesrat noch das geeignete Mittel – lassen sich keine selbstbewussten Parlamentarier belehren oder gar überzeugen. Schon gar nicht von einer Bundesrätin einer Zwergpartei wie die BDP. *Paul Engel, Bütigen*

Was für ein Chaos hat unsere Finanzministerin angerichtet. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit total verloren, und ihr Rücktritt wäre eine Erlösung für unser Land. Die Bundesrätin Widmer-Schlumpf ist schlicht und einfach überfordert.

Fridolin Schlittler, Wädenswil

Stil und Format

Nr. 25 – «Gnadenlos, unbestechlich, brillant, stur, scharfsinnig»; zum Rücktritt von Urs Paul Engeler

Ich, 62, habe noch nie einen Leserbrief geschrieben. Politik ist auf einer tieferen Ebene ein einfacher Ausdruck spiritueller Dummheit und Kompensation von Minderwertigkeit. Journalisten sind von ihrem Wesen her zu feige, um Machtpositionen anzustreben, und schreiben lieber über Politiker. Eine Person hält bei der Beschreibung meist eine Blume in der Hand, und dass der Rest meist im Dreck steckt, wird übersehen. Urs Paul Engeler war nicht frei von diesen Energiefeldern, aber er hat Stil und Format zu hinterfragen. Nicht nur seine gewaltige Sprachlebendigkeit hat mich immer wieder beeindruckt, sondern auch die Schärfe und die Gradlinigkeit, mit denen er einen gesellschaftlichen Status quo kritisch angehen und in Frage stellen konnte. Es war und ist ein Genuss zu sehen, wie er den Mut und die Klarheit hatte, alternativ und ausserhalb bestehender Machtstrukturen Themenbereiche kritisch zu hinterfragen. Wünsche

ihm von Herzen, dass er all die Bereiche ausserhalb von Dualitäten in Frieden und Freude entdecken kann.

Rudolf Frehner, Schindellegi

Nur weil es «nach Atom riecht»

Nr. 25 – «Götterdämmerung im Wendeland»; Alex Baur über den «Greentec Award»

Dieser Bericht zeigt realistisch, wie die Ignoranz in den deutschen Medien Fuss gefasst hat. Es darf unter keinen Umständen dieses Siegerprojekt DFR (Dual Fluid Reactor) vom Berliner Institut für Festkörper-Kernphysik gewinnen, nur weil es «nach Atom riecht». Die zurzeit herrschende medial und ideologisch gesteuerte Umweltpolitik in den deutschsprachigen Gebieten (D/CH) wird vorwiegend von den Vertretern der Ökobewegungen beansprucht. Eine Mehrheit der seriösen Wissenschaftler steht den ökologischen Schreckgespenstern, mit denen seit Jahrzehnten die öffentliche Meinung manipuliert wird, nicht nur skeptisch, sondern eindeutig ablehnend gegenüber. Offensichtlich ist es keine Maxime der Mainstream-Medien, die Bevölkerung objektiv zu informieren. Anders ist es nicht erklärbar, dass ökoskeptische Wissenschaftler in diesen Medien kaum zu Wort kommen. Experten des deutschen «Heidelberger-Apells» protestierten gegen das Aufkommen

einer irrationalen ökologistischen Ideologie, die auf pseudowissenschaftlichen Argumenten, also auf falschen oder irrelevanten Daten, beruht und wirtschaftlichem und industriellem Fortschritt entgegenwirkt. Bereits im Februar 2007 hielt Václav Klaus (tschechischer Präsident) in einem Zitat fest: «Es ist sicher, dass dieser Umweltaktivismus die moderne Inkarnation des Kommunismus ist.»

Egidio Cattola, Riehen

Ablenkung von eigenen Problemen

Nr. 25 – «Taktiker des interreligiösen Dialogs»; Lucien Scherrer über Farhad Afshar

Ungeheuerlich, was ein offizieller Vertreter des Islam in der Schweiz vor einem Millionen-Fernsehpublikum behaupten kann: Die Politiker, die in seinen Augen Fremdenhasser sind, seien «schlimmer als die Hassprediger» (die ja sogar zu Mord und Totschlag aufrufen)! Das Gefährliche an Farhad Afshar ist, dass er wohlwollend bis gnädig auftritt, dann aber die harte und anklagende Linie vertritt. Auftreten und Vertreten klaffen so auseinander wie im bekannten Sprachbild vom «Wolf im Schafspelz»: Die Probleme der eigenen Seite möglichst verdrängen, und wenn das nicht geht, so doch beschönigen – und dann sofort zum Gegenangriff übergehen. Diese Gegenwehr ist die beste Ablenkung von den eigenen Problemen,

zumal sie mit unserem kollektiven schlechten Gewissen gegenüber dem Fremden bestens funktioniert. Ernst Wüthrich, Strengelbach

Korrigenda

In der letzten Ausgabe der *Weltwoche* wurde in der Berichterstattung zum Bankengesetz der Eindruck erweckt, dem Verwaltungsratspräsidenten der Credit Suisse, Urs Rohner, drohten persönliche strafrechtliche Sanktionen durch die USA. Dies ist nicht der Fall. Wir bedauern die irreführende Formulierung und bitten um Entschuldigung. Die Redaktion

Leserbriefe

Wir freuen uns über Ihre Zuschriften. Je kürzer Ihr Brief, desto grösser die Chance, dass er veröffentlicht wird. Darüber hinaus muss er sich klar auf einen in der *Weltwoche* erschienenen Artikel beziehen. Die Redaktion behält sich vor, Kürzungen vorzunehmen. Leserbriefe ohne Angabe von Name und Wohnort werden nicht publiziert. Postadresse: Redaktion *Weltwoche*, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch.

Schneller surfen? Wird langsam Zeit.

Smart your phone. Unlimitiert surfen mit High Speed Internet, unlimitierte Anrufe und SMS/MMS – sogar ins Ausland. Hol dir dein All-in Smartphone-Abo für die Welt.



**Sunrise
NOW**

Das Smartphone-Abo.



Samsung
Galaxy S4

1. CHF
statt CHF 798.–



Bei Neuabschluss mit Sunrise NOW max (CHF 129.–/Mt.) für 24 Monate. Exkl. SIM-Karte für CHF 40.–. Änderungen vorbehalten und nur solange Vorrat. Infos auf sunrise.ch/now

Alles für deinen Tag. **Sunrise**

Die standhaften Parlamentarier

Diese 141 National- und Ständeräte wehrten sich erfolgreich gegen die von Bundesrat, Experten, Banken, *Blick*-Journalisten und amerikanischen Behörden geforderte «Lex USA».

Nationalrat

Die Parlamentarier, die am 19. Juni nicht auf die «Lex USA» eintreten wollten.



A. Aebi
SVP, BE



M. Aebischer
SP, BE



T. Aeschi
SVP, ZG



E. Allemann
SP, BE



C. Amarelle
SP, VD



C. Amaudruz
SVP, GE



J. Aubert
SP, VD



C. Baader
SVP, BL



L. Barthassat
CVP, GE



M. Binder
SVP, ZH



P. Birrer-Heimo
SP, LU



C. Blocher
SVP, ZH



R. Borer
SVP, SO



T. Bortoluzzi
SVP, ZH



J. Bourgeois
FDP, FR



H. Brand
SVP, GR



T. Brunner
SVP, SG



R. Büchel
SVP, SG



M. Carobbio G.
SP, TI



A. Caroni
FDP, AR



J. Cassis
FDP, TI



M. Chopard-A.
SP, AG



T. de Courten
SVP, BL



F. Derder
FDP, VD



H. Eglöff
SVP, ZH



C. Eichenberger-W.
FDP, AG



Y. Estermann
SVP, LU



L. Favre
FDP, NE



H. Fehr
SVP, ZH



H.-J. Fehr
SP, SH



J. Fehr
SP, ZH



O. Feller
FDP, VD



Y. Feri
SP, AG



D. Fiala
FDP, ZH



S. Flückiger-Bäni
SVP, AG



K. Fluri
FDP, SO



O. François
FDP, VD



P.-A. Fridez
SP, JU



C. Friedl
SP, SG



C. Galladé
SP, ZH



A. Geissbühler
SVP, BE



J.-R. Germanier
FDP, VS



U. Giezendanner
SVP, AG



Y. Gilli
GPS, SG



P. Gössi
FDP, SZ



J.-P. Grin
SVP, VD



A. Gross
SP, ZH



B. Gysi
SP, SG



P. Hadorn
SP, SO



M. Hausammann
SVP, TG



A. Heer
SVP, ZH



B. Heim
SP, SO



V. Herzog
SVP, TG



H. Hiltbold
FDP, GE



G. Huber
FDP, UR



T. Hurter
SVP, SH



M. Hutter
FDP, ZH



R. Joder
SVP, BE



D. Jositsch
SP, ZH



H. Kaufmann
SVP, ZH



P. Keller
SVP, NW



M. Kiener N.
SP, BE



H. Killer
SVP, AG



H. Knecht
SVP, AG



U. Leuenberger
GPS, GE



F. Leutenegger
FDP, ZH



S. Leutenegger O.
SP, BL



C. Lüscher
FDP, GE



J.-A. Maire
SP, NE



A. Marra
SP, VD



N. Masshardt
SP, BE



I. Moret
FDP, VD



C. Mörgele
SVP, ZH



P. Müller
FDP, AG



T. Müller
SVP, SG



W. Müller
FDP, SG



F. Müri
SVP, LU



J. Neirynek
CVP, VD



Y. Nidegger
SVP, GE



R. Nordmann
SP, VD



R. Noser
FDP, ZH



E. Nussbaumer
SP, BL



R. Pantani
LegA, TI



C. Pardini
SP, BE



G. Parmelin
SVP, VD



Y. Perrin
SVP, NE



B. Pezzatti
FDP, ZG



N. Pieren
SVP, BE



V. Piller Carrard
SP, FR



M. Poggia
MCR, GE



L. Quadri
LegA, TI



L. Reimann
SVP, SG



M. Reimann
SVP, AG



M. Reynard
SP, VS



A. Ribaux
FDP, NE



N. Rickli
SVP, ZH



J.-F. Rime
SVP, FR



S. Rossini
SP, VS



P. Rusconi
SVP, TI



G. Rutz
SVP, ZH



S. Schenker
SP, BS



P. Schilliger
FDP, LU



D. Schneeberger
FDP, BL



U. Schneider Sch.
SP, FR



P. Schwander
SVP, SZ



S. Semadeni
SP, GR



C. Sommaruga
SP, GE



J. Stahl
SVP, ZH



L. Stamm
SVP, AG



J.-F. Steiert
SP, FR



D. Stolz
FDP, BS



M. Tornare
SP, GE



A. Trede
GPS, BE



A. Tschümperlin
SP, SZ



P.-F. Veillon
SVP, VD



D. Vischer
GPS, ZH



A. Vitali
FDP, LU



E. von Siebenthal
SVP, BE



E. Voruz
SP, VD



H. Walter
SVP, TG



C. Wasserfallen
FDP, BE



C. Wermuth
SP, AG



W. Wobmann
SVP, SO

Ständerat

Die Parlamentarier, die am 19. Juni gegen die «Lex USA» stimmten.



F. Abate
FDP, TI



H. Altherr
FDP, AR



D. Berberat
SP, NE



R. Comte
FDP, NE



R. Eberle
SVP, TG



J. Eder
FDP, ZG



P. Föhn
SVP, SZ



P. Freitag
FDP, GL



H. Germann
SVP, SH



C. Héche
SP, JU



K. Keller-Sutter
FDP, SG



A. Kuprecht
SVP, SZ



C. Levrat
SP, FR



L. Maury P.
SP, GE



T. Minder
Parteilos, SH



G. Savary
SP, VD



M. Schmid
FDP, GR



G. Theiler
FDP, LU

Widmer-Schlumpfs Bruchlandung

Das Hochgeschwindigkeitsgesetz zum Bankenstreit ist nach krimireifen Entwicklungen am letzten Mittwoch vom Nationalrat abgewiesen worden. Der Vorgang war aufwühlend und hat eine tiefere Bedeutung. Wir halten das Wesentliche fest. *Von Markus Schär, Peter Keller und Roger Köppel*



Bilder der Zerrüttung: Finanzministerin Widmer-Schlumpf kurz nach dem Nein des Nationalrats.

1. Welche Rolle spielte Finanzministerin Widmer-Schlumpf? Was bedeutet die Niederlage für ihre politische Zukunft?

Das Bild wird zum Sinnbild: Die Finanzministerin in Schwarz flieht aus dem Nationalratsaal, mit geweiteten Augen, schmalen Lippen und Mundwinkeln, die dem Gesichtsausdruck etwas Weltuntergangsmässiges verleihen. Als der Nationalrat letzten Mittwochnachmittag zum zweiten Mal die «Lex USA» abschmetterte, kassierte Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf ihre saftige Niederlage. Wie persönlich sie das Ganze nahm, drückte sie mit jeder Zelle ihres Körpers aus. Ging es ihr um die Sache, um die Schweiz? Oder war die Musterschülerin einfach aus persönlichen Gründen gekränkt? Seither fragt sich Bundesbern, wie sich die trickreiche Kämpferin so verrennen konnte, und sogar der *Tages-Anzeiger*, der

Blocher-Gegnerin bisher wohlgesinnt, sieht sie «angezählt».

Tatsächlich: Die «Lex USA», die nach drei Wochen im Nichts endete, war ihr persönliches, geradezu intimes Projekt. Widmer-Schlumpf missachtete die Warnungen ihres wichtigsten Mitarbeiters, Staatssekretär Michael Ambühl, und überrumpelte den Bundesrat, der nicht die Kraft hatte, Widmer-Schlumpf offen zu desavouieren. Wahrscheinlich glaubte sie, mit der Koalition, die sie 2007 in ihr Amt gebracht hatte, das angebliche Prestigeprojekt locker durchs Parlament zu schieben. Sie setzte ihre Kleinpartei BDP als Sprachrohr ein. Sie brachte die CVP nibelungentreu auf Linie, indem sie einen Pakt in Aussicht stellte. Widmer-Schlumpf will sich laut Insidern noch einmal wiederwählen lassen, dann frühzeitig zurücktreten, um ihren Sitz der CVP zu überlassen, die sich ihrer-

seits auf die Stärke der erweiterten Mitte stützen möchte. Mit ihren CVP-Avancen entfremdete die Finanzministerin allerdings die FDP, die um ihren zweiten Sitz in der Landesregierung fürchtet. Die SP blieb bei ihrem Nein, obschon Widmer-Schlumpf die Genossen massiv bezirzt hatte (siehe dazu den Abschnitt weiter unten).

Warum gelang es Widmer-Schlumpf nicht, die Parlamentarier für ihre Sache zu gewinnen? Am Ende starb das Gesetz an seiner eigenen Ungeheuerlichkeit. Es war ein Gesetz, das die aktuellen Gesetze ausser Kraft hätte setzen sollen, exakt für die Dauer eines Jahres, damit das Volk nichts zu sagen haben würde. Die Ausbremsung des Stimmbürgers resultierte zudem nicht aus freiem Entschluss von Bundesrat oder Parlament. Die Dringlichkeit wurde von den Amerikanern aufgezwungen, die ausserdem auf Geheimhaltung drängten.

Der Bundesrat war bereit, sich auf den Blindflug einzulassen. Der Ständerat blamierte sich als weitgehend reflexionsfreier Erfüllungshelfer der Regierung, doch der Nationalrat blieb standhaft, weil er das würdelose Bankengesetz als das durchschaute, was es war. Wie lauwarm aber selbst der Bundesrat den Bankendeal unterstützte, zeigte ein Statement von Aussenminister Burkhalter auf Radio RTS nach dem Nein: Die Vorlage sei jetzt wieder dort, wo sie hingehöre, also bei der Landesregierung, «die diese Sache regeln kann».

Wie sehr schwächt nun das Fiasko um den US-Deal die Autorität und das Prestige der BDP-Finanzministerin? Jeder andere Bundesrat, der sich so beherzt für ein Anliegen aus dem Fenster gelehnt hätte, würde starke Einbussen und Schwächungen hinnehmen müssen. Interessanterweise ist dies bei Widmer-Schlumpf überhaupt nicht der Fall. Ihre Weltuntergangsmiene nach der Niederlage sagt mehr aus über ihren Charakter, immer als Siegerin dastehen zu wollen, als über die realen politischen Folgewirkungen.

Widmer-Schlumpfs Autorität im Bundesrat beruht auf dem informellen Wahlkartell von SP, CVP und erweiterter Mitte. Diese Mitte-Links-Koalition braucht die Finanzministerin, um ihre politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Umgekehrt braucht die BDP-Ministerin ihr Wahlkartell, um ihre Existenz im Bundesrat zu legitimieren. Diese wechselseitige Abhängigkeit wird durch die Schlappe beim Bankgesetz nicht oder nur geringfügig beeinträchtigt. Widmer-Schlumpf bleibt als Machthebel von Mitte-links in den Bundesrat unverzichtbar, auch deshalb, weil sie jenen Konkordanzbruch verkörpert, der Mitte-links im Bundesrat ein Übergewicht beschert, das Mitte-links hegen und pflegen wird. Für die Schweiz freilich bringt die Konstellation vor allem Instabilität und Unberechenbarkeit in der Regierung.

Möglicherweise wird die Bundesrätin, die es aufgrund der Parteienstärke gar nicht geben dürfte, nach dieser Niederlage noch quecksilbiger und opportunistischer politisieren müssen, um ihr fragiles Wiederwahlkartell bei Laune zu halten. Fazit: Gerade weil Widmer-Schlumpf aus Demokratie-arithmetischen Gründen einen Fremdkörper in der Regierung bildet, kann ihr die spektakuläre Schlappe beim Bankengesetz nichts anhaben. Sie ist höchstens ein bisschen erpressbarer geworden und wird sich künftig noch mehr nach links ausrichten müssen, um die Gunst der Sozialdemokraten zu behalten.

2. Hat Widmer-Schlumpf gelogen, als sie dem Parlament eine Deadline bis Ende Juni vorgab?

«Tag und Nacht Sitzungen wegen US-Deal, und dann gibt es das Ultimatum 1. Juli nicht», twitterte FDP-Nationalrat Ruedi Noser. «Ich

komme mir schön verschaukelt vor.» Wie er staunten viele Parlamentarier, als sie am letzten Sonntag nach drei aufreibenden Wochen im Bundeshaus, während denen allein die beiden Wirtschaftskommissionen zusammen 34 Stunden tagten (und nächtigten), die NZZ am Sonntag lasen. «Es gibt von amerikanischer Seite keinen Termin für die Aufschaltung des Steuerdeals», sagte da Mario Tuor, der Sprecher des Staatssekretariats für internationale Finanzfragen. «Die Amerikaner wollen einfach so rasch wie möglich wissen, ob die Schweizer Banken in der Lage sind, die gewünschten Informationen zu liefern.» Keine Rede mehr davon, dass Klagen gegen Schweizer Banken drohten, wenn bis zum 1. Juli keine Lösung vorliege.

«Dem gehen wir jetzt nach; das wollen wir genau wissen», zürnte FDP-Präsident Philipp Müller. Bereits am Montag fragte er deshalb in der Wirtschaftskommission (WAK) fünfmal hart nach, bekam aber gemäss Aussagen von Kommissionsmitgliedern nach viel Herumdicksen nur die Antwort, der Termin komme von den Amerikanern. Tatsächlich erweist sich die Recherche als schwierig, weshalb Eveline Widmer-Schlumpf in Müllers Diktion «mit dem Weltuntergang drohte, falls wir nicht bis Ende Juni handeln».

Die Botschaft zur «Lex USA» stellt zu dieser Frage nur fest: «Wird den Banken nicht unverzüglich die generelle Erlaubnis erteilt, mit Blick auf die Wahrung ihrer Interessen mit den amerikanischen Behörden zu kooperieren, riskiert die Schweiz eine Eskalation weiterer Massnahmen, gegen die sie sich kaum zur Wehr setzen könnte und die für den Ruf und die Stabilität des Schweizer Finanzplatzes und der Schweizer Wirtschaft auf politischer und wirtschaftlicher Ebene schwerwiegende Folgen hätte.» Und die Finanzministerin gab an der Medienkonferenz vom 29. Mai auf eine erste Frage nach den Folgen einer Verzögerung keine klare Antwort und sagte auf eine zweite Frage nach dem Grund für die Dringlichkeit: «Die USA haben klar zum Ausdruck gebracht, dass dieses Programm jetzt gilt, bis wir im Parlament diesen Entscheid haben – das Programm gilt nicht unbeschränkt.» Die Beratung sei deshalb nicht im ordentlichen Verfahren im September oder im November möglich, «schlicht und einfach, weil die Amerikaner dann sagen: Das Programm gilt nicht mehr.» Die Amerikaner träfen denn auch Vorbereitungen, «weitere Banken zur Verantwortung zu ziehen», wenn das Parlament das Gesetz nicht sofort erlasse.

So stellt das Finanzdepartement, um eine klärende Stellungnahme gebeten, auch jetzt den Sachverhalt dar: «Aufgrund der Dringlichkeit des Dossiers ist mit den USA im Mai vereinbart worden, dass die bilaterale Vereinbarung (<Joint Statement>) rasch nach der Genehmigung des Gesetzesentwurfs, das

heisst noch im Juni, unterzeichnet werden soll. Gleichzeitig mit der Unterzeichnung würde das US-Programm zur Bereinigung der Vergangenheit in Kraft treten. Dies war der Grund für das im Gesetz vorgesehene parlamentarische Sonderverfahren, da eine Behandlung erst in der Herbstsession zu spät gewesen wäre.»

Das heisst: Eveline Widmer-Schlumpf hätte nicht gelogen – aber, schlimmer noch, in der Aussen- und der Innenpolitik durch schlechte Verhandlungen versagt. Einerseits schaffte sie es nicht, die Amerikaner zu überzeugen, dass sie dem Schweizer Parlament nach zwei Jahren Verhandlungen noch drei Monate mehr für die ordentliche Gesetzgebung einräumten. Sie bestätigte also den Verdacht, dass sich der Bundesrat bei Druck aus dem Ausland immer willfährig zeigt. Und andererseits brachte sie mit dem Notfall mehr Parlamentarier gegen sich auf, als sie mit ihren Katastrophenszenarien zum Ja nötigte.

Aber wahrscheinlich war alles ganz anders: Die Amerikaner wollten gar nicht, dass sich das Schweizer Parlament mit dem Deal auseinandersetzte – Eveline Widmer-Schlumpf lieh sich die Peitsche nur von ihnen aus, um in einer bemerkenswerten Fehleinschätzung National- und Ständerat anzutreiben.

3. Welche Motive bewogen die SP, standhaft zu bleiben und den US-Deal abzulehnen?

Den Staatsvertrag zur Rettung der UBS hatten die Sozialdemokraten 2010 geschlossen abgelehnt – allerdings mit der Gewissheit, dass eine Mehrheit des Parlaments ihn absegnen würde. Damit konnten die Genossen ihre Anti-Banken-Haltung markieren, ohne Verantwortung übernehmen zu müssen.

Das war bei der «Lex USA» in dieser Sommersession anders. Neben der SVP, die ihre ablehnende Position von Anfang an deutlich machte, hatten sich auch die Freisinnigen früh aus dem Fenster gelehnt: wenigstens deren Chef, Philipp Müller. Seit Übernahme des Präsidiums versucht der Aargauer Gewerbler das Bankenlobby-Image seiner Partei abzustreifen. Nun konnte er nicht zurück. Hätte die FDP bei dieser Feuerwehrtüchtigkeit mitgemacht, wäre Müllers sorgsame Neupositionierung zur Lachnummer geworden.

Mit solchen psychologischen Turnübungen musste sich die Linke nicht ablagen. Die SP ist aus genetischen Gründen gegen den Finanzplatz. Wenn es um die Banken geht, sieht die Partei sogar von ihrem ansonsten zuverlässig funktionierenden Interventionismus ab: Also keine staatliche Hilfe für die Bahnhofstrasse. Damit schien ein Nein zur «Lex USA» greifbar.

Anfänglich war die SVP drauf und dran, den Sozialdemokraten die Show zu stehlen. Parteipräsident Toni Brunner stellte am Mittwoch

der ersten Sessionswoche einen Ordnungsantrag: Dem Parlament sei diese Haurückübung nicht zuzumuten. Es würden die nötigen Grundlagen fehlen, um die Folgen der «Lex USA» abzuschätzen. Die SP reichte einen zweiten Ordnungsantrag nach. Susanne Leutenegger Oberholzer, die stets adrett gekleidete Wirtschaftslady der Ratslinken, bekam ihren Auftritt – und eine Mehrheit im Nationalrat. Inhalt des Antrags: Die Behandlung des Geschäfts müsse so lange ausgesetzt werden, bis der Bundesrat mehr zum Programm, das die USA den Schweizer Banken anbiete, sagen könne. Damit war der erste Bremsklotz gelegt.

Davon unbeeindruckt, kippten die SP-Granden im Ständerat gleich reihenweise: Roberto Zanetti, Pascale Bruderer, Anita Fetz und Paul Rechsteiner sorgten für das relativ deutliche Ja zur «Lex USA». Anders ihre Parteikolleginnen und -kollegen im Nationalrat: In der WAK revanchierte sich die SP für die Unterstützung von Leutenegger Oberholzers Ordnungsantrag durch die SVP und stimmte fast geschlossen für Nichteintreten.

Die Treue der Treulosen kennt ihre Grenzen. Bislang konnte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf auf die Unterstützung der SP zählen. Im Gegenzug gab sie schrittweise das Bankgeheimnis preis – aber die Linke will mehr: den automatischen Informationsaustausch (AIA), den Zugriff der Staaten auf die Bankdaten ihrer Bürger. Auch auf die Konti im Ausland.

In einem Verzweiflungsakt liess die BDP-Bundesrätin einen letzten Köder auswerfen: Noch während der Session (und vor der entscheidenden Abstimmung zur «Lex USA») präsentierte die Expertengruppe um Professor Aymo Brunetti ihren Bericht – und schlug dem Bundesrat vor, den AIA mit der EU sogar proaktiv voranzutreiben. Der Coup misslang: Doris Leuthard (CVP) verweigerte Widmer-Schlumpf die Unterstützung und die SP blieb bei ihrem Nein zur «Lex USA».

4. Was ist vom Lobbying der Bankenchefs in Bern zu halten?

Die in Bern demütig einmarschierenden CEOs kämpften für das Gesetz und vermittelten einen falschen Eindruck über die Finanzbranche. Während die Firmenlenker aus nachvollziehbaren Gründen eine Normalisierung mit den USA herbeisehnen, Rechtssicherheit wollen und sich als bewegliche Ziele schleunigst aus den Schusslinien der US-Behörden nehmen wollen, sind zahllose Bankmitarbeiter bis hinauf auf Kaderstufe gegen den Bankdeal, der ja zum Ziel gehabt hätte, die Banken dazu zu ermächtigen, ihre Mitarbeiter den US-Behörden zu verraten. «Diese Mitarbeiter», sagt ein Insider, «fühlen sich um ihre Loyalität betrogen, um nicht zu sagen: von oben verarscht.» Die Bankszene stand somit weit weniger geschlossen hinter dem Widmer-



Architekten: FDP-Chef Müller (r.), SVP-Übervater Blocher (l., mit ausgestrecktem Arm).

Schlumpf-Gesetz als die Parade der CEOs vermuten liess. Selbst Patrick Odier, Präsident der Bankiervereinigung, steht vor Truppen am Rande der Desertion, wenn er die Herausgabe von Mitarbeiterakten an die USA verteidigt. Insgesamt dürfte sich die Bankierpräsenz in Bern eher kontraproduktiv ausgewirkt und vor allem die SP in ihrem Verdacht bestätigt haben, die «Lex USA» sei nur für die ungeliebten Banken geschmiedet worden. Was ihre Neigung, dem Treiben zuzustimmen, natürlich markant reduzierte.

5. Wer führte das Lager der Nein-Sager an? Wer waren die Architekten der Ablehnung?

Am Ende war das Abstimmungsergebnis viel deutlicher, als alle Beteiligten erwartet hatten: Mit 123 gegen 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen versenkte der Nationalrat die «Lex USA» endgültig. Der Nein-Block aus SVP, FDP und SP hielt – mit wenigen Abweichlern – stand.

Drei Männer koordinierten die ungleiche Koalition: Philipp Müller, Präsident der FDP, SVP-Übervater Christoph Blocher und der neue heimliche Strippenzieher in der SP: Corrado Pardini, Profi-Gewerkschafter und Nationalratsneuling aus dem Kanton Bern.

Für die Meinungsbildung war dieses Trio nicht entscheidend, aber für das taktische Vorgehen. Sie bestimmten untereinander, welchen Anträgen man folgen wolle und wie der geballten Kraft aus Verwaltung, Bundesrat und Bankenlobby zu begegnen sei. Mit der Definition der drei Ansprechpersonen waren kurze und klare Kommunikationswege innerhalb der Fraktionen gelegt.

Das Trio schipperte die drei Grossparteien sicher durch sämtliche Klippen und Fallen.

Selbst das letzte Manöver des CVP-Präsidenten Christophe Darbellay verfiel nicht: Er hatte am Mittwochmittag nicht weniger als fünf Bundesräte zur WAK-Sitzung aufbieten lassen und damit vor allem die gegnerischen Fraktionen verunsichern wollen. Neben der Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf hatte der Walliser auch die FDP-Bundesräte Burkhalter und Schneider-Ammann, die Sozialdemokratin Simonetta Sommaruga und den SVP-Mann Ueli Maurer vorgeladen. «Seht her», war die Botschaft, auch eure Regierungsvertreter stehen hinter der «Lex USA».

Der Auftritt der fünf Bundesräte blieb ohne grosse Wirkung. Selbst für die jüngeren Nationalratsmitglieder war klar, dass dieses Angebot wenig Aussagekraft hatte: Schliesslich hatte der Bundesrat seine Position schon früher beschlossen, und nun waren alle an den Mehrheitsentscheid gebunden – auch die Skeptiker der «Lex USA». Die Sitzung war auf 13 Uhr angesagt, um 15 Uhr ging die Ratsdebatte weiter. Das Tagesprogramm sah am Nachmittag die finale Abstimmung vor. Sollte sich der Nationalrat ein zweites Mal für Nichteintreten entscheiden, war die «Lex USA» vom Tisch.

Taktiker Darbellay setzte auf Verzögerung. Fünf Bundesräte und fünfundzwanzig WAK-Mitglieder: Das verhiess eine Debatte von mehr als zwei Stunden ohne klare Beschlussfassung. Die deutliche 16:9-Ablehnung nach der ersten WAK-Sitzung vom Montag war für die Widmer-Schlumpf-Truppe verheerend. Nun wandte Darbellay den doppelten Machiavelli an. Erstens wollte er die zuvor so eindeutig befindende Kommission durch die massierte Präsenz der Bundesräte verunsichern. Zweitens sollte diese zweite Sitzung derart in die Länge gezogen werden, dass es gar nicht zu konkreten Beschlüssen

kommen sollte. Das Parlamentsplenium hätte daraus den Schluss ziehen müssen, dass in der WAK auf einmal Selbstzweifel und Unsicherheit herrschten. Pech nur für Darbellay, dass seine Gegner die besseren Taktiker waren: Die Kommissionsmitglieder der SP, FDP und SVP sprachen sich ab, keine Fragen zu stellen, und verkürzten damit die Sitzung. Bis um 15 Uhr war das Geschäft durch, und die Kräfteverhältnisse innerhalb der WAK blieben gewahrt – wie auch im Parlament: Der Nationalrat beschloss mit praktisch identischer Stimmenzahl zum zweiten Mal Nichteintreten.

6. Wie ist der Widerstand des Parlaments gegen das Bankengesetz insgesamt zu werten?

Zwei Mal wurden in jüngster Zeit den Schweizern schlimme Folgen angedroht: einerseits bei der «Lex USA», andererseits bei den Verhandlungen um ein Rahmenabkommen mit der EU. Bei der «Lex USA» wehrte sich das Parlament gegen das Diktat, bei den Verhandlungen mit der EU stoppte der Bundesrat den willfähigen Aussenminister. Wir hätten schon zu viele rote Linien überschritten, warnt Bundespräsident Ueli Maurer: Jetzt gelte es, zu bremsen, also unter Druck Bedenkzeit zu gewinnen.

Die Niederlage der Turboanpasserin Widmer-Schlumpf kann zu einem Kurswechsel führen. Die Souveränität hat ihren Preis, wissen auch die Widerstandskämpfer. Aber die Schweizer müssen mindestens in Ruhe beraten, welchen Preis sie zahlen wollen – in ihrem schwerfälligen politischen System, das sie schon oft davor bewahrt hat, die gleichen Fehler wie die anderen zu machen.

7. Wie geht es jetzt weiter?

Wird es zum grossen Crash kommen? Oder ist die Aufregung um den geplatzten US-Steuerdeal völlig übertrieben? In erster Linie sind die Banken selbst verpflichtet, ihre Probleme mit den USA zu lösen. Die Erfahrungen mit Wegelin könnten beispielhaft sein: Die Bank wurde aufgespalten, die nichtamerikanischen Geschäfte und Kunden in die neugegründete Bank Notenstein übertragen. Wegelin selbst musste sich in den USA verantworten und eine Busse zahlen. Bis heute scheint weder einer der ehemaligen Inhaber noch einer der Mitarbeiter angeklagt worden zu sein.

Sollte eine Bank wegen der amerikanischen Druckversuche in Seenot geraten, bleibt der Gang zum Bundesrat offen. Systemrelevante Finanzinstitute dürften wie die UBS 2008 gerettet werden. Auch ohne Einwilligung des Parlaments kann der Bundesrat per Notrecht reagieren und dafür auch Artikel 271 des Strafgesetzbuches, der den Banken die Herausgabe von Kundendaten untersagt, ausser Kraft setzen. Finanzministerin Widmer-Schlumpf wird dem Bundesrat nächste Woche ihren Plan B vorlegen, den sie bisher verweigerte. ○

Grosser Sessions-Check

Die Sommersession ist durch. Was waren die wichtigsten Geschäfte? Wie hat das Parlament entschieden? Welche Parlamentarier glänzten durch Abwesenheit? Welche Abstimmung war die teuerste?

Von Philipp Gut und Peter Keller

In dieser Session schien es nur ein Geschäft zu geben: die «Lex USA». Die Mehrheit des Bundesrates wollte eine Art Ermächtigungsgesetz, damit die Banken während zwölf Monaten Kundendaten an die USA aushändigen dürfen, was sie nach schweizerischem Recht nicht dürften.

Inhalt und Folgen des Gesetzes waren nicht bekannt. Mit der «Lex USA» sollten wichtige Rechtsgrundsätze ausser Kraft gesetzt werden: Unter anderem wären Datenschutz- und Mitarbeiterrechte rückwirkend aufgeweicht worden. Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf wollte das Geschäft als dringliches Verfahren durchpeitschen. Damit wäre auch die Möglichkeit weggefallen, das Referendum zu ergreifen.

Nicht absehbar war überdies das Signal an andere Länder. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte bereits verlauten lassen: «Ich denke, dass wir das Beispiel der Schweiz und der USA sehr wohl im Auge behalten.»

Während der Ständerat zustimmte (mit 26 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung), sprach sich der Nationalrat noch deutlicher gegen Eintreten aus. Zuletzt mit 123 gegen 63 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Ausschlaggebend waren Christoph Blochers Voten in der Kommission und im Plenum: «Sie haben keine Argumente für dieses Gesetz – Sie haben Angst!» Für Widmer-Schlumpf war es die erste bedeutende Niederlage im Parlament.

Die teuerste Abstimmung

Das definitive Ja zum Paket «Finanzierung der Bahninfrastruktur» (Fabi). Die Vorlage geriet zum grossen Wunschkonzert der Regionen. Der Bundesrat wollte ursprünglich bis zum Jahr 2025 Bahnprojekte für 3,5 Milliarden Franken realisieren. Der Ständerat stockte den Betrag auf 6,4 Milliarden auf. Finanziert wird diese teurere Variante mit einer Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,1 Prozent ab 2018. Dann läuft das Finanzierungsprovisorium für die Invalidenversicherung aus. (siehe: «Der grösste Flop», unten.)

Der grösste Flop

2009 stimmte das Volk einer befristeten Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozent zu. Diese rund 1,1 Milliarden sollten in die IV-Rechnung fliessen. Gleichzeitig wurde dem Stimmvolk versprochen, die Zeit für eine umfassende Sanierung dieser Sozialversicherung

zu nutzen. Die CVP Schweiz teilte am 20. August 2009 mit: «Die Vorlage ermöglicht, dass Zeit gewonnen werden kann für eine nachhaltige Lösung der Finanzierungsschwierigkeiten der IV [...]. Eine Sanierung bleibt also prioritär. Dabei wird man um weitere Leistungskürzungen nicht herumkommen.»

Von den ursprünglich angepeilten 800 Millionen Franken blieben am Ende 40 Millionen Franken Einsparungen übrig. CVP und Linke hatten die Revision bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Ohne die Zusatzfinanzierung (1,1 Milliarden) und die Übernahme der Schuldzinsen

Für Widmer-Schlumpf war es die erste bedeutende Niederlage im Parlament.

(300 Millionen) durch die Bundeskasse würde die IV immer noch rote Zahlen schreiben. Trotzdem werden die «provisorischen» Mehrwertsteuerzehntel bereits weiterverschenkt: zum Beispiel zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (siehe: «Die teuerste Abstimmung»). Architekt der Fabi war ebenfalls ein CVP-Politiker: Ständerat Peter Bieri aus dem Kanton Zug, Präsident der Litra, einer Lobbyorganisation des öffentlichen Verkehrs. Für diese Arbeit sackt der Berufspolitiker jährlich rund 140 000 Franken an Entschädigungen ein. Die 6.IV-Revision wurde schliesslich versenkt. Mit 110 zu 72 Stimmen bei 5 Enthaltungen.

Die meisten Absenzen

1. Oskar Freysinger (SVP, VS)	51%	107*
2. Fulvio Pelli (FDP, TI)	46%	96
3. Christoph Blocher (SVP, ZH)	35%	74
4. Daniel Fässler (CVP, AI)	35%	73
5. Rudolf Joder (SVP, BE)	34%	72
6. Martin Landolt (BDP, GL)	28%	58
7. Geri Müller (Grüne, AG)	25%	53
8. Hans Egloff (SVP, ZH)	23%	47
9. Ulrich Giezendanner (SVP, AG)	21%	43
10. Hans Grunder (BDP, BE)	20%	42

* Anteil und Anzahl Abstimmungen. Quelle: Politnetz.ch

Volksinitiativen

Zu folgenden drei Volksinitiativen hat das Parlament seine Abstimmungsparolen gefasst.

— Masseneinwanderungsinitiative der SVP. Diese will die Zuwanderung wieder eigenständig steuern und die Personenfreizügigkeit mit



«Keine Argumente für dieses Gesetz»: «Lex USA» im Nationalrat; auf dem Bild: Heer, Feller, Luescher, Caroni, Pardini, Leutenegger Oberholzer (v.l.).

der EU neu aushandeln. Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 128 zu 49 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

— Familieninitiative der SVP. Diese fordert: «Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, muss für die Kinderbetreuung mindestens ein gleich hoher Steuerabzug gewährt werden wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen.» Der Nationalrat lehnt die Initiative mit 109 zu 74 Stimmen bei 6 Enthaltungen ab.

— Pädophilen-Initiative. Diese sieht ein Verbot vor für verurteilte Pädophile, mit Kindern zu arbeiten. In der Frühlingssession hatte der Nationalrat der Initiative noch hauchdünn mit 82 zu 79 Stimmen zugestimmt. Der Ständerat möchte jedoch einen Gegenvorschlag ausarbeiten (mit 23 zu 21 Stimmen).

Abgelehnt und angenommen

+ Die Swissness-Vorlage zum Schutz der Marke Schweiz wird deutlich (mit 74 Prozent) angenommen. Kritische Stimmen, die vor zu hohen Hürden für die Unternehmen warnten, fanden keine Mehrheit. Die Landwirtschaft ist zufrieden. Bei Milchprodukten wie Käse und Joghurt muss sogar hundert Prozent der verwendeten Milch aus der Schweiz stammen.

– Vereinfachung der Mehrwertsteuer. Weder der Einheitssatz noch das Zweisatz-Modell

fand eine Mehrheit im Parlament. Das langjährige Prestigeprojekt des früheren Finanzministers Hans-Rudolf Merz ist damit beerdigt.

+ Der Fluglärmvertrag mit Deutschland wird einseitig von der Schweiz ratifiziert. Im Nachbarland ist der Prozess aufgrund von Widerstand aus Süddeutschland blockiert.

– Der Ständerat hat eine Motion von SVP-Nationalrat Hans Fehr, die ein nationales Vermummungsverbot forderte, mit 27 zu 3 Stimmen abgelehnt. Der Nationalrat hatte dem Vorstoss noch mehrheitlich zugestimmt.

+ Aus- und Weiterbildungskosten können künftig bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 12 000 Franken von den Steuern abgezogen werden.

– Kein Rahmengesetz für die Sozialhilfe auf eidgenössischer Ebene. Der Ständerat lehnte eine diesbezügliche Motion ab und wahrte damit die kantonale Hoheit.

+ Paradigmenwechsel beim Sorgerecht. Künftig sollen geschiedene Ehepaare gemeinsam das Sorgerecht für ihre Kinder erhalten, sofern sie einen gemeinsamen Antrag stellen und sich über Unterhalt und Betreuung einigen können. Bereits geschiedene Eltern können das Sorgerecht neu verhandeln. Der Ständerat begrenzte die Frist allerdings auf Scheidungen, die nicht mehr als fünf Jahre zurückliegen.

Fragen über Fragen

In der zweiten und dritten Sessionswoche können den Bundesräten schriftliche Fragen gestellt werden. So kurzfristig werden sonst keine Vorstösse behandelt.

SVP-Nationalrat Thomas Aeschi fragt nach, ob der Bundesrat sein Kommunikations- und Datennetzwerk neu ausschreibe, da die Swisscom Hardware von Firmen nutze, welche aktuellen Spionagevorwürfen ausgesetzt seien. Sein Parteikollege Felix Müri schlägt in seiner Frage vor, die Kosten für den blamablen Eurovision Song Contest besser anderweitig zu verwenden: «Zum Beispiel zur Förderung der Volksmusik.» Währenddessen sorgt sich der Aargauer Nationalrat Cédric Wermuth (SP) um das Verbot der «Propaganda für nichttraditionelle sexuelle Beziehungen» in Russland und fordert den Bundesrat auf, bei den zuständigen russischen Stellen gegen diese Diskriminierung zu intervenieren. Total wurden 129 Fragen gestellt. Die letzte stammte von Hans Kaufmann (SVP): «Die Pensionskasse der eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) weist nach wenigen Jahren ihrer Existenz bereits eine Unterdeckung von 55 Millionen Franken auf. Wer ist für diese Unterdeckung verantwortlich? Wer soll diese Fehlbeträge nachfinanzieren?» ○

Wie ein verwundetes Tier

Der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse hat sich in eine unnötige Identitätskrise manövriert. Die Niederlage gegen Thomas Minders «Abzockerinitiative» führte zu Personalquerelen. Erstes Opfer ist ausgerechnet Direktor Gentinetta, den Eingeweihte als fähigen Mann bezeichnen. Von Florian Schwab

«Am Ende hiess das Problem Pascal Gentinetta», titelte die *NZZ am Sonntag* zum spektakulären Doppelrycktritt bei Economiesuisse. Der abtretende Präsident, Rudolf Wehrli, diagnostizierte dem freigestellten Direktor im selben Blatt «eine gewisse Routine und ein bestimmtes Selbstverständnis». Der Vorstand habe «den Eindruck, dass es für ihn schwierig ist, seinen Modus zu ändern – in die Richtung, die jetzt gefordert ist». Mit so deutlicher Kritik im rüden Stil wurde in der gepolsterten Welt der Wirtschaftsverbände lange kein Verbandsdirektor mehr vom Hof gejagt.

Dabei zweifelt niemand daran, dass Gentinetta die grundlegenden Fähigkeiten für das Amt hatte. Etliche Economiesuisse-Mitarbeiter bestätigen, dass das Vertrauen in ihren Chef bis zuletzt intakt war. Gentinetta selbst schweigt zu seinem Abgang. Rudolf Wehrli wollte sich gegenüber der *Weltwoche* nicht äussern. Was sind die tiefer liegenden Gründe?

Noch heute wirft der Economiesuisse-Vizepräsident Hans Hess dem scheidenden Direktor vor, im Minder-Abstimmungskampf zu passiv geblieben zu sein. Quellen aus der damaligen Kampagnenführung bestätigen, dass Gentinetta warnte: Die Minder-Abstimmung sei nicht zu gewinnen, weshalb das Schicksal von Economiesuisse nicht daran geknüpft werden dürfe. Hess dagegen drückte aufs Gaspedal und stilisierte den Urnengang zur homerischen Entscheidungsschlacht. Präsident Wehrli bezog keine Position. Als es darum ging, in letzter Minute nochmals das Kampagnenbudget zu erhöhen, blieb er in der entscheidenden Sitzung des Komitees stumm.

Dieselben Personen, welche Economiesuisse gegen Gentinettas Rat immer tiefer ins verminten Minder-Gelände führten, verlangten danach vom Direktor Vorschläge zur strategischen Neuorientierung. Seine Ideen liefen aber, wie bestätigt wird, genau in die entgegengesetzte Richtung dessen, was die Spitze erwartet hatte: «Aufstehen, Staub abklopfen und weitermachen», so das Rezept Gentinettas. Den Verbandsoberen schwebte dagegen eine neue Bescheidenheit vor: Der Dachverband sollte sich auf gesamtwirtschaftliche Fragen zurückziehen und den einzelnen Branchenverbänden mehr Aufgaben übertragen.

Eine solche Rückzugsstrategie war mit Gentinetta nicht zu machen – er verglich sie, wie ein Vertrauter weiss, mit einem verwundeten Tier, das sich vor seinen Jägern davonschleppt. Um diese Haltung zu verstehen, muss man zu-

rückblenden. Der geschasste Economiesuisse-Direktor begann seine Karriere im Jahr 1999 beim Vorort, unmittelbar vor der Fusion mit Wirtschaftsförderung zur Economiesuisse. In Bern kümmerte er sich für den neuen Dachverband um die Finanz- und Steuerpolitik.

Finanzpolitische Erfolge

Rasch wurde er zu einem wichtigen Ideengeber einer bürgerlichen Phalanx, bestehend beispielsweise aus Peter Spuhler (SVP), Arthur Loepfe (CVP) und finanzpolitischen FDP-Falken wie Gerold Bühler, Hans-Rudolf Merz und Rolf Schweiger. Der parlamentarische Stosstrupp war als «Club Bellevue» bekannt, obwohl er gar nie im Hotel «Bellevue» tagte.

Damals involvierte Parlamentarier lobten noch heute Gentinettas Argumentationskraft und seine Umgänglichkeit. Es fallen Begriffe wie «liberaler Idealist» und «Machertyp». Die Resultate konnten sich sehen lassen: Der «Club Bellevue» peitschte Sparprogramme durch, verschlankte den Staat, unterstützte FDP-Finanzminister Villiger bei der Schuldenbremse und verhalf Merz zur Wahl in die Regierung, was den Abbau von 23 Milliarden Franken Schulden erlaubte und die Unternehmenssteuerreform II ermöglichte.

Solche Erfolge im Zusammenspiel von Wirtschaft und bürgerlicher Politik haben Genti-

netta von den Vorteilen des Grossverbands überzeugt. Er plädierte bis zuletzt – gegen seine Vorgesetzten – für einen starken Dachverband, der für die ganze Wirtschaft eintritt. Die Verzettelung in die Einzelinteressen der vielen Branchenverbände lehnte er ab. Alt Ständerat Rolf Schweiger, der dem Präsidium von Economiesuisse angehört, hat Verständnis für Gentinettas Anliegen: «Die Wirtschaft muss als Einheit wahrgenommen werden – zurückziehen geht nicht.»

Ein zu Gentinettas Anfangszeiten sehr exponierter Parlamentarier erlebte den tatkräftigen Ökonomen als sprudelnde Ideenquelle, die allerdings «gelegentlich übers Ziel hinausschoss und gebremst werden musste». Genau so beschreiben Personen, die mit Economiesuisse vertraut sind, die Arbeitsteilung zwischen Gentinetta und Präsident Gerold Bühler, unter dem er 2007 zum Leiter des Verbandes wurde: Der Direktor preschte vor, der Präsident federte ab. Mit dem Rücktritt Bühlers im Oktober 2012 fiel diese ausgleichende Komponente weg. Der neue Präsident Rudolf Wehrli war zu weit weg, um Gentinettas Energie gegebenenfalls diplomatisch einzuhegen. Nach eigenem Bekunden fehlte ihm die Zeit für das Amt. Wehrli selbst lässt über eine PR-Agentur ausrichten, er und Gentinetta hätten sich «gut ergänzt».



Sprudelnde Ideenquelle: Ex-Economiesuisse-Direktor Pascal Gentinetta, 42.

Könige unter den Blinden

Selbst Falschabrechnungen in Millionenhöhe und ein anhaltendes Führungsdebakel konnten seine Machtposition nicht erschüttern: Der Schweizerische Blindenbund ist fest im Griff des italienischen Familienclans Del Degan. *Von Philipp Gut*



Missbrauch «in grossem Stil»: Blindenbund.

Die ersten Meldungen tauchten vor genau drei Jahren auf, im Juli 2010. Der Schweizerische Blindenbund (SBB), der sich als «gemeinnützige Selbsthilfeorganisation» versteht, kassierte Steuergelder, die ihm nicht zustünden, sagte die ehemalige SBB-Geschäftsführerin Romy Enderli in der Zeitschrift *Beobachter*. IV-Gelder seien «in grossem Stil» missbraucht worden. Der Blindenbund reagierte empört, sprach von «diffamierenden Vorwürfen» und «haltlosen Behauptungen», die er in aller Form vehement zurückweise, weil sie jeglicher realer Grundlage entbehrten. Doch es kam anders: Das zuständige Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) beauftragte die Firma KPMG mit einer detaillierten Prüfung. Das Resultat der Untersuchung, die im Januar 2012 publiziert wurde, gab den Warnern recht und übertraf die kühnsten Befürchtungen: Allein in der Abrechnungsperiode 2007 bis 2010 erschlich sich der Blindenbund 1,25 Millionen Franken an Steuergeldern, die ihm nicht zugestanden wären. Zudem wies die KPMG-Studie auf mindestens achtzehn weitere Unregelmässigkeiten und Mängel in den Büchern hin.

Zwar musste der SBB die unrechtmässig bezogenen Millionen zurückzahlen, doch Konsequenzen zeitigte der Fall nicht. «Wir machen Sie darauf aufmerksam, dass [...] eine Person in der Dossierberatung nur einmal ge-



«Putsch»: Jvano Del Degan, SBB-Chef (l.).

zählt und in der Leistungsstatistik ausgewiesen werden darf», schrieb das BSV bereits 2008 in sanften Tönen nach einer Stichprobe. Der Trick war offensichtlich beliebt: Man legte pro «Klient» mehrere Dossiers an, um einen grösseren Aufwand vorzutäuschen – was höhere Zahlungen des Bundes bewirkte. Auch der Blindenbund selber unternahm nichts. «Haben die Untersuchungen personelle Konsequenzen hinsichtlich der «Schuldfrage»?», formulierte Geschäftsführer Jvano Del Degan in einem internen Papier, um die Antwort gleich selbst zu geben: «Ich denke, dass wir vorrangig sicherstellen müssen, dass der Schweizerische Blindenbund sich aus der defensiven Haltung verabschiedet und seine Mitglieder und deren Interesse wieder offensiv vertritt.» Verantwortlich war also niemand, personelle Folgen hatten die Falschabrechnungen nicht.

Die «Schuldfrage» wurde weggewischt

Womöglich hat das mit der Führungsstruktur und der speziellen Personalsituation beim SBB zu tun. Dass sich ein Geschäftsführer, dem die oberste Verantwortung obliegt, selber die Absolution erteilen und die «Schuldfrage» mit einem Federstrich wegwischen kann, lässt aufhorchen. Tatsächlich fällt der Blindenbund, der im vergangenen Jahr über 2,5 Millionen

Franken von der öffentlichen Hand erhielt und zusätzlich rund 600 000 Franken aus Spenden und Legaten, durch sonderbare Praktiken auf. Dabei stösst man immer wieder auf den Namen Del Degan.

Der SBB, die zweitgrösste Blindenorganisation des Landes mit einer Bilanzsumme von gegen 17 Millionen Franken, ist seit 25 Jahren fest im Griff des italienischen Familienclans. Zeitweise arbeiteten mehrere Familienangehörige dort (siehe Grafik), und in jüngster Zeit konnten die Del Degans ihre Machtbasis sogar ausbauen (wir kommen darauf zurück).

Jvano, der selber sehbehinderte aktuelle Geschäftsführer, ist nicht der erste Del Degan an der Spitze des Blindenbunds. Zuvor amtierte sein Bruder Claudio zwei Jahrzehnte lang in derselben Position. In der Amtszeit von Claudio Del Degan und teilweise auch in derjenigen seines Bruders wurden die Falschabrechnungen vorgenommen, die zu der Millionen-Rückzahlungsforderung des Bundes führten.

Als Claudio Del Degan Ende 2008 in Pension ging, sollte die Familiendynastie eigentlich durchbrochen werden. Romy Enderli trat seine Nachfolge an. Doch die Neue, die später den Missbrauch der IV-Gelder publik machte, hatte einen schweren Stand: Man verweigerte ihr die Einsicht in die Abrechnungen mit dem BSV, obwohl sie offiziell als Geschäftsführerin fungierte. Bald kam es noch dicker: Im Mai 2009 wurde Enderli überraschend auf Ende Jahr gekündigt und sie per sofort freigestellt. «Ich konnte die falschen Abrechnungen nicht unterschreiben, sonst wäre ich mit einem Bein im Gefängnis gestanden», sagt Enderli heute. Zur Begründung ihres Rauswurfs hiess es, sie sei nicht belastbar. Allerdings war das vorher niemandem aufgefallen.

Profiteur des abrupten Abgangs war wiederum ein Del Degan: Jvano, Claudios jüngerer Bruder, wurde vom Vorstand zum Geschäftsführer ad interim ernannt. Was sich damals abspielte, glich einem «Putsch», wie der damalige Co-Präsident Frank Buchter in einer E-Mail schrieb. Die Chronologie der Ereignisse zeigt, wie die Del-Degan-Brüder mit Unterstützung des überforderten Vorstands quasi unter sich die dynastisch anmutende Nachfolge regelten.

1. April 2009: Der ehemalige (!) Chef Claudio Del Degan lädt auf der Geschäftsstelle zu einem Mittagstisch. Neben Vorstandsmitgliedern ist auch sein Bruder Jvano zugegen. Den Anwesenden wird mitgeteilt, dass Jvano Del Degan per sofort auf der Geschäftsstelle ar-

beite. «Er bezog dann auch gleich ein eigenes Büro», wie eine Delegierte in einem der *Weltwoche* vorliegenden Brief schreibt.

11. April 2009: Die Blindenbund-Co-Präsidentin teilt den Delegierten per E-Mail mit, Geschäftsführerin Enderli sei teilweise entmachtet worden. Man stelle ihr – wiederum ab sofort – einen Co-Geschäftsführer zur Seite. Sein Name: Jvano Del Degan. Dem Entscheid war ein abenteuerlicher Zickzackkurs des Vorstands vorausgegangen: Zuerst hatte er die Doppelherrschaft unterstützt, beschloss dann aber an einer ausserordentlichen Sitzung vom 8. Mai in Bern, Enderli «als alleiniger Geschäftsführerin weiterhin das volle Vertrauen auszusprechen».

16. Mai 2009: An einer Vorstandssitzung geht Jvano Del Degan aufs Ganze. Der frisch-ernannte Co-Geschäftsführer schlägt vor, seine Kollegin Romy Enderli zu entlassen und sich selber als alleinigen Chef einzusetzen. So kommt es dann auch.

2. Juni 2009: Die Delegierten werden informiert, dass Romy Enderli in einer «geheimen Vorstandssitzung» gekündigt wurde und dass ihre sofortige Freistellung bereits erfolgt sei. Sie hatte eine Stunde Zeit, ihr Büro zu räumen – im Beisein eines Notars, den Jvano Del Degan aufgebeten hatte.

8. Juni 2009: Del Degan der Zweite, am vorläufigen Ziel seiner Karrierepläne angelangt, versendet einen Brief an Mitarbeiter und Mitglieder. Darin heisst es: «Aufgrund einer Anhäufung unbefriedigender Vorkommnisse und Fehlentwicklungen in der operativen Führung hat der Vorstand beschlossen, mir mit sofortiger Wirkung das Amt als interimistischer Geschäftsführer des Schweizerischen Blindenbundes zu übertragen.» Die ausgebootete Konkurrentin vermutet die wahren Gründe ihrer Kündigung anderswo: Es habe den Del Degans offensichtlich nicht gefallen, «dass ich frühere Abrechnungen hinterfragt habe». Ein weiterer Grund liege wohl darin, «das Jvano Del Degan dringend eine neue Stelle benötigte, und der Vorstand sie ihm verschafft hat».

27. November 2009: Der Vorstand verlängert den Vertrag mit Jvano Del Degan als interimistischem Geschäftsführer bis Ende März 2010.

28. November 2009: An einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung unterbreitet die Zürcher Anwältin und Organisationsberaterin Valentina Baviera Vorschläge zur Beendigung der seit Monaten andauernden Führungskrise. Ihr Befund ist deutlich: Der Vorstand sei mit ehrenamtlich tätigen Sehbehinderten oder Blinden besetzt, die «wenig Erfahrung aus dem Geschäftsleben» hätten und das nötige Rüstzeug vermissen liessen («Sehbehinderung allein ist keine Qualifikation»). Dies habe es dem langjährigen Geschäftsführer Claudio Del Degan ermöglicht, den Vorstand «von unten» zu führen. Dasselbe

Der Del-Degan-Clan und der Blindenbund

<p>Claudio Del Degan Bruder von Jvano Del Degan Geschäftsführer 1989–2006, danach in anderen Funktionen tätig, heute Ehrenmitglied</p>
<p>Marc Del Degan Sohn von Claudio Del Degan Freier Mitarbeiter und Begleiter zu den Klienten während der Anstellung von Nadine Ottiger</p>
<p>Nadine Del Degan-Ottiger Frau von Marc Del Degan Lehrtochter und Bürofachfrau 1999–2006</p>
<p>Dominic Del Degan Sohn von Claudio Del Degan Ex-Buchhalter von Inva Support</p>
<p>Jvano Del Degan Bruder von Claudio Del Degan Geschäftsführer seit 2010</p>
<p>Iris Del Degan Frau von Jvano Del Degan Sachbearbeiterin 2008–2010</p>
<p>Peter Zahner-Del Degan Schwager von Claudio und Jvano Del Degan Seit Januar 2013 bei Accesstech Luzern (betreut Klienten SBB)</p>
<p>Joe Zöllig Schwager von Claudio und Jvano Del Degan Buchhalter 1990–2011</p>
<p>Tamara Zöllig Tochter von Joe Zöllig Sachbearbeiterin, arbeitete sporadisch beim SBB</p>
<p>Rolf Zöllig Bruder von Joe Zöllig Reinigte Beratungsstelle Aarau</p>
<p>Ruth Zöllig Schwägerin von Joe Zöllig Reinigte Beratungsstelle Aarau</p>

Dynastische Herrschaft: der SBB.

Kunststück gelingt jetzt offensichtlich auch seinem Bruder und Nachfolger Jvano.

7. Februar 2010: Der Vorstand wählt Jvano Del Degan einstimmig als neuen, nunmehr definitiven Geschäftsführer. Amtsantritt: 1. April. Jahreslohn: Rund 170 000 Franken.

Unter Blinden, diese Zwischenbilanz drängt sich auf, ist der Einäugige König. Der Vorstand als Aufsichtsgremium war offensichtlich nicht in der Lage, den sehbehinderten Geschäftsführer zu kontrollieren und die grossen strategischen Linien vorzuzeichnen. Die Del-Degan-Brüder konnten mehr oder weniger tun und lassen, was sie wollten. In einem Punkt aber ging die Familienklüngelei nach italienischer Padrone-Art selbst dem schwachen und willfähigen Vorstand zu weit: Er beauftragte Jva-

no Del Degan, das Arbeitsverhältnis mit seiner Frau Iris zu beenden, die als Sachbearbeiterin ebenfalls beim Blindenbund angestellt war. Die internen Richtlinien verbieten die Beschäftigung naher Verwandter. Dennoch arbeitete zeitweise der halbe Clan für den SBB: neben Del Degans Frau auch dessen Schwager Joe Zöllig (in der wichtigen Funktion eines Buchhalters) und weitere Mitglieder des Zöllig-Zweigs (Details siehe Grafik). Auch Marc Del Degan, der Sohn des vormaligen Geschäftsführers, und dessen Frau Nadine standen auf der Lohnliste.

Tentakel-artiges Ausgreifen

Überdies wurden Familienmitglieder bei Organisationen platziert, die eng mit dem Blindenbund zusammenarbeiten. Dominic, ein weiterer Sohn von Claudio Del Degan, war Buchhalter bei der Genossenschaft Inva Support, die eigens gegründet wurde (ehemaliges Mitglied und Kassier: Claudio Del Degan), um den Blindenbund mit Hilfsmitteln wie Vorlesegeräten oder Software zu beliefern. Den jüngsten Aussenposten hält Peter Zahner, Schwager der Del-Degan-Brüder: Er ist seit Anfang 2013 bei der Luzerner Firma Accesstech tätig, die Informatikdienstleistungen für Blinde und Sehbehinderte anbietet. Kurz darauf teilte Jvano Del Degan den SBB-Mitgliedern mit, die hauseigene Informatikabteilung werde aufgelöst (mehrere Angestellte wurden entlassen). Ab sofort sollten sich die Klienten ausschliesslich an Accesstech wenden.

Ein Zufall? Oder doch eher ein weiterer Hinweis auf den raffinierten del-deganschen Familienfilz, der tentakelartig über die Stammorganisation hinausgreift? «Mit meinem Schwager pflege ich keinen familiären Kontakt und ich erfuhr von dessen Einstellung erst im Nachhinein durch den Geschäftsführer der Accesstech AG», sagt Jvano Del Degan auf Anfrage. Tatsache bleibt, dass er bereits Anfang März die Mitglieder angewiesen hatte, ab sofort bei Accesstech und damit bei seinem Schwager einzukaufen.

Zu den übrigen Vorwürfen nimmt der Geschäftsführer ebenfalls nur knapp Stellung. Zur Frage der unrechtmässig bezogenen Steuergelder sagt er: «Es konnte kein rechtswidriges oder gar betrügerisches Verhalten nachgewiesen werden.» Weiter wollte die *Weltwoche* von Jvano Del Degan wissen: «Sie setzten sich persönlich dafür ein, dass die Falschabrechnungen keine personellen Konsequenzen hatten. Weshalb? Wollten Sie Ihren Bruder Claudio und sich selber schützen, da beide im entsprechenden Zeitraum die oberste operative Verantwortung trugen?» Die lakonische Antwort: «Mein Bruder wurde Anfang 2009 pensioniert. Ich verantworte das operative Geschäft seit April 2010.» Ende der Durchsage. Liegt man falsch, wenn man diese Nichtausage als heimliches Eingeständnis deutet? ○

Wer redet da noch von Sparen?

Vor fünf Jahren wurde dem Volk die Sanierung der IV versprochen. Es sagte darum ja zu einer befristeten Mehrwertsteuererhöhung. Die Steuern fliessen – die Sanierung aber ist gescheitert, das Defizit bleibt. Wie konnte es so weit kommen? *Von Christoph Landolt*



Kehrtwende bei der IV-Sanierung: Bundesrat Alain Berset spricht zum Nationalrat.

«Drei Jahre Arbeit für den Abfall.» So kommentierte CVP-Fraktionschef Urs Schwaller das Scheitern der IV-Revision. Nach langem Gefeilsche fand die Revision 6b am letzten Mittwoch im Nationalrat keine Mehrheit und ist damit endgültig tot. Die Sanierung der Invalidenversicherung, die mit 14,5 Milliarden Franken verschuldet ist, rückt damit in weite Ferne.

Das ist bemerkenswert, weil die Sanierung dem Volk vor vier Jahren hoch und heilig versprochen wurde: 700 Millionen Franken pro Jahr sollten mit der Revision eingespart werden, hiess es. Einzige Bedingung: Eine «kleine Erhöhung der Mehrwertsteuer» um 0,4 Prozent, wie der damalige Innenminister Pascal Couchepin (FDP) sagte.

Vor der Volksabstimmung engagierte sich alles, was in der Sozialpolitik Rang und Namen hat. «Nur mit einer moderaten Anhebung der

Mehrwertsteuer ist es möglich, die angehäuften Schulden der IV abzubauen», lockte CVP-Nationalrätin Ruth Humbel. «Bei einem Nein bleiben die finanziellen Probleme der IV ungelöst», drohte BDP-Nationalrat Hansjörg Hassler. «Ich bin guten Mutes, dass wir mit der sechsten Revision die IV zügig sanieren können», beruhigte SVP-Ständerat Alex Kuprecht, der sich damit gegen seine Partei wandte, die als einzige gegen die Steuererhöhung war. Das Volk traute den Versprechungen. Es schluckte die bittere Pille Steuererhöhung und trug damit seinen Teil zur Sanierung bei. Die Politiker hingegen halten ihren Teil der Abmachung nicht ein. Wie konnte es so weit kommen? Warum scheiterte die Reform, die von Vertretern aller Parteien als fast schon beschlossene Tatsache verkauft wurde?

Aufgegleist wurde die Revision 6b noch unter Couchepin. Er plante Einsparungen unter

vier Punkten. 1. Ein stufenloses Rentensystem, das keine Fehlanreize setzt. Anders als bisher hätte eine 40-prozentige Arbeitsunfähigkeit nicht mehr zu einer halben Rente geführt, sondern eben zu einer 40-Prozent-Rente. 2. Senkung der Beiträge an Rentner mit Kindern (offiziell irreführenderweise «Kinderrenten» genannt). Heute lohnt sich Arbeiten für Rentner mit mehreren Kindern kaum. 3. Stärkere Eingliederung in den Arbeitsmarkt, speziell von psychisch Kranken. 4. Streichung von Reisekosten für IV-Rentner.

Seither wurde die Vorlage Stück für Stück entkernt, oder «kastriert», wie es SVP-Nationalrat Toni Bortoluzzi ausdrückt.

1 — Der vorausseilende Sozialminister

Es begann damit, dass Couchepin-Nachfolger Didier Burkhalter (FDP) das Sparziel nach unten schraubte. Weil sich die Finanzperspektiven der IV verbessert hätten, müssten nur noch 325 Millionen Franken gespart werden, verkündete er im Mai 2011. Damit gab Burkhalter den Ton vor, der die Debatte bis heute beherrscht: Sparen ist nur ein notwendiges Übel; gespart wird nur, wenn es nicht anders geht. Dass die Beseitigung von Fehlanreizen (Arbeit muss sich lohnen) auch aus Gründen der Gerechtigkeit wünschenswert ist, spielte für Burkhalter keine Rolle. Der technokratische Liberale suchte die Lösung, die allen gefällt. Doch er fand sie nicht. SP, Grüne und Behindertenverbände hatten von Anfang an klargemacht, dass sie Sparmassnahmen prinzipiell ablehnen. Sie hörten auch beim Stand von 325 Millionen nicht auf, mit dem Referendum zu drohen.

2 — Mutlose Ständeräte

Der nächste Schlag gegen die Sanierung kam im November 2011 von der ständerätlichen Sozialkommission (SGK). Aus Angst vor einem Referendum wollten die Ständeräte das stufenlose Rentensystem nur für künftige Renten einführen. Ausgerechnet die Zehntausenden, die in den freigiebigen neunziger Jahren eine Rente zugesprochen bekommen hatten (meist für Krankheiten, die zuvor unbekannt waren), sollten also verschont werden. Das Sparpotenzial lag damit noch bei 250 Millionen.

3 — Mitte rutscht nach links

Dann kam die grosse Zäsur in Form eines neu zusammengesetzten Parlaments. Die CVP-EVP-GLP-Fraktion, die den Sparkurs vor den

Wahlen meist mittrug, war Geschichte. Die Grünliberalen, in der nationalrätlichen Sozialkommission vertreten durch Thomas Weibel (ZH), stimmten seit den Wahlen in Sachen IV fast immer mit den Grünen, selten mit den Liberalen. CVP und EVP entsandten neue Köpfe in die Sozialkommission. Vom bisher tonangebenden, bürgerlich politisierenden Duo Reto Wehrli (SZ) und Ruth Humbel blieb nur die Aargauerin übrig. Sie war fortan isoliert. Neu in der SGK sassen zwei Zürcherinnen mit Linksdrall – Barbara Schmid-Federer und EVP-Frau Maja Ingold – und der prominente Thurgauer Nationalrat im Rollstuhl Christian Lohr (CVP-EVP).

4 — Die EVP-Bresche

Ingold reichte wenige Monate nach ihrem Einzug in die nationalrätliche SGK einen Vorstoss ein, der so präzise ausformuliert war, dass er von den Juristen des Bundesamts für Sozialversicherungen hätte kommen können. Die unbestrittenen Änderungen sollten demnach zuerst eingeführt werden, die umstrittenen Teile der Vorlage erst später zur Abstimmung gelangen. Damit war alles, was substanzielle Einsparungen gebracht hätte, zum Abschuss freigegeben. «Es ging mir darum, einem Referendum die Grundlage zu entziehen», begründet Maja Ingold gegenüber der *Weltwoche*.

5 — Neuer Minister, neue Zahlen

Inzwischen war Didier Burkhalter ins Aussendepartement geflüchtet, das IV-Dossier lag neu bei Alain Berset. Kaum war der Sozialdemokrat im Amt, vollzog der Gesamtbundesrat eine Kehrtwende. Er unterstützte den Antrag Ingold. Eingespart werden sollten nur noch 100 Millionen Franken. Berset untermauerte den Schwenker mit neuen Prognosen, die der IV früher schwarze Zahlen voraussagten. Vorausgesetzt, dass die Wirtschaft weiter brumme, die Zuwanderung boome und die IV-Rentner sich wie geplant in die Arbeitswelt eingliedern liessen.

6 — Der Betroffene mit Autorität

Christian Lohr, der ohne Arme und mit verkürzten Beinen auf die Welt gekommen ist, schwang sich dank seiner Autorität als Betroffener zum Wortführer der CVP auf. Selbst bezieht der Thurgauer keine IV-Rente. Dennoch setzte er sich auch für die Rentenbezüger ein, die über all die diffusen neuen Symptome klagen, die objektiv nicht nachweisbar sind. Mit einem starken Auftritt im Nationalrat gelang es Lohr, seine Parteikollegen von der bereits gefassten Position abzubringen. Selbst die Behindertenverbände reagierten überrascht, als nun nur noch 40 Millionen gespart werden sollten.

Am Schluss war die Vorlage also fast komplett ausgehöhlt. Übrig blieben nur das stu-

fenlose Rentensystem und eine Art Schuldenbremse, die im Falle einer neuerlichen Schiefelage der IV greift. Der Ratslinken war das immer noch zu viel, der SVP zu wenig. Am Ende klappte eine unheilige Allianz den Sargdeckel über dem Gerippe zu.

Bundesrat, CVP, Grünliberale, EVP und BDP waren der Linken in immer mehr Punkten entgegengekommen – so weit, dass sie die Unterstützung der SVP verloren. Die Linken dankten es ihnen nicht, sondern nutzten die Chance, auch noch den letzten kümmerlichen Reformrest zu beerdigen. Nach diesem Muster war im Herbst 2010 bereits die elfte AHV-Revision gescheitert.

Kritische Geister hatten das IV-Debakel kommen sehen, so zum Beispiel der mittlerweile zurückgetretene SVP-Nationalrat Peter Spuhler. Er kenne das Parlament, sagte Spuhler vor vier Jahren in der «Arena» der Schweizer Fernsehens. «Ich weiss, wenn der Druck weg ist – und der Druck ist weg, wenn wir jetzt für diese sieben Jahre diese Zwischenfinanzierung beschliessen – dann passiert wieder nichts.»

Nun wird man sich in Bern überlegen müssen, woher das Geld kommt, wenn die Mehrwertsteuer nicht mehr sprudelt. Ohne sie hätte die IV auch im letzten Jahr eine halbe Milliarde zu viel ausgegeben. Die Wette gilt: Bald ertönen die ersten Rufe nach neuen Steuern. Strikt befristet, versteht sich. o

Eine Wochenzeitung oder eine Tageszeitung abonnieren? Als Printausgabe oder auf dem iPad? Probe-Abo oder Jahres-Abo? 6 oder 12 Monate?

Gewinnen Sie ein Relax-Weekend:
sympany.ch/win

Das Leben sollte wieder einfacher werden.

Gewisse Entscheidungen werden Ihnen leicht gemacht: Sympany bietet Ihnen einen persönlichen Service und Versicherungen, die einen umfassenden Schutz garantieren – für Singles, Familien und Unternehmen. Entdecken Sie die erfrischend andere Versicherung. www.sympany.ch

 **sympany**
versicherungen

Das Gesetz und der Kinderwunsch

Genetische Untersuchungen an Embryonen sollen in der Schweiz verboten bleiben, mit wenigen Ausnahmen. Der Bundesrat will damit angeblich ungeborenes Leben schützen und Designerbabys verhindern. Das Verbot erzeugt menschliches Leid, statt solches zu verhindern. *Von Alex Reichmuth*



Embryonen sind per Gesetz besser geschützt als Föten im Mutterleib (Bild).

Man hätte meinen können, in der Schweiz würden goldene Zeiten für Genetiker und Reproduktionsmediziner anbrechen. «Bundesrat erlaubt Gentests an Embryos», schrieb der *Blick*, nachdem sich die Landesregierung vor kurzem zur sogenannten Präimplantationsdiagnostik (PID) geäussert hatte. «Bund will Gentests für Embryos», titelte auch die *Luzerner Zeitung*. «Erlaubnis für Gentests an Embryonen», las man in der *NZZ*.

Die Schlagzeilen vermittelten ein falsches Bild. Heute dürfen Paare, die mittels künstlicher Befruchtung zu einem Kind kommen wollen, die im Reagenzglas erzeugten Embryonen nicht nach genetischen Kriterien untersuchen lassen. Der Bundesrat will an diesem generellen Verbot der Präimplantationsdiagnostik festhalten. Nur in seltenen Ausnahmefällen sollen Embryonen auf Gendefekte getestet werden können – nämlich dann, wenn

aufgrund der genetischen Veranlagung der Eltern die Gefahr besteht, dass eine schwere, unheilbare Erbkrankheit auf das Kind übertragen wird. Welche Krankheiten das genau sind, ist noch nicht bekannt und soll anhand einer Liste von Kriterien bestimmt werden. In Frage kommen etwa die zystische Fibrose, die Huntington-Krankheit oder die myotone Dystrophie (eine degenerative Muskelerkrankung), die meist im Kindes- oder frühen Erwachsenenalter zum Tod führen.

«Nein zu Designerbabys»

Gemäss Schätzungen von Experten werden es künftig aber kaum mehr als fünfzig bis hundert Paare pro Jahr sein, die die künstliche Befruchtung nutzen, um mittels Tests an Embryonen solche Erbkrankheiten bei ihren Kindern auszuschliessen. Daneben gibt es aber jährlich Tausende von Paaren mit Kinder-

wunsch, die wegen Sterilität den Weg einer künstlichen Befruchtung wählen. Ihnen bleibt es untersagt, die moderne genetische Diagnostik zu nutzen. Die Schweiz soll damit, wenn es nach dem Bundesrat geht, weiterhin eine der restriktivsten Gesetzgebungen in ganz Europa haben.

Viele Leute gehen davon aus, dass Untersuchungen an Embryos der Produktion sogenannter Designerbabys dienen – also Kinder, die bezüglich Geschlecht, Augenfarbe, Haarfarbe oder Intelligenz den Wünschen der Eltern entsprechen. Die *NZZ* etwa erweckte den Eindruck, der Bundesrat habe mit seinem Gesetzesvorschlag «Nein zu Designerbabys» gesagt. In der Schweiz spricht sich aber kein ernstzunehmender Fortpflanzungsmediziner für Designerbabys aus, selbst wenn solche machbar wären. Und die betroffenen Eltern wollen nicht etwa ein Kind mit blauen Augen

oder blonden Haaren, sondern überhaupt ein Kind. Wird das rigide Verbot aber durch Parlament und Volk bestätigt, bleibt ihnen das in vielen Fällen verwehrt.

2011 versuchten in der Schweiz 6350 Frauen, mittels In-vitro-Fertilisation (IVF) ihren Kinderwunsch zu erfüllen. Die Ärzte setzten ihnen Embryonen, die sie im Reagenzglas erzeugt hatten, in die Gebärmutter ein. Obwohl viele Frauen mehrere solche Behandlungen durchliefen, wurde nur etwa ein Drittel von ihnen schwanger. Die Erfolgsquote ist darum so tief, weil von Natur aus nur eine Minderheit der Embryonen entwicklungsfähig ist: Bei 25-jährigen Frauen kann sich nur etwa jeder vierte Embryo entwickeln, bei 40-jährigen gar nur jeder zwanzigste. Alle anderen Embryonen weisen genetische Abweichungen auf oder besitzen nicht das ganze Erbgut. Sie können nie zu einem Kind heranwachsen – egal, ob sie auf natürlichem Weg oder im Reagenzglas entstanden sind.

Viele Zwillinge und Drillinge

Die Erfolgsraten der künstlichen Befruchtung könnten aber beträchtlich gesteigert werden, wenn Gentests an Embryonen erlaubt wären: «Man kann seit wenigen Jahren mit einem sogenannten Screening sicherstellen, dass ein Embryo das ganze Erbgut hat und damit entwicklungsfähig ist», sagt Michael Hohl, Chefarzt an der Frauenklinik des Kantonsspitals Baden. Hohl ist seit 1984 Fortpflanzungsmediziner und hat deren Entwicklung in der Schweiz massgebend mitgeprägt. Dank eines solchen Screenings könne einer Frau gezielt ein einziger, entwicklungsfähiger Embryo eingesetzt werden – mit grosser Aussicht auf eine Schwangerschaft. Solche Screenings sind aber verboten. Eine In-vitro-Fertilisation bedeutet darum ein Art Blindflug. Die Folge ist, dass der Kinderwunsch vieler Paare nicht in Erfüllung geht – oft nach einer Reihe vergeblicher Behandlungszyklen und Zehntausenden von Franken an Ausgaben.

Um die Chancen auf eine Schwangerschaft wenigstens etwas zu erhöhen, werden den Frauen pro Behandlungszyklus meist zwei oder drei Embryonen eingesetzt. Sind dann per Zufall mehrere dieser Embryonen entwicklungsfähig, wachsen Zwillinge oder gar Drillinge heran. Mehrlinge kommen jedoch in vielen Fällen zu früh auf die Welt. Ihr Risiko, nicht zu überleben oder bleibende Schäden davonzutragen, ist deutlich erhöht. Die Statistik bestätigt es: In der Schweiz und anderen europäischen Ländern mit restriktiver Gesetzgebung (etwa Deutschland und Italien) werden überdurchschnittlich oft Zwillinge und Drillinge nach IVF-Behandlungszyklen entbunden. Das Verbot der Präimplantationsdiagnostik, das der Bundesrat nun weitgehend beibehalten will, beeinträchtigt somit das Kindeswohl.

Die Schweizerische Gesellschaft für Pädiatrie (SGP) hat im Vernehmlassungsverfahren zum Gesetz auf die Gefahren hingewiesen, die mit Mehrlingsgeburten einhergehen. Die heute zur Verfügung stehenden Möglichkeiten müssten genützt werden, damit Ärzte Frauen mit Kinderwunsch einen einzigen, entwicklungsfähigen Embryo einsetzen können, forderten die Kinderärzte.

Die Vermeidung gefährlicher Frühgeburten hat für den Bundesrat aber offensichtlich keine Priorität. Wichtiger ist ihm, zu verhindern, dass Ärzte überzählige Embryonen produzieren, um einen überlebensfähigen auszuwählen. Damit sind Embryonen absurderweise stärker geschützt als Föten im Mutterleib, denn diese dürfen im Gegensatz zu Embryonen genetisch untersucht werden (etwa mittels einer Fruchtwasserpunktion). Zeigt sich bei einer solchen Untersuchung ein genetischer Defekt an einem Fötus, beispielsweise eine Trisomie 21 (Down-Syndrom), darf er abgetrieben werden. Bundesrat Alain Berset (SP) begründete den stärkeren Schutz der Embryonen gegenüber den Medien damit, dass diese «verwundbarer» seien als Föten. Das ist ein seltsames Argument, denn ein Embryo besteht aus einigen wenigen Zellen und ist weit davon entfernt, menschliche Züge zu haben. Ein Fötus im Mutterleib dagegen hat ein schlagendes Herz und bereits ausgebildete Glieder. So kommt es, dass manche Paare, die auf die In-vitro-Fertilisation gesetzt haben, später unnötigerweise über eine Abtreibung entscheiden müssen. «Gentests an Embryonen zu verbieten und auf die Skrupel der betroffenen Paare zu setzen, einen Fötus abzutreiben, ist unethisch», sagt Michael Jemec, Fortpflanzungsmediziner in Lugano.

Gefahr der Menschenzucht

Der Bundesrat und die Bundesverwaltung schüren aber Ängste, um die rigide Gesetzgebung zu rechtfertigen. Mit dem Verbot von Embryonen-Untersuchungen wolle man «die Innovationslust der Forscher» stoppen, sagte etwa der Chef des Bundesamts für Gesundheit Pascal Strupler gegenüber den Medien. Mehrfach wird die Präimplantationsdiagnostik in Zusammenhang mit Eugenik gebracht, also der bewussten genetischen Verbesserung von Menschen. Der Bundesrat bezeichnet zum Beispiel in seiner Botschaft an das Parlament die Aussage, die Präimplantationsdiagnostik sei eine Form von Eugenik, als «Argument von hoher Schlagkraft» – um anschliessend an scheussliche Experimente der Nazis zu erinnern.

Auch das Bundesamt für Gesundheit (BAG) verteidigt die restriktive Gesetzgebung mit dem «Schutz der Gesellschaft vor eugenischen Tendenzen». Es gelte zu verhindern, dass die Kriterien, nach denen Ärzte Embryonen auswählen, immer weiter gefasst würden, heisst

es in einer Stellungnahme gegenüber der *Weltwoche*. Die Gefahr der Menschenzucht rechtfertigt es laut BAG sogar, dass Embryonen, die aus wenigen Zellen bestehen, stärker geschützt sind als schon weit ausgebildete Kinder im Mutterleib. Denn über die Abtreibung eines Fötus, etwa bei einer Trisomie 21, entscheide allein die Mutter, während bei der Auswahl von Embryonen Ärzte massgebend seien, was eine «erheblich grössere Verfügungsmacht» darstelle. Insgesamt stelle die Gesetzesvorlage des Bundesrats einen Kompromiss «zwischen den widerstreitenden Interessen unterschiedlicher Anspruchsgruppen» dar, schreibt das BAG.

Selbst Ethikkommission gegen Verbot

Für bestimmte Politiker ist in der Tat jede Selektion von Embryonen des Teufels. Dies wird unter anderem mit dem Schutz von Behinderten begründet. «Die Gesellschaft sollte auch zu behinderten Menschen stehen können», sagte zum Beispiel Nationalrat Christian Lohr (CVP), der selber körperlich behindert ist. Auch der Bundesrat rechtfertigte das Verbot der Präimplantationsdiagnostik damit, dass Behinderte nicht diskriminiert werden sollten. Von einer Diskriminierung kann aber keine Rede sein. Im Gegenteil: Menschen mit Down-Syndrom oder anderen genetisch bedingten Behinderungen sind in unserer Gesellschaft breit akzeptiert. «Auf Gentests bei Embryonen zu verzichten aus Solidarität mit Behinderten, ist absurd», sagt Fortpflanzungsmediziner Michael Jemec. «Mit der gleichen Logik könnte man auch regelmässig Flugzeuge abstürzen lassen, aus Solidarität mit den Opfern früherer Flugunfälle.» Wenn die Präimplantationsdiagnostik zugelassen würde, bestünde für niemanden ein Zwang, im Glas erzeugte Embryonen untersuchen zu lassen. «Paare aber, die solche Untersuchungen wünschen, sollten diese Möglichkeit haben», sagt Jemec. Michael Hohl vom Kantonsspital Baden pflichtet bei: «Das Verbot von genetischen Tests an Embryonen entspricht nicht der Schweizer Tradition von Toleranz und Liberalismus in allen Lebensbereichen.»

Sollten das Parlament und das Volk aufgrund der Schwarzmalerei das (weitgehende) Verbot von Untersuchungen an Embryonen bestätigen, geschähe das gegen den Rat der meisten Wissenschaftler und Ärzte. Dieses Verbot könne nur Leute zufriedenstellen, «die nie direkt mit Problemen der Fruchtbarkeit [...] konfrontiert waren», heisst es in einem gemeinsamen Communiqué der Verbände im Bereich der Fortpflanzungsmedizin und der Akademie der Medizinischen Wissenschaften. Nicht einmal Ethiker stützen den Entscheid des Bundesrats: Die Nationale Ethikkommission im Bereich Humanmedizin hat sich mehrmals für eine Zulassung von Untersuchungen an Embryonen ausgesprochen. ○

«Der Prozess war in keiner Weise fair»

Nur wenige kennen Silvio Berlusconi so gut wie der Intellektuelle Giuliano Ferrara. Er war Pressesprecher und Berater des ehemaligen Regierungschefs Italiens und ist heute noch mit ihm befreundet. Wie ist die jüngste Verurteilung Berlusconis zu deuten? Weshalb war er als Politiker überhaupt so erfolgreich? *Von Hansjörg Müller*

Herr Ferrara, am Montag ist Silvio Berlusconi von einem Mailänder Gericht zu sieben Jahren Haft verurteilt worden. Ausserdem verboten die Richter ihm für den Rest seines Lebens jede politische Betätigung. Sein mutmassliches Vergehen: Prostitution mit einer Minderjährigen sowie Amtsmissbrauch. Er selbst bestreitet alle Vorwürfe.

Tatsächlich war der Prozess in keiner Weise fair: Berlusconis angebliche Schuld wurde nicht bewiesen. Es gab kein Opfer, das den Angeklagten beschuldigt hätte. Ruby, das damals 17-jährige marokkanische Mädchen, mit dem er 2010 geschlafen haben soll, sagte aus, es habe keinen Geschlechtsverkehr zwischen ihr und dem Angeklagten gegeben. Dass Berlusconi gegenüber der Polizei behauptete, Ruby sei eine Nichte des damaligen ägyptischen Präsidenten Hosni Mubarak, war sicher ein wenig seltsam: Er hat sich nicht so benommen, wie man es von einem Premierminister erwarten darf, folglich konnte man seinen Rücktritt fordern. Eine Verurteilung vor Gericht rechtfertigt dies jedoch nicht.

Sie würden also von einem politischen Urteil sprechen?

Ja. Schon im Vorfeld des Prozesses gab es eine massive Kampagne gewisser Zeitungen gegen Berlusconi, die einer regelrechten Vorverurteilung gleichkam. Dabei denke ich vor allem an *La Repubblica*. Auch die Mailänder Justiz war voreingenommen: Die dortigen Richter und Staatsanwälte sehen sich selbst als eine Art Nebenregierung. Diese Leute glauben, sie hätten das Recht, aktiv in politische Abläufe einzugreifen.

Berlusconi wird das Urteil aller Voraus-sicht nach an die nächsthöhere Instanz weiterziehen. Was ist dort zu erwarten?

Ich wünsche ihm, dass er freigesprochen wird, doch darauf wetten würde ich nicht. Wahrscheinlich wird er sich nicht als Politiker verteidigen, sondern als Angeklagter, der zu Unrecht verurteilt wurde. Würde er versuchen, seinen politischen Einfluss geltend zu machen, würde dies von der Öffentlichkeit als unangemessen empfunden; ausserdem würde es die Regierungskoalition einer enormen Belastungsprobe aussetzen.

Von 1994 bis 1996 waren Sie Minister in Berlusconis erster Regierung. Was verbindet Sie, den Intellektuellen, der



«Zynisch, aber es funktionierte»: Berlusconi.

Heidegger im deutschen Original liest, mit dem hemdsärmeligen Selfmademan Berlusconi?

Ich bin ein persönlicher Freund Berlusconis. Als er in die Politik einstieg, bot ich ihm meine politische Erfahrung an. Ich war so etwas wie sein *consigliere*, auch wenn er sein eigener Herr ist, der auf den Rat seiner Höflinge nicht unbedingt angewiesen ist. Berlusconi ist sicher kein Intellektueller, aber er hat deswegen keinerlei Komplexe. Intellektuelle Fähigkeiten erkennt er an, so wie er die Künste eines Fussballers schätzt. Wenn man kultiviert ist und gut schreiben kann, sagt er: «Sie sind so gut wie Marco van Basten.»

Kein italienischer Regierungschef nach dem Zweiten Weltkrieg regierte so lange wie Berlusconi. Welches sind seine grössten Erfolge als Premier?

Bevor Berlusconi die politische Bühne betrat, gab es in Italien keine wirkliche Opposition, denn die Kommunisten, früher die grösste Oppositionspartei, durften während des Kalten Krieges nicht regieren. Erst mit Berlusconi begann der politische Wettbewerb zu spielen; von nun an lösten sich linke und rechte Regierungen ab. Zudem revolutionierte er die politische Sprache: Er betrieb Marktforschung und brachte dann ein politisches Produkt auf den Markt, das Erfolg versprach. Man kann das zynisch finden, aber es funktionierte. Vor allem aber war Berlusconi der Erste, der den Freiheitsbegriff in die italienische Politik einbrachte. Dabei sagte er ganz explizit: «Es ist mein Ziel, mein Geschäft zu schützen, aber meine Freiheit ist auch die eure.» Freiheit als poli-

tische Idee hatte für Kommunisten und Katholiken, die bisher den Ton angegeben hatten, keine grosse Bedeutung. Ihnen ging es um das, was sie «sozialen Zusammenhalt» oder «soziale Gerechtigkeit» nannten.

So gesehen, ist Berlusconi Italiens Margaret Thatcher, ein Vertreter des wirtschaftlichen Liberalismus.

Zumindest hatte er die Allüren eines Thatcheristen. Einmal an der Regierung, agierte er allerdings wenig konsequent. Lassen Sie mich ein Beispiel geben: Berlusconi brach das Monopol des Staatsfernsehens, doch nachdem ihm dies gelungen war, liess er Gesetze verabschieden, die den Markt paralyisierten. So wurde aus dem Monopol ein Duopol: auf der einen Seite die staatliche Rai, auf der anderen Berlusconis Mediaset. Mitbewerber wie Rupert Murdochs Sky Italia spielen demgegenüber eine untergeordnete Rolle.

Auch Verbindungen zum organisierten Verbrechen hat man Berlusconi immer wieder nachgesagt.

Seine Gegner brachten ihn mit der sizilianischen Mafia in Verbindung, aber das ist völliger Unsinn. Berlusconi hatte einige falsche Freunde, etwa seinen sizilianischen Berater Marcello dell'Utri. Mitte der siebziger Jahre suchte Berlusconi einen Leibwächter für seine Kinder. Es war ja die Zeit der terroristischen Roten Brigaden, und so fürchtete er sich vor Entführungen. Also heuerte Dell'Utri einen weiteren Sizilianer an, Vittorio Mangano, der mit Sicherheit zur Mafia gehörte. Doch Berlusconi selbst hatte nie Verbindungen zum organisierten Verbrechen.

Mittlerweile ist Berlusconi 76. Wird er der Politik noch lange erhalten bleiben?

Das kann keiner voraussagen, er ist und bleibt unberechenbar. Berlusconi ist keiner, der langfristige Pläne schmiedet. Möglicherweise wird er bleiben, weil es seinem Ego schmeichelt. Ich meine das allerdings keineswegs negativ! Er will etwas Bleibendes schaffen, unsterblich werden, so, wie viele das wollen. Falls die Gerichte ihn nicht politisch eliminieren, wird er vielleicht bis in seine Achtziger hinein in der politischen Arena bleiben. Warum auch nicht? Giorgio Napolitano ist schliesslich auch schon 87 Jahre alt!

Dass Berlusconi überhaupt noch eine bedeutende politische Rolle spielt, überraschte zahlreiche politische Beobachter: Bei den Parlamentswahlen Ende Februar schnitt seine Partei überraschend stark ab und lag

nur sehr knapp hinter Pier Luigi Bersanis linkem Wahlbündnis. Die Bewegung des Komikers Beppe Grillo wiederum wurde aus dem Nichts drittstärkste Kraft. Wenige Monate später, bei den Lokalwahlen Mitte Juni, folgte eine weitere Überraschung. Nun siegte die Linke, während Berlusconi und Grillo verheerende Resultate erzielten. Was hat all das zu bedeuten?

Die Ergebnisse haben auch mich überrascht. Auch ich dachte, Berlusconi sei nach dem Ende seiner Regierung im November 2011 politisch erledigt. Doch führte er einen grossartigen Wahlkampf. Entscheidend war seine Forderung, die Regierung solle eine Steuer auf Wohneigentum zurückerstatten. Die Italiener sind schliesslich ein Volk von Wohneigentümern. Grillo wiederum profitierte vom Unmut der Wähler über die etablierten Parteien. Was die Bedeutung der Lokalwahlen anbelangt, sollte man diese nicht überschätzen. Für die nationale Politik sind Kommunalwahlen nur sehr begrenzt aussagekräftig.

Nach den Wahlen haben Berlusconis Popolo della Libertà, die linke Demokratische Partei und Mario Montis Wahlbündnis eine Koalition gebildet. Das Amt des Regierungschefs fiel an den Kompromisskandidaten Enrico Letta. Was ist von ihm zu erwarten?

Letta kommt aus der Democrazia Cristiana, der alten christlichdemokratischen Partei, die Italien während des Kalten Krieges geprägt hatte und 1993 zusammenbrach. In meinen Augen verheisst das nichts Gutes, denn die letzten Führungsgenerationen dieser Partei waren träge und hochmütig. Zudem ist Letta ein Premier von Staatspräsident Giorgio Napolitanos Gnaden. Weil nach den Wahlen weder Berlusconi noch Pier Luigi Bersani, der Chef der Demokratischen Partei, eine Regierung bilden konnten, wurde Napolitano plötzlich sehr wichtig. Er drängte Berlusconi und Bersani, eine Koalition zu bilden, und brachte Letta letztlich an die Macht.

Das europäische Ausland machte sich nach den Wahlen Sorgen. Peer Steinbrück, der Kanzlerkandidat der deutschen SPD, meinte gar, mit Grillo und Berlusconi hätten zwei Clowns obsiegt.

Was Grillo anbelangt, hat Steinbrück selbstverständlich recht, denn Grillo ist Komiker von Beruf. Berlusconi hingegen ist der bedeutendste italienische Politiker der letzten Jahrzehnte. In den letzten zwanzig Jahren hat er neun Jahre lang regiert. Für italienische Verhältnisse ist das ein ausserordentlicher Erfolg. Ein seriöser Staatsmann wurde er dennoch nie, denn dafür ist er viel zu sehr Privatmann: Er mag junge Mädchen und Fussball, und er ist ein Narzisst, der das Feuer im Unterleib spürt. >>>



«Ich war so etwas wie sein consigliere»: ehemaliger Parlamentsminister und Talkmaster Ferrara.

Giuliano Ferrara

In seinem Lebenslauf spiegeln sich die Irrungen und Wirrungen der italienischen Geschichte: Ferrara, 61 Jahre alt, drei Zentner schwer, Spitzname: «Elefantino». Seine Mutter war die rechte Hand des legendären Kommunistenführers Palmiro Togliatti, der Vater leitete das kommunistische Parteiblatt *L'Unità*. In Turin, der Herzkammer der italienischen Arbeiterbewegung, war Ferrara in den siebziger und achtziger Jahren Parteisekretär. 1982 brach er mit dem Kommunismus: «Irgendwann konnte ich nicht mehr <wir> sagen, wenn ich <ich> meinte.» Heute gilt Ferr

ra als einer der einflussreichsten konservativen Denker Italiens. Von 1994 bis 1995 diente er als Parlamentsminister in Silvio Berlusconis erster Regierung, später erreichte er mit seinen politischen Talkshows ein Millionenpublikum. Seine Tageszeitung *Il Foglio* gründete er 1996. Als «Journal des journalistischen Luxus und der intellektuellen Moden» bezeichnete der *Spiegel* das Blatt; der deutsche Theologe Otto Kallscheuer spricht von «einer rechten Zeitung für desillusionierte Linke». Berlusconis Exfrau Veronica Lario hält 38 Prozent der Anteile an *Il Foglio*. (hjm)

Und Grillo? Wird er die Politik prägen, oder ist er eine blosser Laune der Geschichte?

Grillos Wahlerfolg ist darauf zurückzuführen, dass er sich als Gegner des Systems darstellte. Er hat angekündigt, weder mit den Linken noch mit den Rechten zusammenzuarbeiten. Seine Organisation ist wie eine Sekte! Gianroberto Casaleggio, sein engster Mitarbeiter, bestimmt die Richtung. Casaleggio glaubt ernsthaft, dass in den nächsten zwanzig bis dreissig Jahren ein Weltkrieg ausbrechen wird, aus dem die Mächte des World Wide Web als Sieger hervorgehen werden. Er verhält sich wie ein Guru: Die Politiker der Bewegung sollen ihm und Grillo gehorchen und den Mund halten. Auf Dauer werden sich die Senatoren und Abgeordneten dies aber nicht gefallen lassen, was Grillo natürlich als unfair empfindet, denn schliesslich kandidierten diese Leute auf seinem Ticket und akzeptierten im Vorfeld der Wahlen seine Regeln.

Grillo ist ein Antipolitiker, der die Existenz von Parteien ablehnt. Der britische Journalist Nicholas Farrell hat ihn deswegen mit Mussolini verglichen.

Wir hatten eine schwache Monarchie, also gibt es keinen König, mit dem man starke Figuren vergleichen könnte. Daher wird jeder, der in der Politik aufsteigt und über eine starke Persönlichkeit verfügt, irgend-

wann mit Mussolini verglichen. In den achtziger Jahren wurde der Sozialist Craxi mit Mussolini verglichen, später Berlusconi, nun eben Grillo. Das hat nicht viel zu bedeuten. Dass Mussolini einiges Gutes getan hat, bevor er Hitler in den Krieg folgte, ist hier in Italien übrigens eine weitverbreitete Meinung. Berlusconi ist beileibe nicht der Einzige, der das immer wieder gesagt hat.

Reden wir über die EU und den Euro: In Ihrer Zeitung *Il Foglio* haben Sie Deutschland immer wieder hart angegriffen. Berlin führe einen «Wirtschaftskrieg» gegen Italien.

Das ist ein sehr komplexes Problem. Die Deutschen haben vollkommen recht, wenn sie sagen: «Ihr Italiener seid reich, und ihr habt einen hohen Lebensstandard. Aber ihr habt auch eine sehr hohe Staatsschuld. Jetzt, in der Krise, müsst ihr einen Teil eures Wohlstands opfern.» Das nennt man Austeritätspolitik. Wir können uns nicht weiter unverantwortlich verhalten.

Dennoch kritisieren Sie die deutsche Politik.

Ja, denn man kann nicht nur sparen. Um die Krise zu überwinden, sind auch Stimulus-Programme erforderlich, so, wie sie die Bank of England, das amerikanische Federal Reserve oder die Bank of Japan immer wieder anstossen. Wir sind gefangen in der deutschen Idee, dass eine mögliche Inflation und Schulden die einzigen wirklichen Probleme seien. Man

muss Schulden abbauen, aber gleichzeitig ist es auch notwendig, für mehr Wachstum zu sorgen. Japan hat ein deutlich höheres Defizit als Italien und kurbelt die Wirtschaft dennoch an. **Trotzdem hat sich Italien einen Grossteil seiner Probleme selbst zuzuschreiben: Ihr Freund Berlusconi versäumte die nötigen Reformen, und das, obwohl er über relativ stabile Mehrheiten verfügte, und unter Monti blieb vieles auf halbem Wege stecken.**

Das ist leider richtig. Wir Italiener reden dauernd über Reformen, aber wir handeln nicht. Dabei wäre vor allem eine Flexibilisierung des Arbeitsmarkts dringend notwendig: Meine Schulfreunde arbeiten noch immer in denselben Berufen wie vor drei Jahrzehnten! Zu unserer Verteidigung muss ich allerdings sagen, dass ein nördliches, protestantisches Land solche Reformen wesentlich leichter durchführen kann als ein südliches, lateinisches: Die Idee der Verantwortung steht für uns Italiener nicht an erster Stelle. Insofern sind wir das genaue Gegenteil der Deutschen, Schweden oder Niederländer. Nicht umsonst verwenden die Deutschen für finanzielle Schuld dasselbe Wort wie für moralische Schuld. Wir dagegen unterscheiden zwischen *debito* und *colpa*.

Hansjörg Müller ist Autor der *Basler Zeitung*.



FM 93.6
RADIO 1 DIE WELTWOCHEN

ROGGER G E G E N ROGGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM HOTEL SCHWANEN IN RAPPERSWIL
1. JULI 2013 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR

EINTRITT NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).



Helden, Schurken und Despoten

Die Lateinamerikaner sind traditionell recht freizügig bei der Gewährung von Asyl. Vom pazifistischen Mennoniten bis zum Nazi-Verbrecher haben sie viele Verfolgte aufgenommen. Allzu sicher sollten sich die Justizflüchtlinge Julian Assange und Edward Snowden trotzdem nicht fühlen. *Von Alex Baur*

Höchstpersönlich war Ecuadors Aussenminister Ricardo Patiño letzte Woche nach London gereist, um mit dem prominenten Justizflüchtling Julian Assange zu plaudern und vor Kameras zu posieren. Seit einem Jahr genießt der von Schweden und den USA zur Verhaftung ausgeschriebene Wikileaks-Gründer in der Botschaft von Ecuador Asyl. Zähneknirschend lassen die Briten, die Assange ausliefern möchten, das durch diplomatische Immunität geschützte Gebäude rund um die Uhr bewachen, was sie bisher über drei Millionen Pfund gekostet haben soll. Mehr können sie nicht tun.

Patiño scheint es nicht eilig zu haben. Assange sei, so liess er verlauten, «bei bester Laune». Ein kurzes Treffen mit seinem britischen Amtskollegen William Hague brachte keine Lösung. Eine Arbeitsgruppe soll nun nach einer «diplomatischen Lösung» suchen. Und schon bahnt sich die nächste diplomatische Verstimmung an. Wie Patiño am Wochenende der Welt per Twitter mitteilte, könnte auch der plauderfreudige US-Spion Edward Snowden in Ecuador politisches Asyl erhalten.

Die ecuadorianische Gastfreundschaft dürfte hauptsächlich innenpolitisch motiviert sein. Die beiden Dissidenten liefern dem herrschenden Volkstribun Rafael Correa einen willkommenen Anlass, um seine Unerschrockenheit gegenüber den mächtigen USA zu demonstrieren und von der bedrohten Pressefreiheit im eigenen Land abzulenken. Aber nicht nur. Immerhin stellten sich im letzten August sämtliche südamerikanischen Aussenminister im Fall Assange unisono hinter Correa.

Der Grund liegt zum einen bei der ambivalenten Haltung der Latinos gegenüber dem Big Brother USA. Man kostet die Gelegenheit aus, den Amerikanern, die sonst gerne mit dem moralischen Zeigefinger auftreten, mal auf die Finger zu klopfen. Allerdings wird das politische Asyl in Lateinamerika traditionell recht freizügig gewährt. Dies wiederum hat mit der notorischen politischen Instabilität auf dem Subkontinent zu tun.

Jeder Politiker weiss hier, dass er selber einmal um Zuflucht in der Nachbarschaft froh sein könnte. Hinter juristischen Verfahren stecken nur zu oft politische Motive. Der Verfolgte von heute kann morgen wieder an der Macht sein. Ein Haftbefehl bedeutet in dieser Weltgegend auch noch lange nicht, dass die Machthaber einen Gegner wirklich hinter Gitter bringen wollen. Es kann sich auch um eine Aufforderung handeln, zu verschwinden und

zu schweigen. Schliesslich bringt ein Prozess nur Unruhe ins Land und bisweilen Dinge ans Tageslicht, die allen Beteiligten peinlich sind.

Das diplomatische Asyl ist eine lateinamerikanische Spezialität. Gestürzte Regierungen oder gescheiterte Revoluzzer suchen regelmässig den Schutz einer Botschaft. Es entsteht dabei eine Art Pattsituation, die es allen Beteiligten erlaubt, das Gesicht zu wahren. Die Flüchtlinge erhalten in der Regel schnell ein Laissez-passer, das ihnen ermöglicht, das Land diskret zu verlassen. Es gab allerdings auch schon Fälle, die jahrelang ungelöst blieben.

Der Asylant als Faustpfand

So zum Beispiel der Fall des kubanischen Verkehrspolizisten Angel Gálvez, der Ende 1979 in der peruanischen Botschaft von Havanna um Asyl ersuchte. Das Castro-Regime blieb stur und verweigerte dem Fahnenflüchtigen freies Geleit. Darauf stürmten 10 800 ausreisewillige Kubaner die Botschaft und lösten die Mariel-Krise aus. Schliesslich erlaubte Fidel Castro 135 000 Kubanern, die Insel zu verlassen. Gálvez selber harrte elf Jahre in der Botschaft aus, bis er 1991 klammheimlich mit unbekannter Destination verschwand.

Bereits mit den spanischen Conquistadores kamen die ersten verfolgten Juden nach Übersee. Seither suchten Flüchtlinge aller Art ihr Heil

in der Neuen Welt. Allerdings auch Delinquenten. Verfolgte Minderheiten wie etwa die Mennoniten fanden hier ihr gelobtes Land. Trotz Restriktionen flohen während der Nazi-Zeit Zehntausende nach Lateinamerika, und sofern sie dort ankamen, konnten sie in der Regel bleiben. Dies galt allerdings auch für Kriegsverbrecher, die ihnen nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches folgten.

Die Historie des Asyls zwischen Rio Grande und Feuerland ist weder besonders ruhmvoll noch besonders schändlich. Meistens waren handfeste Interessen mit im Spiel. So erkaufte sich 2011 ein Teil des Gaddafi-Clans einen komfortablen Unterschlupf auf der venezolanischen Ferieninsel Margarita. Gemäss der israelischen Zeitung *Haaretz* hat auch der syrische Präsident Baschar al-Assad seine Fühler bereits nach Kuba und Nicaragua ausgestreckt. Prominente Flüchtlinge sollten allerdings wissen: Sie sind immer auch eine Art Faustpfand, über das sich notfalls verhandeln lässt.

So fanden der 2001 gestürzte peruanische Staatspräsident Alberto Fujimori und sein korrupter Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos wohl vorübergehend Unterschlupf in Chile beziehungsweise Venezuela. Als der öffentliche Druck überhandnahm, wurden sie allerdings beide zügig in ihre Heimat abgeschoben, wo sie seither hinter Gittern sitzen.



Patt in der Botschaft: Wikileaks-Gründer Julian Assange und Ecuadors Aussenminister Patiño.



Frauen mit Interventionsneigung: Präsident Obama, Uno-Botschafter-Kandidatin Power (l.), neue Sicherheitsberaterin Rice (r.), Vorgänger Donilon.

Action und Power

Frauen haben Barack Obama ins Weisse Haus getragen. Wie Bill Clinton hat er sie mit hohen Posten belohnt. Jetzt legt der US-Präsident nach. Die Berufung von Susan Rice und Samantha Power in Spitzenämter befeuert Spekulationen über eine aussenpolitische Neuausrichtung. *Von Urs Gehrig*

Bereits die Lage des Büros verrät, dass es sich beim Insassen um einen besonderen Amtsträger handelt. Im West Wing des Weissen Hauses, ein paar Herzschläge vom Präsidenten entfernt, residiert der Nationale Sicherheitsberater. Er spielt für Ausarbeitung und Umsetzung der US-Aussenpolitik eine Schlüsselrolle. Politiker mit klingenden Namen wie Henry Kissinger, Zbigniew Brzezinski oder Robert McFarlane haben diesen Posten bekleidet, der mit wachsender Dominanz der USA zu einer der wichtigsten Beraterfunktionen des Präsidenten avancierte.

Am 1. Juli bezieht mit Susan Rice, 48, die zweite Frau der US-Geschichte in dem ominösen Büro Quartier – acht Jahre nach ihrer Namensvetterin Condoleezza Rice (nicht mit ihr verwandt). Die Tochter eines Wirtschaftsdozenten und Gouverneurs der US-Notenbank fand schon früh Einlass in die Herzkammer der Macht. Bill Clinton holte die Doktorin in internationaler Politik im Alter von bloss 29 Jahren in den Nationalen Sicherheitsrat. «Jung, brillant und ambitioniert» sei sie, schwärmten damals Anhänger wie ihre Mentorin Madeleine Albright. «Autoritär und barsch» schimpften sie dagegen ihre Kritiker, die ihr vorwarfen, «unwillig zu sein, andere Meinungen als ihre eigenen zu erwägen».

Rice ersetzt den blassen Tom Donilon, der sich im Wesentlichen darauf beschränkte, die

bürokratischen Abläufe sauber einzuhalten. «Obama tauscht einen grauen PKW gegen ein schnittiges Sportcoupé ein», kommentierte *Washington Post*-Kolumnist David Ignatius die Rochade.

Zeugin von Massakern

Obama hat mehr Frauen in höchste Würden befördert als jeder Präsident vor ihm – Frauenverstehender Clinton ausgenommen. Während seiner ersten Amtszeit bekleideten 36 Frauen Schlüsselpositionen, doppelt so viele wie unter George W. Bush vor ihm. Rice liegt Obama besonders am Herzen. Die beiden sind ein Team seit erster Stunde. Im Wahlkampf 2008 stand sie ihm als aussenpolitische Beraterin zur Seite, was er ihr nach seinem Einzug ins Weisse Haus mit dem Posten als Uno-Botschafterin dankte.

In der US-Presse wird Rice als Obamas feiste Schwester bezeichnet – ein Paar allerdings, wie es sich unterschiedlicher kaum zusammensetzen könnte. Wo er sich cool und erhaben geriert, ist sie ungestüm und bisweilen grob. Während er öffentlich Friktionen ausweicht, sucht sie genussvoll die Konfrontation. Von solchen Stildifferenzen solle man sich nicht blenden lassen, warnt Washington-Insider Ignatius: «Was Rice laut ausspricht, entspricht oft dem, was Obama im Privaten denkt.»

Das Sesselrücken im Weissen Haus zieht am New Yorker East River eine weitere brisante Personalie nach sich. Rice' Vakanz an der Uno will Obama durch Samantha Power, 43, besetzen. Sie steht Rice in Sachen Temperament und Sendungsbewusstsein in nichts nach. Die Männerausgabe der *Vogue* beschrieb Power als «Harvard-brainiac mit Pulitzerpreis und der Fähigkeit zum Sprungwurf». Letztere Qualität ist eine Anspielung auf Powers beachtliche Körpergrösse und mehr noch auf ihren Drang zum gegnerischen Strafraum, wo ihr der überbordende Eifer bisweilen in die Quere kommt. Als aussenpolitische Strategin Obamas im Wahlkampf 2008 bezeichnete sie dessen Konkurrentin Hillary Clinton als «Monster». Das «Ausmass der Täuschung», das Hillary verströme, sei «total unattraktiv».

Die Irischamerikanerin mit schulterlanger roter Mähne, bleichem Teint und stets etwas verbissenem Blick passt als linke Kreisläuferin perfekt in Obamas Team. Ihre Laufbahn begann sie als Journalistin im Balkankrieg, wo sie Zeugin von Massakern wurde. Ähnliche Erlebnisse in Ruanda verliehen ihrer Karriere einen missionarischen Drall. Hochrangige Beamte der Clinton-Regierung konfrontierte sie mit der bohrenden Frage, warum man in Ostafrika tatenlos zugeschaut habe, wie sich

eine Million Menschen massakrierte. Ihr gesammeltes Entsetzen kompilierte Power 2003 im Buch «A Problem from Hell», für welches die damals 33-Jährige mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnet wurde.

Mit Rice und Power platziert Obama zwei linke Frauen mit Interventionsneigung in der Schaltzentrale der Regierung. Dort scheute man bisher das militärische Engagement. Als Commander in Chief fungiert ein Präsident, der Teddy Roosevelts legendäres Credo einer einflussreichen Aussenpolitik («Speak softly and carry a big stick») ins Gegenteil verdreht: «Sprich laut und trage einen sehr dünnen Knüppel».

Rice und Power waren wesentlich dafür verantwortlich, dass Obama den Knüppel nicht ganz liegenliess. Diplomaten loben die beiden Befürworterinnen von humanitären Militärinterventionen dafür, dass sich der Präsident für Nato-Luftangriffe in Libyen erweichen liess, welche zum Sturz des Gaddafi-Regimes führten.

Krallen schleifen

Kaum erstaunlich also, dass die Beförderung der beiden Spekulationen über eine Neuorientierung der Aussenpolitik ausgelöst hat. Politikwissenschaftler Peter Beinart deutet sie als Kriegserklärung an die Republikaner. Nachdem Obama in der ersten Amtszeit den Marinegeneral James Jones zum Sicherheitsberater gemacht und Bushs Pentagon-Chef Robert Gates im Amt belassen habe, lege er nun jegliche Rücksicht auf republikanische Befindlichkeiten ab. Mit Kerry als Aussen- und Hagel als Verteidigungsminister habe er zwei republikanische Hassfiguren ausgewählt. Mit der Berufung von Rice und Power, so Beinart, gebe Obama den Republikanern endgültig zu verstehen: «Ich habe nicht länger Angst vor euch».

James Rubin hingegen, Journalist beim *New Republic*, ist überzeugt, die Rochade werde an Washingtons Globalpolitik nicht viel ändern. Das Männer-Trio aus Vizepräsident Biden, Kerry und Hagel werde die schwierigen Entscheide treffen. Die wichtigsten Weichen habe man eh schon gestellt: Der Truppenabzug aus dem Irak sei abgeschlossen, der Rückzug aus Afghanistan sei im Gang. Und auch der lang erwartete Entscheid, Rebellen in Syrien zu bewaffnen, sei vor der jüngsten Personalrochade gefallen.

Obamas Präsentation seiner neuen Sicherheits-Architektin klang denn auch, als wolle er ihr die Krallen schleifen, bevor sie zu ihm ins Weisse Haus einzieht. «Jeder kennt Susan als entschlossene Kämpferin für Gerechtigkeit und Menschenwürde», sagte er vor der Presse im Rosengarten. «Aber sie achtet auch darauf, dass wir unsere Macht weise und wohlüberlegt einsetzen müssen.»

Es wäre indessen vermessen zu glauben, Rice und Power hätten sich von Obamas Worten einlullen lassen. Die impulsiven Frauen werden seine Aussenpolitik kaum aus kontemplativer Distanz begleiten. Während Power im Balkankrieg zur Interventionistin reifte, war für Rice der Genozid in Ruanda ein Schlüsselerlebnis. Die Aktionslosigkeit des damaligen Präsidenten Bill Clinton verstörte viele seiner Mitarbeiter, allen voran Rice. Jahre später erzählte sie Power, die Rice für ihr Buch «A Problem from Hell» interviewte: «Ich habe damals einen persönlichen Schwur abgelegt: Sollte ich jemals wieder mit einer solchen Krise konfrontiert sein, würde ich, falls nötig, in die Flammen steigen.»

In Syrien erwartet die beiden humanitär getriebenen Damen die erste Feuertaufe. Rund 90 000 Menschen sind bereits gestorben. Anzeichen, dass die Gewalt abflaut, gibt es keine. Im Gegenteil. Der Stellvertreterkrieg in der

strategischen Schlüsselzone des Nahen Ostens scheint weiter zu lodern und droht sich zu einem sunnitisch-schiitischen Glaubenskrieg auszuweiten. Werden sie Obama zu einem forcierteren Eingreifen drängen?

Auf einen Vorschlag des ehemaligen CIA-Chefs David Petraeus im letzten Sommer hin, Rebellen mit Waffen auszustatten, habe Rice ablehnend reagiert, berichtet die *New York Times*. Angesichts des anhaltenden Blutbads habe sie inzwischen jedoch die Meinung geändert. Allerdings sei sie gegen jede halbherzige Strategie, die Amerika in einen aussichtslosen Abnutzungskrieg reissen würde. Mit anderen Worten: «Wenn eingreifen, dann wirkungsvoll».

McCain kooperationsbereit

Langfristig wird es voraussichtlich zwei Parteien geben, die sich ob des Aufstiegs des weiblichen Power-Duos am meisten freuen: die aussterbende Gruppe von humanitären Interventionisten auf Seiten der Demokraten und die aussenpolitischen Falken der Republikaner. Letztere sind noch immer damit beschäftigt, Rice wegen irreführender Informationspolitik zu Bengasi (wonach die Ermordung des Botschafters Folge eines islamfeindlichen Videos, nicht eines Terroranschlags gewesen sei) zu verteufeln.

Doch in Anbetracht eines Präsidenten, der die militärische Präsenz Amerikas auf der Welt zurückbuchstabiert, sind Rice und Power das Beste, was man im Lager der Republikaner erwarten kann. Just die Frau, die sie als Sündenbock in der Bengasi-Affäre an den Pranger stellten, könnte im neuen Amt zur Verbündeten für eine entschlossene Interventionspolitik werden. John McCain, der Rice' Promotion zur Sicherheitsberaterin kritisierte, hat bereits angekündigt, er werde «jeden Effort» unternehmen, um mit ihr zusammenzuarbeiten. ○



LUCERNE FESTIVAL IM SOMMER

16. August – 15. September 2013

Die Weltstars der Klassik

Royal Concertgebouw Orchestra Daniele Gatti	1.9./3.9.
Sächsische Staatskapelle Dresden Christian Thielemann	5.9./6.9.
Budapest Festival Orchestra Iván Fischer	8.9.
Pittsburgh Symphony Orchestra Manfred Honeck	10.9./11.9.
Philharmonia Orchestra Esa-Pekka Salonen	13.9.
Wiener Philharmoniker Lorin Maazel	14.9./15.9.
und viele mehr	

Karten und Informationen: +41 (0)41 226 44 80 | www.lucernefestival.ch

Bahnfahrt mit 50% Rabatt im SBB-Netz
(Halbtax-Abonnenten bezahlen 25% des Normaltarifs)



LUCERNE FESTIVAL

Der Luxor-Terrorist soll's richten

Mohammed Mursi hat den Mann, der 36 Schweizer auf dem Gewissen hat, zum Gouverneur ernannt. Die Bevölkerung hat sich dagegen gewehrt. Jetzt schmiedet Mursi neue Allianzen mit Islamisten. Ein Jahr im Amt, spannt der Präsident sogar Scharia-Prediger ein. *Von Pierre Heumann*



Radikaler Aktivist: Fast-Gouverneur al-Chajat.

Im Jahre 1997 richteten Islamisten in Luxor ein Blutbad an. Sie töteten 62 Menschen, darunter 36 Schweizer. An der Trauerfeier im Grossmünster nimmt auch der damalige Bundespräsident Arnold Koller teil, und aus Kairo reist der ägyptische Aussenminister Amr Moussa an. Die Schweizer Fahne weht auf Halbmast.

Sechzehn Jahre später, Mitte Juni: Kairo hat den Attentätern von Luxor das Massaker längst verziehen. Mehr als das: Ägyptens Präsident Mohammed Mursi adelt sie jetzt sogar. So hat er ein führendes Mitglied der Terrorgruppe Al-Gamaa al-Islamija, die damals für die Schandtat verantwortlich war, zum Gouverneur von Luxor ernannt. Mursi löst mit der Ernennung von Adel Asaad al-Chajat, dem prominenten Terror-Aktivisten, weltweit einen Proteststurm aus. Das Aussendepartement EDA drückt aber lediglich «seine Besorgnis über die Nomination des Gouverneurs von Luxor aus» und spricht «namentlich die emotionalen Folgen an», die diese Nomination bei den Angehörigen der Opfer des Anschlags von 1997 hervorrufen könnte.

Zurück nach Luxor: Dort wehren sich die Bewohner, die vor allem vom Fremdenverkehr leben, gegen die Ernennung des Islamisten, weil sie befürchten, er werde Touristen verschrecken. Sie belagern den Amtssitz des Gouverneurs so lange, bis al-Chajat schliesslich zurücktritt, ohne sein Büro je betreten zu haben.



Sät Zwietracht: Präsident Mohammed Mursi.

Auch wenn Mursi seinen Wunschkandidaten nicht durchsetzen kann: Die Absicht, einen Al-Gamaa-al-Islamija-Aktivisten als Gouverneur einzusetzen, zeigt Mursis zunehmende Radikalisierung. Auf der Suche nach neuen Allianzen akzeptiert er eine Gruppe, die in den USA als Terrororganisation gelistet ist und deren Ziel die Ausrufung eines Scharia-Staates ist, als legitimes Mitglied seiner Koalition.

15 Millionen Unterschriften gegen Mursi

Mursi, seit einem Jahr im Amt, hat in den vergangenen Monaten massiv an Popularität eingebüsst. Er erhielt an der Urne zwar rund 50 Prozent der Stimmen, und drei Monate nach seiner Wahl unterstützten ihn laut Umfragen sogar 70 Prozent. Aber inzwischen ist seine Popularität massiv gesunken. Derzeit geben gerade noch 30 Prozent an, Mursi für einen guten Präsidenten zu halten. Illusionslos stellen die Bürger fest: Es geht ihnen schlechter als zuvor. Die Preise steigen, Brot und Benzin sind knapp, es fehlen Jobs. Mursi hat bisher kein wirtschaftspolitisches Konzept vorgelegt. Kreditverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds sind wiederholt daran gescheitert, dass Mursi nicht stark genug ist, um das verlangte (und notwendige) Sparpro-

gramm durchzuziehen. Es ist ein Teufelskreis: Weil Mursi schwach ist, kann er die Lage nicht verbessern, und weil sich die Armut ausbreitet, nimmt seine Popularität weiter ab. Dieses Wochenende sind im ganzen Land Kundgebungen gegen Mursi angesagt.

Seit Wochen werden auf der Strasse und mit Hilfe des Internets Unterschriften zur Absetzung Mursis gesammelt. Die Organisatoren der Aktion, die sich «Tamarod» (Rebellion) nennt, haben sich ein Ziel von fünfzehn Millionen Bürgern gesetzt, die schriftlich bestätigen sollen, genug von Mursi zu haben. Die Aktivisten wollen die Unterschriften am 30. Juni vor dem Verfassungsgericht deponieren.

Statt sich um die Wirtschaft zu kümmern, setzt Mursi alles daran, den radikalen Islamisten zu gefallen. Zynisch nutzt er religiöse Konflikte, um kompromisslos, fanatische Sunniten auf seine Seite zu ziehen. So schwieg Mursi neulich beharrlich, als, in seiner Gegenwart, während einer Versammlung Schiiten als «unrein» beschimpft wurden. Weil er auf ein Zeichen verzichtete, dass er Angriffe gegen Schiiten nicht tolerieren werde, war die Botschaft unmissverständlich und ganz im Sinne der Dschihadisten, die sich auf den Weg nach Syrien machen, um gegen die Schiiten zu kämpfen.

Statt für Einheit im Volk zu sorgen, sät Mursi Zwietracht. Auch gegenüber den Kopten, die rund zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen, geht er auf Distanz. Als im November der koptische Papst Tawadros II. eingesetzt wurde, blieb Mursi der Feier demonstrativ fern.

Als Antwort auf Frustration und «Tamarod» machen Mursis Anhänger mobil. Auf der offiziellen Internetseite der Muslimbrüder behauptet ein Kolumnist, Mursis Gegner würden sich «wie Tiere» aufführen und einen Bürgerkrieg riskieren. Er warnt die Regimegegner, die Opferbereitschaft der Islamisten nicht zu unterschätzen. Sie seien bereit, Haus und Leben zu riskieren, um das islamische Regime zu retten. Mursi spannt auch die Religion ein. Auf Youtube behauptet ein Salafi-Prediger, dass die Scharia Demonstrationen gegen den Präsidenten verbiete. Mit Fatwas, in denen sie den Kampf zwischen Mursis Anhängern und Gegnern als einen Kampf zwischen dem Islam und seinen Feinden verurteilen, unterstützen gleich mehrere Scheichs den Präsidenten. Wer gegen Mursi sei, der rebellierte gegen den Islam und mache sich des Versuchs schuldig, das islamische Projekt zu Fall zu bringen. ○

Gemischtes Doppel

Die Präsidentin und der Fussballstar: Dilma Rousseff und Neymar allein gegen den brasilianischen Volkszorn. Das seltsame Paar schwebt über dem Chaos, das sein Land erfasst hat.

Von Peter Hartmann

Sie, die 66-jährige Präsidentin, seit 2011 im Amt, als eine ehemalige Untergrundkämpferin gegen die Militärdiktatur besonders legitimierte Politikerin, und der 21-jährigeschwächliche Ballzauberer, der vergötterte Popstar des Landes, schweben als seltsames Paar, als einzige sicht- und interpretierbare Figuren und vielleicht auch als Hoffnungsträger über dem Chaos, das ihr Land erfasst hat.

Präsidentin Rousseff schwing tagelang verstört, dann lief sie mit grossartigen Versprechungen zu den Aufständischen über; der wendige Dribbler Neymar war schneller und solidarisierte sich instinktsicher namens der ganzen Seleção, des Nationalteams, mit den Anliegen der frustrierten Mehrheit (laut Umfragen 75 Prozent der Gesamtbevölkerung).

Ein sanftmütiges 192-Millionen-Volk, das es sonst nur im *Carnaval* auf die Strasse treibt, erwacht im Kater aus einem langen kollektiven Konsumrausch, und die total überrumpelte, bisher unangefochtene Präsidentin Dilma Rousseff hat keine Vorstellung, wie sie die Kaskade der Massenproteste beenden könnte. Die Strasse rebellierte zuerst gegen die Verteuerung der Bustickets. Nun blättern die Demonstranten den ganzen Katalog der sozialen Versäumnisse auf, vor allem stehen sie auf gegen die Korruption, die alles zerfrisst wie eine Termitenplage.

Per Direktübertragung vom Confed-Cup offenbart sich auch die Wirkungslosigkeit des alten populistischen Zerstreungsrezepts der Herrschenden: Brot und Spiele, panem et circenses, das von seinem Urheber, dem römischen Satiriker Juvenal, ohnehin ironisch gemeint war. Ausgerechnet in Brasilien – vermeintliches Fussballnirwana, fünffacher Weltmeister, Volksreligion *futebol* – verwandelt sich der bewährte politische Tranquilizer in ein gefährliches Aufputzmittel: Die Leute begehren auf gegen die Verschwendung von Steuermitteln für monströse Arenen, weisse Elefanten, die zu Ruinen vergammeln werden. In drei Jahren gastiert das Raumschiff Olympia in Rio de Janeiro und hinterlässt eine 20-Milliarden-Dollar-Rechnung. Damit hätte Brasilien seine maroden Gesundheits- und Verkehrssysteme sanieren und die Bildung modernisieren können.

Steilpass von der Strasse

An das Propagandamärchen, dass die Organisation solcher Grossereignisse die lokale oder nationale Volkswirtschaft nachhaltig ankur-



Die Strasse rebellierte: Staatschefin Rousseff.



Stimmungslage der Nation: Stürmer Neymar.

ble, glauben ohnehin nur die, in deren Taschen das Geld landet. Dilma Rousseff erhält von der Strasse einen Steilpass, den Korruptionssumpf im Fussball trockenulegen. Die Spur des schmutzigen Geldes führt zurück zum greisen Fifa-Altpräsidenten João Havelange, der im Amt Millionen einsackte, und zu dessen noch käuflicherem früherem Schwiegersohn Ricardo Teixeira, der die WM-Deals einfädelt und vor der Justiz nach Miami flüchtete.

Teixeiras Nachfolger als Vorsitzender des Fussballverbandes CFB, der 81-jährige José Maria Marin, ist ein früherer Bürgermeister und Gouverneur von São Paulo während der Militärdiktatur. Ihm hat Dilma Rousseff noch nie die Hand geschüttelt – sie gehörte in ihrer Jugend als Tochter eines aus Bulgarien eingewanderten reichen Geschäftsmannes zum bewaffneten Widerstand gegen das Militärregime. Sie galt als Mastermind von gewalttätigen Aktionen und eines Raubüberfalls mit 2,5 Millionen Dollar Beute, was sie bestreitet, aber sie wurde drei Jahre eingekerkert und 22 Tage lang gefoltert.

Der sozialistische Präsident Lula machte die Wirtschaftswissenschaftlerin und Statistikexpertin 2003 überraschend zur Energieministerin, die den rasanten Rohstoffboom befeuerte und Brasilien als sechstgrösste Wirtschaftsmacht an die Weltspitze katapul-

tierte. 2005 wurde sie Kabinettschefin. Dilma Rousseff erkrankte 2009 an einem Lymphdrüsenkrebs, den sie besiegte. Das Wahlversprechen, der Korruption die Köpfe abzuschlagen, setzte sie mit acht Ministerentlassungen in zweieinhalb Jahren in die Tat um, aber sie wachsen unsichtbar nach.

Die einzige Kontinuität in diesem Land ist die Wiederkehr des Messias – und das Wunder,

Der Messias erscheint tatsächlich jeder Generation neu, immer wieder in anderer Gestalt.

dass er tatsächlich jeder Generation neu erscheint, in immer wieder anderer Gestalt. Es begann mit Arthur Friedenreich, Sohn eines deutschen Kaufmanns und einer Wäscherin, der erste Mulatte, der überhaupt in einem Klub zugelassen wurde. Garrincha, der Alleinunterhalter, der populärer war als Pelé. Und Pelé selber, der sogar Sportminister wurde und wie Don Quichotte gegen die Korrupten focht. Zico, der einzige Weisse in dieser Galerie. Romario, der faule und schlaue Torautomat, jetzt Wortführer des Aufstands. Ronaldo, der Schnellste. Ronaldinho, der Gaukler.

Das Gefühl für das Unerwartete

Und jetzt Neymar, der Popkünstler, schmal und leichtfüssig, coole Gegenwart, erst 21 und bekennder Vater eines Babys, an dessen Mutter er sich nicht erinnert. In wenigen Tagen gibt er sein Debüt im Dress des FC Barcelona an der Seite von Weltfussballer Lionel Messi die interessanteste Versuchsanordnung der Gegenwart.

Mit einer einzigen akrobatischen Geste seiner Füsse, mit seinem Gefühl für das Unerwartete, mit seinen Toreinschlägen kann er die Stimmungslage der Nation explosiv verändern. Die Situation ist auch nicht ganz so schwarz, wie sie gemalt wird, denn siebzig Prozent der Brasilianer sind immer noch dafür, dass die WM nächstes Jahr bei ihnen stattfindet.

Dilma Rousseff verfügt über keine magischen Kräfte. In einem Monat macht Papst Franziskus Brasilien seine Aufwartung, und die Frage ist, ob ihm das aufgewählte grösste katholische Land des Erdballs überhaupt Sicherheit bieten kann. Vielleicht ist Franziskus, der nach seiner Wahl in Rom zu Fuss in sein bescheidenes Hotel ging und die Rechnung selber bezahlte, die Botschaft. ○

Der Mann als Schosshund

Wenn in einer Beziehung die Frau mehr verdient als der Mann, hat er oft ein Problem damit. Der bewährte Tauschhandel, materielle Sicherheit gegen Sex, funktioniert nicht mehr.

Von Rico Bandle und Jakob Krattiger (Illustration)

Das optische Gefälle hätte kaum grösser sein können: Die stolze First Lady Michelle Obama liess sich letzte Woche in einem wallenden Kleid durch Berlin führen, neben ihr ein Mann mit schüchtern-gequältem Lächeln und einem Anzug, der nicht so recht passen wollte: Kanzleringatte Joachim Sauer. Michelle Obama liebt den öffentlichen Auftritt, für Sauer ist er eine lästige Pflicht. Das mag zu einem Teil an den unterschiedlichen Persönlichkeiten liegen, aber nicht nur. Sich an einen Mann in der Gattenrolle zu gewöhnen – als reine Begleitperson der mächtigen Frau –, fällt schwer. Die Rolle auszufüllen, offenbar auch. Die meisten Politikerinnengatten halten es wie Joachim Sauer: Nur mit Widerwillen stehen sie ihren berühmten Frauen an öffentlichen Anlässen zur Seite.

Was für die Mächtigen gilt, gilt auch in normalen Beziehungen. Hat eine Frau den prestigeträchtigeren Job als der Mann, so kommt er damit häufig nur schlecht zurecht. Durch das rasant steigende Bildungsniveau der Frauen sind solche Konstellationen aber keine Seltenheit mehr. Eine beruflich erfolgreiche Zürcherin erzählt zum Beispiel, ihre zwei letzten Beziehungen seien am geringeren Einkommen des Partners gescheitert. Ihr letzter Freund habe sie monatelang zu seinem Lohn angelogen – bis sie zufälligerweise eine Lohnabrechnung auf dem Tisch gesehen habe. Sie beteuert, dass ihr sein geringes Salär eigentlich egal gewesen sei, er habe jedoch ein

Achtzig Prozent der Männer wählen ihre Partnerin nach dem traditionellen Schema aus.

Problem damit gehabt. Bald darauf hätten sie sich getrennt.

In Internetforen findet man Hunderte ähnlicher Geschichten. «Ich habe noch keinen Mann getroffen, der mir aufrichtig versichern konnte, damit klarzukommen, dass die Frau für Dinge bezahlt, weil er es sich einfach nicht leisten kann», schreibt eine Frau in einem deutschen Forum. Ein Mann meint: «Es kommt gar nicht in Frage, dass eine Frau mehr verdient als ich. Ich würde mich fühlen wie ihr Schosshund.» Und auch Tipps von Betroffenen, wie mit dem Gehaltsungleichgewicht zu leben sei, sind dort zu finden. Zum Beispiel:

Die Frau solle doch dem Mann vor dem Restaurantbesuch diskret Geld geben, damit er am Schluss bezahlen könne. Dies erhöhe sein Selbstwertgefühl.

Ob eine solche fürsorgliche Geste beim Mann nicht genau das Gegenteil bewirkt, sei dahingestellt. Weshalb aber bekunden so viele Männer Mühe damit, wenn ihre Partnerinnen ein höheres Einkommen oder einen höheren Status als sie haben?

Der Preis von Sex

Ein Anruf bei der Universität Wien, Institut für Anthropologie: Professor Karl Grammer ist einer der führenden Evolutionsbiologen in Europa. Seit Jahrzehnten beschäftigt er sich mit dem Thema, und er leitete die weltweit grösste Untersuchung zur Partnerwahl. Seine Erkenntnis muss ein Graus sein für alle Gleichstellungs-Euphoriker. Achtzig Prozent der Männer wählen ihre Partnerin nach dem traditionellen Schema aus: Hauptsache, jung, hübsch und gebärfähig. Status- und altersmässig orientiert sich der Mann fast immer nach unten, so dass er die Ernährerfunktion auch sicher wahrnehmen kann.

«Man darf dies alles ja fast nicht mehr aussprechen», sagt der 63-Jährige. «Aber die Regel ist einfach: Die Frauen orientieren sich immer nach oben – ein Mann mit tieferem Status ist für sie unattraktiv. Umgekehrt gilt: Je höher der Status des Mannes, desto höher muss das Reproduktionspotenzial der Frau sein.» Hohes Reproduktionspotenzial heisst nichts anderes, als dass die Frau möglichst jung und möglichst gut aussehend sein muss. Grammer spricht dies nur ungern aus. «Solche Sachen sage ich eigentlich nicht mehr, das gilt als politisch inkorrekt.»

Eine plausible Erklärung, weshalb Männer dermassen darauf erpicht sind, die Ernährerrolle zu übernehmen, liefert der US-Sozialpsychologe und Bestsellerautor Roy Baumeister. Für ihn funktionieren Paarbeziehungen nach ökonomischen Marktkriterien («sexual economics»). Der Sexualakt obliegt nicht nur bei der Prostitution einem Tauschhandel, sondern auch in normalen Beziehungen: Die Frau ist die Anbieterin von Sex, der Mann aufgrund des stärkeren Sexualtriebs der Nachfrager. Der Deal läuft seit Jahrtausenden ähnlich ab: Der Mann liefert die materielle Absicherung, die Frau lässt ihn im Gegenzug ins Ehebett. Wenn



Wenn die Frau selbst für ihre materielle Absicherung

die Frau nun selbst für ihre materielle Absicherung sorgen kann, geraten Angebot und Nachfrage aus dem Gleichgewicht – zuungunsten des Mannes.

Das Fachmagazin *Psychology Today* setzte über den Artikel zu Baumeisters Markt-These den passenden Kalauer: «The Price of Sex: Women Rule, Men Drool, the Market's Cruel» (Der Preis des Sex: Frauen herrschen, Männer geifern, der Markt ist grausam).

40, erfolgreich, Single

Die materielle Unabhängigkeit der Frau bedeutet also für den Mann einen Machtverlust. Zu einer ähnlichen Erkenntnis kam Hanna Rosin in ihrem Buch «The End of Men: And the Rise of Women». Kurz zusammengefasst, lautet ihre These: Die Frauen tragen immer mehr zum Familienbudget bei, sie übernehmen in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur die Verantwortung, was in letzter Konsequenz bedeutet: Der Mann wird überflüssig. Zumindest aber wird er als das dominierende Geschlecht abgelöst – ein erstmaliger Vorgang in der Menschheitsgeschichte.



sorgen kann, geraten Angebot und Nachfrage aus dem Gleichgewicht.

Karl Grammer beschrieb bereits 1993 in seinem Standardwerk «Signale der Liebe» die Partnerschaft als Markt. Der Markt sei allerdings auch für Hochstatus-Frauen grausam, sofern diese nicht rechtzeitig einen Mann fänden. Ab dem Alter von vierzig oder fünfzig Jahren seien sie auf dem Partnermarkt praktisch chancenlos. «Die wenigen noch verfügbaren Männer mit höherem Status als sie selbst wählen lieber jüngere Frauen. Egal, wie viel Geld eine 40-Jährige verdient, der 45-jährige gutsituierte Mann wird sich immer für die 18-Jährige entscheiden.» Tatsächlich sind vor allem in urbanen Gegenden die Klagen erfolgreicher Frauen, sie würden keinen passenden Mann finden, allgegenwärtig. Studien über Internet-Partnersuche haben ergeben: Gutgebildete Frauen untertreiben oft bei den Einkommens- und Statusangaben, wodurch sie ihre Chancen auf dem Markt erhöhen. Bei Männern ist es umgekehrt.

Die Mär vom jungen Liebhaber

Immer mal wieder vermehren US-Partnervermittlung-Plattformen einen angeblich neuen Trend: dass Hochstatus-Frauen vermehrt auf

jüngere Männer stehen würden. Auch in «The End of Men» wird diese These aufgenommen. Dass sich Hollywood-Stars wie Susan Sarandon oder Demi Moore junge *toy boys* hielten, sei ein Anzeichen dafür, dass sich erfolgreiche Frauen zunehmend so gebärdeten wie erfolgreiche Männer. Das Phänomen ist aber nicht neu. Vielen Königinnen wurde nachgesagt, sie hätten sich junge Liebhaber gehalten. Und auch den klassischen Zuhälter – der junge Mann, der sich von einer oder mehreren Prostituierten aushalten lässt – gibt es schon lange. Doch das sind Randerscheinungen, damals wie heute.

Auch Karl Grammer kann keinen Trend erkennen: «Solche Geschichten geben zwar immer eine gute Schlagzeile her, ich kenne aber keine Studie, die signifikante Hinweise liefert, dass sich erfolgreiche Frauen häufiger Jünglingen zuwenden.» Die Kurzlebigkeit der ungleichen Beziehungen bei Prominenten ist eher der Beweis dafür, dass die Kombination starke Frau / junger Mann eben nicht funktioniert: Katy Perry und Russell Brand lösten ihre Ehe nach kurzer Zeit wieder auf, weil er mit ihrem Erfolg nicht zu-

rechtkam, wie die amerikanische Popsängerin in der neusten US-Ausgabe der Frauenzeitschrift *Vogue* erzählt. Eine Geschichte, die man schon von Whitney Houston, Geena Davis und anderen berühmten Frauen gehört hat.

«Ein äusserst primitiver Markt»

Der wachsende Bildungsvorsprung und das zunehmende Karrierestreben der Frauen sorgen trotz der Schwierigkeiten zwangsläufig dafür, dass sich Männer vermehrt auch langfristig mit Frauen liieren, die mehr verdienen als sie selber. Wie verbreitet solche Konstellationen tatsächlich sind, ist aber unklar. Die Datenlage ist sehr dürftig, nur für die USA liegen einige Zahlen vor: Eine 2010 publizierte Studie besagt, dass der Anteil der US-Ehen, in denen die Frau mehr verdient als der Mann, zwischen 1970 und 2007 von 4 auf 22 Prozent gestiegen ist. Interessant wäre zu wissen, ob die Scheidungsrate bei diesen Paaren höher ist als bei jenen mit einer konventionellen Einkommensverteilung.

Sind die Probleme nicht einfach sozial bedingt, anerzogen? Wird in zwanzig Jahren ein Kanzleringatte nicht ebenso stolz und selbstbewusst auftreten wie heute Michelle Obama? Karl Grammer glaubt zwar, dass man sich an vieles gewöhnen kann. Beispielsweise an einen Präsidentingatten oder daran, dass nicht der Mann, sondern die Frau im Restaurant bezahlt. Grundlegend werde sich aber nichts ändern. «Ich gelange je länger, je mehr zur Überzeugung, dass die soziokulturellen Umwälzungen zwar gewaltig sind, die Biologie sich aber nicht so rasch ändern lässt.» Eine Lösung für das Problem gebe es nicht. «Was die Leute häufig nicht sehen wollen: Der Partnermarkt ist ein äusserst primitiver Markt, der aber ganze Gesellschaften antreibt. Schauen Sie sich die Werbung an, die Mode, die Schönheitsindustrie – das sind Milliardenengeschäfte. All das

«Wer glaubt, es zählten mehr die inneren Werte als die biologischen, der unterliegt einer Illusion.»

funktioniert nur wegen unseres Paarungsverhaltens. Wer glaubt, es zählten mehr die inneren Werte als die biologischen, der unterliegt einer Illusion.»

Der zunehmende Erfolg der Frauen in Bildung und Beruf mag gesellschaftlich erwünscht sein, die Risiken und Nebenwirkungen für das Privatleben werden dabei aber gerne verschwiegen. Diese kriegen dann in erster Linie jene erfolgreichen Frauen zu spüren, die keinen Partner mehr finden. Und jene Männer von gutverdienenden Gattinnen, die erst dann auf Sex hoffen können, wenn sie den Haushalt erledigt haben. ○

Die Risiko-Frau

Yangzom Brauen zog auf gut Glück als Schauspielerin nach Los Angeles. Jetzt kommt das Regiedebüt der Schweizerin, «Who Killed Johnny», in die Kinos. Subventionen für den Spielfilm beantragte sie nie.
Von Beatrice Schlag



«Das Klima hier macht mich kreativ»: Schauspielerin und Regisseurin Brauen, 33, in Los Angeles.

In der Schweiz kannte man die junge Schauspielerin Yangzom Brauen, Tochter einer tibetanischen Malerin und eines Schweizer Ethnologen, aus Soaps wie «Mannezimmer», in Deutschland genauso. Die in Bern aufgewachsene und ausgebildete Schauspielerin pendelte jahrelang zwischen der Schweiz und Berlin, kam ordentlich über die Runden, ein Star wurde sie nicht. Als sie 2005 in Berlin für eine Nebenrolle in «Aeon Flux» engagiert wurde, war sie für die Medien plötzlich interessant. Denn die Hauptrolle in dem

«Du lernst loszulassen, was sehr wichtig ist. Denn du erfährst nie, warum es nicht geklappt hat.»

Film mit dem 62-Millionen-Budget spielte Charlize Theron. Aber «Aeon Flux» wurde trotz seines berühmten Stars nicht der erhoffte Sci-Fi-Blockbuster.

Selbst wenn er das geworden wäre, sagt Yangzom Brauen, hätte ihr das nicht zwingend zu Bekanntheit verholfen: «Neben Stars gibt es immer auch Nebenrollen. Aber die garantieren nicht für Karrieren.» Sie sagt das mit ihrer tiefen Stimme in breitem Berndeutsch, sehr entspannt. Interessiert, sagt sie, habe sie bei Dreharbeiten immer auch, was hinter der Kamera passiere. Und Los Angeles überhaupt, die Stadt, die für Schauspieler gleichzeitig Weltmeisterschaft und Olympische Spiele sei, weil hier Leute aus aller Welt an den Start gehen, die in ihren eigenen Ländern bereits Stars sind.

Warten auf den Anruf

Mehrere Jahre wohnte Yangzom Brauen abwechslungsweise in der Schweiz, Deutschland und Los Angeles, hier eine Theaterrolle, dort ein Filmauftritt oder ein Werbespot. 2008 zog sie endgültig an den Pazifik und ging, wie Tausende andere, oft mehr als einmal am Tag zu Castings, meist vergeblich. Ihr Englisch war nicht perfekt. Nicht in ihrer Muttersprache vorsprechen zu können, war ein Stolperstein. In Europa war es üblich gewesen, dass sie auf Castings ein Feedback bekam. In Los Angeles hörte sie im Normalfall nie mehr von den Leuten, vor denen sie gestanden war. «Erst wartet und wartet man auf einen Anruf und verkrampft sich, dann wird es normal, dass nichts kommt. Du lernst loszulassen, was sehr wichtig ist. Denn du erfährst nie, warum es nicht geklappt hat. Warst du nicht gut genug, oder bist du einfach nicht der Typ, den sie im Kopf hatten? Manchmal wissen sie selbst nicht, was genau ihnen vorschwebt, und laden Blonde, Dunkle und Rothaarige aller Rassen ein. Du bist ein Produkt, und alles, was du tun kannst, ist, an dir zu arbeiten. Du machst mit Castings einen unbezahlten Job, und das wird zu deiner Normalität.»

Mehr Glück hatte sie in der Werbung. Eingestuft als «ethnisch nicht eindeutig zuzuordnen», war sie ein Glücksfall für international ausgestrahlte Werbekampagnen. Yangzom Brauen warb für Konzerne wie Volvo, Nokia, Cisco oder Nikon und kam mit den Honoraren einigermassen über die Runden. Aber ein Volljob war das nicht. Und sie ist kein Mensch, der herumsitzen kann. Ihre Energie und ihre Schnelligkeit sind neben ihrer Herzlichkeit das Erste, was an ihr auffällt. Sie begann, die Familiengeschichte ihrer tibetanischen Vorfahren aufzuschreiben. «Ich habe das Buch gemacht, um mit einer sehr persönlichen Geschichte auf das hinzuweisen, was in Tibet vorgeht», sagt sie. «Wenn du als Halbtibeterin zur Welt kommst, ist dein Leben automatisch politisch. Das Buch ist mein Beitrag, den Leuten Tibet näherzubringen.»

Mit der Familiengeschichte zum Bestseller

2009 erschien Yangzom Brauens Roman «Eisenvogel», über ihre Grossmutter, die als tibetanische Nonne schwanger geworden war, über ihre Mutter und die elende Flucht der beiden Frauen in den Westen. Das Buch schaffte es auf die Bestsellerliste des *Spiegels* und erschien bisher in acht Sprachen. Dass «Eisenvogel» demnächst auch ins Chinesische übersetzt wird, empfindet sie als besonderen Erfolg: «Auch wenn es nur in Taiwan, Macao und Hongkong erscheint, können die Chinesen, die sich dafür interessieren, es dort bekommen.» Genaue Verkaufszahlen kennt Yangzom Brauen noch nicht. «Ich weiss nur, dass allein im deutschsprachigen Raum über 300 000 Bücher verkauft wurden.» Die Verfilmung ist geplant, das Drehbuch bereits verfasst. Aber sie will weder Regie führen noch produzieren. «Das ist eine Herzensangelegenheit, die ich jemand anderem übergeben will. Denn als Produktion ist mir das noch zu gross.» Aber sie würde gerne ihre Grossmutter spielen.

Ihr eigenes Regiedebüt hingegen, die Komödie «Who Killed Johnny», die am 4. Juli anlauft, basiert auf einem Drehbuch, für das sie immer die Schweizer als Publikum im Kopf hatte. Es ist die Geschichte einer Gruppe von Ausländern, vorwiegend Schweizern, die in Los Angeles auf den grossen Durchbruch hoffen und einen mitunter äusserst skurrilen Alltag leben, den man sich in der Schweiz kaum vorstellen kann. «Längst nicht alles ist real», sagt Yangzom Brauen, «aber das Drehbuch basiert auf realen Figuren.»

Melanie Winiger, Carlos Leal und Max Loong, denen sie in Los Angeles das Drehbuch zeigte, waren spontan begeistert und bereit mitzumachen. Und Yangzom Brauen hatte Lust, als Regisseurin Erfahrungen zu sammeln. blieb die grosse Frage der Finanzierung. Beim Bund Subventionen zu beantragen, hatte sie von vornherein ausgeschlossen. Sie war

sicher, dass sie als Regieanfängerin, die man bisher nur als Schauspielerin kannte, mit einem reichlich unkonventionellen Drehbuch ziemlich chancenlos sein würde.

30 000 Franken waren da, grösstenteils aus ihren Bucheinnahmen. Die fehlenden 20 000 Franken für ihr Minibudget versuchte sie im Internet über Crowdfunding zu bekommen: Man stellt ein Projekt im Internet vor, erklärt die finanziellen Erfordernisse und hofft, innerhalb von vier Wochen auf Investoren zu stossen. Crowdfunding, in den USA nicht ungewöhnlich, stiess in der Schweiz auf erhebliche Skepsis. «Viele Leute sagten, das sollen die doch selber finanzieren, Melanie und Carlos haben doch genug Geld. Aber ich konnte doch nicht Schauspieler anpumpen, die schon bereit waren, gratis mitzuspielen.» Nach drei Wochen waren weniger als 5000 Franken eingegangen. Eine Schweizer Tageszeitung schrieb: «Yangzom schafft es nicht. Ihr Projekt steht auf der Kippe.» Wenige Tage später waren weitere 18 000 Franken eingegangen. Sie konnte keinen der beiden Spender. Beide hatten beruflich nichts mit Film zu tun, waren aber von der Idee begeistert.

Dass ihr Mut bewundert wird, ohne einen Rappen Subventionen einen Spielfilm auf die Beine zu stellen, findet Yangzom Brauen etwas erstaunlich: «Es ist für mich viel einfacher, einen Film zu drehen und fertigzustellen, als das ganze Marketing zu organisieren. Das würde ich liebend gerne abgeben. Dabei hatte ich schon während des Drehens das Glück, dass mein Name und der von Melanie und Carlos in der Schweiz so bekannt sind, dass viele Medien über unser Projekt bereits im Vorfeld berichteten.»

Ehemann ist Textilunternehmer

Seit Yangzom Brauen 2011 zusammen mit ihrem in Los Angeles aufgewachsenen Freund ein Haus in den Hollywood Hills bezog, änderte sich ihr Verhältnis zu ihrem Gastland USA. Dank dem Textilunternehmer Hadi Salem, der inzwischen ihr Ehemann ist, wurde Los Angeles der Ort, wo nicht nur Teile ihrer Familie, sondern auch die meisten ihrer heutigen Freunde leben. Und dadurch, dass ihr Haus auch der Ort war, in dem die meisten Szenen ihres Films spielen, bekam das Gefühl von Daheimsein eine neue Bedeutung. «Ja, jetzt fühlt sich Los Angeles an wie Heimat», sagt sie, «und das Klima hier macht mich kreativ. Ich habe einen Pool von Menschen um mich, die wie ich alle mehr als einen Beruf haben. Da kommt viel Potenzial zusammen.» Das Drehbuch für die Fortsetzung von «Who Killed Johnny», ebenfalls ein Projekt mit Winiger, Leal und Loong, ist fast fertig. Auf Crowdfunding, Produktion und Regie möchte Yangzom Brauen allerdings beim nächsten Film verzichten. «Wenn er zustande kommt, möchte ich darin einfach nur spielen.» ○

«Gute Leute sind kompliziert»

Sir Martin Sorrell hat eine verschlafene Industriefirma in den grössten Werbekonzern der Welt verwandelt. Am WEF in Myanmar sprach der WPP-Chef über seine unternehmerische Leistung, jene von Steve Jobs und Klaus Schwab – und über die Altlasten der EU. *Von Florian Schwab*

Sir Martin, wir treffen Sie am World Economic Forum (WEF) in Myanmar. Was bedeutet das WEF für Sie?

Ich verfolge die Entwicklung des WEF seit 25 oder 30 Jahren. Es ist eine unglaubliche unternehmerische Leistung von Klaus Schwab, all dies in dreissig bis vierzig Jahren aufzubauen. Der WEF-Gründer ist ein Kommunikator par excellence, weil er den Austausch zwischen allen relevanten Gruppen ermöglicht. Im Kern ist er der Vater des Stakeholder-Ansatzes.

Schwab nannte das diesjährige Ostasien-WEF «historisch». Sehen Sie das auch so?

Ja. Angesichts der schwierigen logistischen Umstände und der fehlenden Infrastruktur haben das Land Myanmar und das WEF mit diesem Grossanlass mit über tausend Teilnehmern ein tolles Ergebnis erzielt. Man muss sehen: Auch wo die Regierung manchmal versagt, erzielt Klaus Schwab Erfolge, indem er gegensätzliche Gruppen ins Gespräch bringt. Hier haben Sie die myanmarische Regierung und Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi im selben Forum! Dieser Anlass schraubt die Erwartungen an Myanmar jetzt sehr hoch.

Was sind die Erwartungen der internationalen Geschäftswelt an das Land?

Wir haben letztes Jahr sechs Firmen in Myanmar gegründet. Das Fehlen von qualifiziertem Personal ist die Wachstumsbremse. Das WEF hat die Chance, eine weitere Verbesserung des Geschäftsumfelds auszulösen und eine nachhaltige Entwicklung des Landes zu gewährleisten.

Warum nehmen Sie als CEO eines internationalen Konzerns an solchen Treffen teil?

Wir haben selten die Chance zu einem Gedankenaustausch mit anderen Ge-

«Hier haben Sie die Regierung und die Oppositionsführerin im selben Forum!»

schäftsleuten, Regierungsbeamten, Nichtregierungsorganisationen und anderen Teilen der Gesellschaft. Es ist sehr wertvoll, zu wissen, was diesen unterschiedlichen Gruppen wichtig ist und was sie denken.

Vor einem Jahr standen Sie im Brennpunkt, als die Aktionäre von WPP Ihren



«Wir unterschätzen die Innovationskraft Chinas»: Manager Sorrell.

Vergütungsbericht ablehnten. Wie beurteilen Sie diesen sogenannten Aktionärsfrühling aus heutiger Sicht?

Das Thema hat auch bei Schweizer Firmen hohe Wellen geschlagen. Es ist ein Zeichen der Zeit. Aktionäre kümmern sich um eine Vielzahl von Themen, die auch hier am WEF diskutiert werden. Die Vergütung ist nur eines davon. Nachhaltigkeit, Umwelt- und soziale Anliegen werden wichtiger, insbesondere in einem rezessiven Wirtschaftsumfeld. Der Kollaps von Lehman Brothers im Jahr 2008 hat ein Umdenken bewirkt, und das ist verständlich.

Immerhin wurde Ihr eigener Vergütungsbericht abgelehnt.

Die Debatte unterscheidet nicht zwischen Bezahlung für Leistung und für das Herumsitzen im Büro. Sie unterscheidet auch nicht zwischen klaren unternehmeri-

schen Gewinnen und Nullsummenspielen. Bei WPP stellt sich zudem die Frage, ob der Vergleichsmaßstab nur bei britischen Unternehmen zu suchen ist oder global. Auf der einen Seite gibt es also eine langfristige Verschiebung der Werte, die insbesondere in Europa durch eine Wirtschaftskrise akzentuiert wird, welche gut und gerne zehn Jahre und länger dauern kann. Auf der anderen Seite ist es entscheidend, dass wir unsere gute Wettbewerbsposition behalten. Manche Leute sagen, dass länderübergreifende Vergleiche sich verbieten, weil CEOs wie ich nicht in ein anderes Land ziehen, weil sie dort mehr verdienen. Ich teile diese Ansicht nicht.

Sie haben eine der grössten Werbefirmen der Welt aufgebaut ...

Heute ist WPP bei weitem der weltweite Marktführer ...

Sind solche unternehmerischen Erfolgsgeschichten immer noch möglich?

Ja. In mancher Hinsicht sind sie heute sogar wahrscheinlicher. Man muss sich nur hier in Myanmar umsehen: Ich habe den Gründer einer hoch erfolgreichen Getränkefirma getroffen und eine Frau, die ein überaus erfolgreiches Detailhandelsunternehmen auf die Beine gestellt hat. Auf WPP bezogen: In der Werbebranche ist es sicher heute schwieriger, den Erfolg zu wiederholen, aber ich sehe keinen Grund, warum es nicht möglich sein sollte, ein grösseres digitales Imperium zu schaffen, als es uns gelungen ist. In noch stärkerer Masse gilt dies für Internetfirmen. Kürzlich habe ich in China den Gründer von Alibaba getroffen. Ich habe auch die chinesische Firma Xiaomi kennengelernt, welche ein Internettelefon erfunden hat, das bisherige Lösungen in den Schatten stellt. In mancher Hinsicht ist China heute fortgeschrittener als der Westen in der Bewirtschaftung neuer Technologien.

Welches sind die innovativsten Firmen?

In China sicherlich Jack Ma und seine Firma Alibaba und die erwähnte Xiaomi. Weltweit sind es Google und Amazon (in dieser Reihenfolge). Google steht auf fünf Beinen: Search, Display, Mobile, Social und Video. Amazon ist stark im Onlinevertrieb. Ich bin immer erschlagen von der Tatsache, dass 75 Prozent der Pampers-Windeln in den USA über Amazon verkauft werden. Das Internet verändert die Struktur des Konsums, nicht nur im Medienbereich. Das Internet reisst die Grenzen zwischen früher getrennten Bereichen ein. Wenn Sie mit Jack Ma sprechen, dann startet er beim Online-Vertrieb und ist dann sofort bei Logistik und Finanzdienstleistungen.

Sie erwähnen Apple nicht.

Apple ist nicht vom Gleis gestürzt, aber die Leute warten auf das nächste grosse Ding. In Walter Isaacsons Buch über Apple-Gründer Steve Jobs wird klar, dass Apple alle zwei oder drei Jahre eine bahnbrechende Innovation präsentiert hat. Nicht ein dünneres oder dickeres iPad oder mehr Speicherplatz, sondern eine richtige Innovation wie Apple TV. Im Wettbewerb unter den Internetfirmen geht es darum, clevere Möglichkeiten zu finden und andere Geschäftsfelder zu integrieren, um Sie und mich mit günstigeren Gütern und Dienstleistungen zu versorgen.

Hat der Innovationsschwund bei Apple mit dem Fehlen von Steve Jobs zu tun?

Bei Apple arbeiten 80 000 Personen, und nicht alle sind blöd. Ich habe Steve Jobs ein- oder zweimal getroffen, und er war ganz klar ein Visionär, der die einst wertvollste Firma der Welt gegründet hat. Ich

bewundere Leute, die das Unmögliche schaffen. Es geht vermutlich nicht, sie zu ersetzen. Wären sie durchschnittlich, dann kämen sie gar nicht erst so weit. Jobs war kein einfacher Mensch, aber vermutlich sind das gute Leute nie.

Sind Sie einfach im Umgang?

Nein. Im Personalmanagement folge ich der Einsicht, dass gute Leute komplizierter sind als schlechte Leute. Das zu sagen, ist aber gefährlich – die schlechten Leute werden dann auch noch kompliziert, weil sie gut erscheinen wollen.

«Westeuropa ist eine Altlastenfirma, die sich auf ausgetretenen Pfaden bewegt.»

Sie wurden als «*empire builder*» bezeichnet, also als jemand, der an einem wirtschaftlichen Imperium baut. Stört Sie das?

Das macht mir nichts aus.

Ist der Ausdruck zutreffend?

Kommt drauf an, wer ihn verwendet. Manche Leute finden das positiv, andere finden es negativ. Wie bei den meisten Dingen gibt man auf die Meinung einiger Leute viel, auf die Meinung anderer Leute wenig. Es gab gute und schlechte *empire builders*.

Wie bleibt WPP innovativ?

Grundsätzlich können Sie sich WPP wie einen strategischen Venture-Kapitalisten vorstellen. In unserem Geschäftsfeld des strategischen Medien-Investments, wie wir es nennen, verwalten wir siebzig Milliarden US-Dollar und versuchen, diese Investitio-

Martin Sorrell und der WPP-Konzern

Fast jeder hatte schon einmal bewusst oder unbewusst mit dem Firmenimperium des englischen Unternehmers Sir Martin Sorrell, 68, zu tun. 1985 übernahm er die Firma WPP (Wire and Plastic Products), die damals Einkaufskörbe aus Plastik herstellte und zwei Mitarbeiter beschäftigte. Er änderte das Geschäftskonzept radikal und kaufte sich Unternehmen aus der Werbebranche zusammen: vor allem Media-Agenturen, Designbüros und PR-Firmen. Später expandierte er in die Internetwerbung. Zur WPP Group of Companies gehören heute 343 Tochtergesellschaften, darunter 31 Firmen in der Schweiz. Unter ihnen befinden sich MediaCom und Young & Rubicam. Sorrell setzte früh auf die neuen Wachstumsmärkte. So entstand der grösste Werbekonzern der Welt, der im Jahr 2012 mehr als 70 Milliarden US-Dollar an Marketingbudgets verwaltete und einen Umsatz von 15,6 Milliarden US-Dollar erwirtschaftete. (fsc)

nen zu hebeln, um weitere Skaleneffekte zu erzielen. Zudem ist es klar, dass in unserem kreativen Business kleinere Gruppen innovativer sind. Das ist in allen kreativen Bereichen so, auch im Journalismus: Ein doppelt so grosses Team ist drei- bis viermal schwieriger zu führen.

Was können Regierungen tun, um ein innovatives Geschäftsumfeld sicherzustellen?

Die richtige Politik kann sehr stimulierend wirken. Ein Beispiel ist die Patentbox im Vereinigten Königreich – ein Steuervorteil für Patente, die im Land erfunden wurden. Die Besteuerung ist sehr wichtig, und es geht darum, Wissenschaft und Forschung zu fördern und gute Rahmenbedingungen für Ausbildung und Universitäten zu schaffen. Niedrige Kapitalertragssteuern sind allgemein eine gute Sache, weil sie den Anreiz für unternehmerisches Handeln erhöhen.

Sind wir in Westeuropa faul geworden?

Westeuropa ist eine Altlastenfirma, die sich auf ausgetretenen Pfaden bewegt. Es ist sehr schwierig, etwas zu ändern. Dabei bräuchte es deutliche strukturelle Veränderungen. Als die EU einen ihrer Rettungsfonds ins Leben rief, reiste Kommissionspräsident Barroso nach Peking und warb um Finanzhilfe. Die Chinesen sagten: «Wir wollen nicht eure Schulden kaufen, sondern eure Firmen.» Eine vielsagende Episode.

Ist China ein ernstzunehmender Konkurrent bei der Entwicklung neuer Produkte?

Wir unterschätzen die Innovationskraft Chinas. Im Westen glauben wir, dass die Chinesen unser geistiges Eigentum kopieren und stehlen und nichts eigenes auf die Beine stellen. Das ist völliger Unsinn. Dasselbe wurde über Japan, Hongkong und Südkorea auch gesagt, und es mag in den frühen Entwicklungsstadien zutreffen. Doch mit dem zunehmenden Fortschritt mussten diese Volkswirtschaften innovativer werden, und das ist auch geschehen. Ich beobachte viele eindruckliche Produkte aus China, wie beispielsweise das Xiaomi-Telefon.

Ist die EU eigentlich eine gute Sache?

Aus der Sicht Grossbritanniens: Wir sollten besser drinnen bleiben. Ist die EU perfekt? Nein. Ist sie zu bürokratisch? Ja. Ist sie zu teuer? Ja. Schafft sie eine zusätzliche, konfliktreiche Management-Ebene über dem Nationalstaat? Ja. Aber ich will lieber von innen darüber streiten, als abseits zu stehen.

Die Schweiz gedeiht auch ausserhalb.

Die Kosten des Abseitsstehens sind für die 8 Millionen Einwohner der Schweiz besser tragbar als für die 60-Millionen-Wirtschaft Grossbritanniens. Wir müssen Bestandteil des riesigen Binnenmarkts bleiben, dessen Bruttonationalprodukt grösser ist als dasjenige der USA. Das verschafft uns phänomenale Chancen. ○

Unsterbliches Epos

Am Samstag beginnt die 100. Tour de France. Weshalb existiert das Rennen trotz anhaltender Doping-Skandale immer noch? Weil es in der Sportwelt nichts Grossartigeres gibt.

Von Michael Klonovsky



Mit Tempo siebzig ins Ziel: Fans der Tour de France in Bagnères-de-Luchon.

Als ich zum ersten Mal das sogenannte Fahrerfeld der Tour de France in natura sah, war ich schockiert. In ihrer bizarren Magerkeit und mit ihren ausgezehrten Gesichtern wirkten die Fahrer auf mich wie grotesk bunt gekleidete Gulag-Häftlinge, denen man lieber einen Stuhl und etwas zu essen anbieten sollte, statt sie über die Alpen zu jagen. Freilich liefen diese Hungerhaken auf Beinen herum, die aus der Werkstatt von Arno Breker zu stammen schienen. Es war 1998, vor dem Start der Etappe von Valréas nach Grenoble.

Man muss wissen, dass ein Tour-de-France-Fahrer von 65 Kilogramm Körpergewicht an jedem Renntag so viele Kalorien zu sich

Ein Fahrer nimmt jeden Renntag so viele Kalorien zu sich wie Bud Spencer zu seinen besten Zeiten.

nimmt wie zu ihren besten Zeiten ein Bud Spencer (Flachetappe) oder ein Helmut Kohl (Bergetappe). Man muss ferner wissen, dass ein Rennfahrer dieser Kategorie, wenn er so schwer wäre wie Kohl, mittels derselben Beine eine zehnpromtente Steigung immer noch mit zirka zehn Stundenkilometern hinauffahren würde (und zwar stundenlang). Was diese Beine zu leisten vermochten, bestaute

ich später vom Begleitfahrzeug aus – zunächst das unglaubliche Tempo, mit dem die unterernährten Ausserirdischen die Berge erstürmten, sodann den Zielspurt in Grenoble, als eine vierköpfige Spitzengruppe nach 200 Kilometern mit Tempo siebzig ins Ziel rauschte.

Wer hat eigentlich gewonnen?

Die Tour 1998 war die des ersten grossen Dopingskandals, das gesamte Festina-Team wurde disqualifiziert. Der damalige Sieger – Marco Pantani – ist später ebenso überführt worden wie seine beiden Vorgänger und alle seine Nachfolger von Armstrong bis Contador. Man weiss gar nicht mehr, wer eigentlich momentan für diese Jahre als Tour-Gewinner gilt, bis auf den letzten Sieger Bradley Wiggins. Da die Zweit- und Zwanzigstplatzierten zuvor ebenso gedopt haben wie die entthronten Champions, ist das auch völlig egal. Interessant ist die Frage, warum der Profi-Radsport und speziell die Frankreich-Rundfahrt trotz dieses sportgeschichtlich einzigartigen Skandals – die Ergebnisse von zwei Jahrzehnten sind quasi ungültig geworden – immer noch existieren. Die Antwort lautet: weil es in der Sportwelt nichts Grossartigeres gibt.

Von der körperlichen Belastung her ist ein Champions-League-Finale neben einer

Bergetappe der Tour de France ein Kindergeburtstag. Was in den drei französischen Juli-Wochen abgeht, ist eine permanente Neujustierung des menschlichen Leistungslimits. Bei diesem Wettbewerb gibt sich die globale

Bis Paris zum Peloton zu gehören, geht als Übermensch-Zertifikat durch.

Herz-Kreislauf-Aristokratie ein Stelldichein. Als der Münchner Fussballer Thomas Müller nach dem 4:0 gegen den FC Barcelona mit Krämpfen in den Beinen und völlig erschöpft vom Platz ging, war er mit seiner Energiebilanz noch nicht einmal im zweiten Drittel einer Pyrenäen-Etappe angelangt (auf die gleichwohl tags darauf die nächste folgt – und keine Pause bis zum Wochenende).

Siegfried badete im Drachenblut

Wie Kriegerdenkmäler säumen Gedenksteine für die Tour-Helden Frankreichs Strassen. Die endlosen Duelle der Champions, ihr stoisches Leiden vor laufenden Kameras, die verschiedenen Fahrertypen als eine «Welt von Charakteressenzen» (Roland Barthes), die archaische Spaltung des Feldes in wenige Herrscher und eine Schar jederzeit opferbare Domestiken: Kein anderer Sport vermag diese epischen Qualitäten zu entfalten. Bis Paris zum Peloton zu gehören, geht als Übermensch-Zertifikat durch, gleichgültig, ob mit oder ohne Doping, denn Doping bewirkt immer nur ein paar Prozent mehr von etwas Vorhandenem. Betrogen wurde beim Radsport schon immer, von den heimlichen Abkürzungen und der Nagelstreuerei der frühen Fahrer bis zum Blutdoping mit EPO. Hat Siegfried nicht im Drachenblut gebadet? Hat das göttliche Feuer den Achilles nicht (nahezu) unverwundbar gemacht? Der Betrug gehört zur menschlichen Natur wie seine Bekämpfung, und beides gehört zum Epos. Die Tour de France wird leben, und Millionen werden zuschauen, mit Bewunderung und einer unstillbaren Sehnsucht nach der Erstürmung gen Himmel führender Serpentinaen im Herzen.

Michael Klonovsky ist Schriftsteller und Journalist. Sein Buch «Radfahren. Kleine Philosophie der Passionen» liegt inzwischen in der 6. Auflage vor.



1972

Unzucht vor Bundesgericht

Was heisst «Unzüchtige Veröffentlichung» bei einem Film? Das Schweizer Bundesgericht hat viele Interpretationen zur Hand und wechselt auch gelegentlich seine Meinung.

Dem Art. 204 (Unzüchtige Veröffentlichungen) des Schweizerischen Strafgesetzbuches sind in den vergangenen Tagen in Luzern auf Anzeige zweier Pfarrherren der Film «Stille Tage in Clichy» und in Zürich «Blutjunge Verführerinnen» sowie «Die Stewardessen» zum Opfer gefallen. Die beiden Streifen in Zürich wurden inzwischen nach einigen Schnitten wieder freigegeben – die Frage nach Opportunität juristischer Bewertungskriterien nach Art. 204 StGB bleibt bestehen.

Was heisst «Unzüchtige Veröffentlichung» bei einem Film? Mit dem allgemeinen Grundsatz: «Als unzüchtig im Sinne von Art. 204 StGB gilt ein Gegenstand, wenn er in nicht leicht zu nehmender Weise gegen das Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlichen Dingen verstösst», ist noch nicht viel anzufangen, und so hat denn auch das Bundesgericht verdeutlicht: «Eine sexualbezogene Darstellung muss nicht notwendig eine geschlechtlich aufreizende Wirkung haben, sondern kann auch den geschlechtlichen Anstand verletzen, wenn sie bloss Abscheu oder Widerwillen erregt.»

Wo liegt die Grenze zwischen dem Unzüchtigen und dem, was gewagt, aber noch erlaubt ist? Der Kassationshof sagt: «Massgebend ist das Sittlichkeits- und Schamgefühl des normal empfindenden Bürgers, der weder besonders empfindsam noch sittlich verdorben ist.» Womit ja nicht viel erklärt ist; doch Beispiele werden vielleicht weiterhelfen.

1970 stellt das Bundesgericht Grundsätze auf, die heute bei den vorliegenden «Fällen» eher für Toleranz sprechen würden: «Erwachsene Personen, die durch entsprechende Anzeigen zum voraus auf Gegenstand und Charakter des Films aufmerksam gemacht wurden und damit wissentlich der Vorführung eines Films mit gewagten Szenen beiwohnen, finden sich in der Regel damit ab oder nehmen doch keinen Anstoss daran und sind infolgedessen auch weniger schutzbedürftig, so dass in derartigen Fällen die Toleranzgrenze weitergezogen werden darf als bei Veröffentlichungen, bei denen Möglichkeiten der Sicherung und Kontrolle fehlen.»

Beispiel aus dem Urteil vom 1. Mai 1970 im Falle des schwedischen Films «Ich bin neugierig»: «Die im Film vorgeführten Beischlafszenen unterscheiden sich von solchen in anderen Filmen durch die realistische, freie

und unbeschönigende Art der Darstellung und dadurch, dass vereinzelt der ganze Körper beider Partner nackt gezeigt wird. Diese ungewöhnlich freimütige Schaustellung sexueller Belange erscheint, auch wenn beim Geschlechtsverkehr die Genitalien unsichtbar bleiben, zum mindesten sehr gewagt.» Und dann meint das hohe Gericht, die Beischlafszene im Teich sei eher harmlos, diejenige auf der alten Eiche schon weniger, und eher gewagt sei die auf der Balustrade vor dem Königsschloss, «doch sie ist vor allem als Verulkung der



Pfarrer erstattete Anzeige: «Stille Tage in Clichy».

Monarchie aufzufassen, hat also neben sexuellem auch politischen Charakter». – Zudem sei die Schweiz nicht mit dem schwedischen Drehort zu verwechseln: «Die Vorinstanz erachtet die beanstandeten Szenen hauptsächlich deswegen als gegen das sittliche Empfinden verstossend, weil sie sich in der freien Natur abspielen und nach unserer Rechtsauffassung als öffentliche unzüchtige Handlung strafbar wären. Diesem letzteren Gesichtspunkt kann jedoch keine ausschlaggebende Bedeutung zukommen, zumal dem Publikum bekannt ist, dass in dieser Beziehung in nordischen Ländern andere Anschauungen als hierzulande

vorherrschten.» Dank der Klein-Hänschen-Perspektive von Schweden wurde der Film freigegeben, doch auch die letzte Feststellung des Bundesgerichts in diesem Fall ist bedenkenswert: «Wäre die Vorführung von Sexualszenen, die an sich nicht unzüchtig sind, bereits unerlaubt, weil sie, wenn sie sich in der Wirklichkeit zutragen, nach Art. 203 (öffentliche unzüchtige Handlungen) strafbar wären, so müssten sämtliche Filme, in denen sich ein Mord, Raub oder dergleichen ereignet, verboten werden.» Was das Ende aller Krimis bedeuten würde.

Doch die liberale Haltung des Bundesgerichts hielt nur bis zum 28. Mai 1971 an, als es im Falle des «Geheimen Sexlebens von Romeo und Julia» entscheiden musste. Das Berner Obergericht hatte den Film freigegeben wollen (er war bereits vier Monate unangefochten gezeigt worden), doch das Bundesgericht schrak zurück: so hatte man es nicht gemeint!

Hund unter dem Rock

«Im vorliegenden Fall wird eine Shakespeare-Aufführung des Dramas «Romeo und Julia» zum Ausgangspunkt einer praktisch ununterbrochenen Folge von ungehemmten Darstellungen geschlechtlicher Vorgänge benutzt. Ausgedehnte Entkleidungsszenen, bei denen die aufdringliche Wirkung des Bildes durch entsprechende Texte sowie die Verwendung bestimmter Gegenstände (z. B. Banane) unterstrichen wird, leiten über zur offenen Darstellung des Geschlechtsaktes. Als Handlungsort dienen dabei ausser dem Bett u. a. der Küchentisch, der strohbelegte Pferdestall, eine Schenke und schliesslich der Sarg in der Grabkammer.» Ja, interpretieren müsste man können: «Oder wenn Julia [...] ihrer Leidenschaft überdies in sexueller Abartigkeit Befriedigung verschafft, indem sie sich während ihres nächtlichen Gesprächs mit Romeo, das über die Gasse stattfindet, auf ihrem Balkon in Leidenschaft windet, welches auffällige Gebaren schliesslich in einem unter ihren Rockschössen hervorspringenden Hund seine Erklärung findet.»

Bewundernswert: Da bleibt sogar Juristendeutsch Juristendeutsch. (rb)

Dieser Artikel erschien am 2. Februar 1972. Inzwischen ist Artikel 204 des Strafgesetzbuches über «Unzüchtige Veröffentlichungen» abgeschafft worden.

«Es braucht die Briten in der EU»

Der Schotte Niall Ferguson gehört zu den fleissigsten und am meisten beneideten Historikern der Gegenwart. Seine Kritiker werfen ihm Oberflächlichkeit vor, aber niemand bestreitet die Originalität des Harvard-Professors. Ein Gespräch über die Lage des Westens. *Von Markus Schär und Gene Glover (Bild)*

Professor Ferguson, mögen Sie noch darüber reden, dass wir langfristig alle tot sind?

Ich sagte etwas Dummes über John Maynard Keynes, von dem dieses berühmte Zitat stammt: Er habe sich wenig um die Zukunft gekümmert, weil er schwul war und keine Kinder hatte. Dafür habe ich mich entschuldigt, wir könnten es dabei bewenden lassen.

Sie liessen es ja selber nicht dabei bewenden, sondern schrieben in einem offenen Brief noch mehr Dummes, wie Ihre Kritiker höhnten.

Ich musste mich erklären, weil mir meine Gegner unterstellten, ich hätte Keynes schon früher wegen seiner sexuellen Neigungen angegriffen.

Im offenen Brief halten Sie daran fest, dass das Sexualleben in der Geschichte eine wichtige Rolle spiele.

Selbstverständlich. Es ist doch eine merkwürdige Idee, eine Biografie ohne das Sexualleben schreiben zu wollen. Man muss das Thema jedoch subtil angehen; das machte ich in diesem Fall nicht, wohl aber in allen meinen Büchern. Und sollten wir nicht aufgrund von Büchern beurteilt werden und nicht aufgrund von ein paar Sätzen in einem Interview?

Sie schreiben, Keynes habe den Vertrag von Versailles am Ende des Ersten Weltkriegs als verheerend für das Deutsche Reich beurteilt, weil er sich zu einem deutschen Diplomaten hingezogen fühlte.

Ja, das lässt sich nachweisen; Keynes stand es selber. Ich habe in meinem Buch «Paper and Iron», gestützt auf umfangreiche Quellenarbeit, gezeigt, dass er wegen seiner sexuellen Anziehung zum führenden Diplomaten Carl Melchior die deutsche Politik folgenswer falsch einschätzte. Als meine Kritiker begannen, dieses Buch zu attackieren, musste ich mich verteidigen. Das Buch ist nach meiner bescheidenen Meinung ein sorgfältiges Werk von historischer Gelehrtheit. Und die Beziehung zwischen dem Sexualleben und dem Wirken in der Öffentlichkeit ist wichtig, Historiker erforschen sie seit Jahrzehnten. Darum finde ich es mühsam, wenn uns die Kritiker in die viktorianische Ära zurückschicken wollen, als man nicht darüber sprechen durfte. Ist es etwa

nicht wichtig, zu wissen, ob Friedrich der Grosse schwul war?

Ihre Kritiker bestreiten es.

Wir können als Historiker doch nicht nur makroökonomische Daten beschreiben, sondern müssen auch individuelle Persönlichkeiten anschauen, um die Geschichte in ihrer Komplexität zu verstehen. Würden Sie eine Biografie von Dominique Strauss-Kahn schreiben, ohne auf sein Sexualleben einzugehen?

Wollen Sie behaupten, es habe sein Wirken als Chef des Internationalen Währungsfonds geprägt?

Überlassen wir diese Frage seinem Biografen. Grundsätzlich ist es doch nicht kontrovers, die Bedeutung des Sexuallebens für das Verhalten eines Menschen zu untersuchen. Im Fall von Keynes erscheint mir dieser Zusammenhang offensichtlich. Die Homosexualität prägte seine Weltsicht und auch jene der Bloomsbury Group, in der er verkehrte: in der Abwertung der Zukunft zugunsten der Gegenwart, also in der Rebellion gegen die viktorianische Gesellschaft

«Ist es etwa nicht wichtig, zu wissen, ob Friedrich der Grosse schwul war?»

mit ihrer verklemmten Sparsamkeit. Lesen Sie den Essay über «Economic Possibilities for Our Grandchildren» aus dem Krisenjahr 1930. Die Kritiker schlugen mir den Aufsatz um die Ohren, dabei zeigt er gerade, dass Keynes sagt: «Kümmert euch nicht um die Zukunft, genießt die Gegenwart.» Doch es war dumm, zu sagen, der Satz «Langfristig sind wir alle tot» komme daher, dass er keine Kinder hatte.

Sie mussten dafür schwer büßen.

Ja, ich wünschte, ich hätte so viel über meine vierzehn Bücher sprechen können wie über diese drei dummen Sätze.

Sie griffen Ihre Gegner als «Gedankenpolizei der Blogosphäre» und als «Feinde der akademischen Freiheit» an. War das nicht eine Überreaktion?

Es gab immerhin Leute, die forderten, Harvard solle mich rausschmeissen.

Also ging es Ihnen nur um diese Hexenjagd, nicht um die Debatte, die immerhin einer der interessantesten Shitstorms in den sozialen Medien war?

Schauen Sie: Ich zähle zu den Leuten, denen man viele Fragen stellt, und ich gebe auch gerne Interviews. Dabei muss ich mich entscheiden: Entweder bemühe ich mich, Interessantes zu sagen, mit dem Risiko, dass ich auch einmal etwas rauslasse, was ich nachher bereue. Oder ich beschränke mich darauf, mich völlig neutral und langweilig zu äussern wie ein Notenbanker, so käme ich nie in Schwierigkeiten. Wenn ich zum Schluss komme, dass ich ein zu grosses Risiko eingehe, mich von Hunderten von Bloggern und Tausenden von Tweetern mit Gift bespritzen zu lassen, dann muss ich aufhören, Interviews zu geben. Für jemanden, der seine ganze Karriere lang intellektuelle Risiken nicht gescheut hat, ist dieses Phänomen der Blogosphäre mit ihrem totalen Mangel an zivilen Umgangsformen beunruhigend. Ich kann nichts dagegen machen, ausser weniger wagen – das schränkt mich intellektuell ein.

Ist diese Debatte jetzt vorbei?

Es sieht so aus, ja. Sie sind heute der erste Journalist, der mich darauf anspricht.

Sie scherzen.

Nein, mit den anderen sprach ich über mein neues Buch.

Also, kommen wir endlich dazu: Meinen Sie nicht, wir alle, mit Kindern oder ohne, kümmern uns zu wenig um die Zukunft?

Ja, natürlich, das hätte ich sagen sollen. Die These meines neuen Buches oder zumindest des ersten Teils ist ja: Wir leben auf Kosten der künftigen Generationen. Das ist eine neue Entwicklung. Bisher dachte jede Generation an die Vorgänger und an die Nachkommen. Als ich die Geschichte der Bank Rothschild schrieb, beeindruckte mich zutiefst, dass die Familie Entscheidungen für die Enkel und Urenkel traf. Das Interessante an der Nachkriegsgeneration, also an den Babyboomern, ist ihre Tendenz, im Hier und Jetzt zu leben, zu Lasten der Jungen und der Ungeborenen. Das führte zur Schuldenkrise: Der Vorrang des kurzfristigen Denkens lieferte die Rechtfertigung dafür, jedes Jahr Defizite zu schreiben.

Bisher wollte im Westen jede Generation, dass es ihren Kindern besser geht. Sind wir die erste Generation, die nur für sich schaut? >>>



«Kämpfe nie, um eine schwache Position zu verteidigen»: Harvard-Professor Ferguson.

Die Vorstellung, dass es die Kinder besser haben sollen, ist noch nicht so alt; sie kam wohl erst Mitte des 19. Jahrhunderts auf. Aber natürlich prägte sie die Mentalität der Amerikaner seit dem Zweiten Weltkrieg. Jetzt stecken wir in einer Situation, in der es den Kindern und Kindeskindern der Babyboomer schwerfallen wird, auch nur den Lebensstandard ihrer Eltern zu halten. Schon in den letzten dreissig Jahren konnten sich die amerikanischen Familien nicht mehr besserstellen. Und es wird schlimmer, denn einerseits wiegen die Lasten für Altersrenten und Gesundheitsversorgung immer schwerer, und andererseits halten die Amerikaner aufgrund ihres zerrütteten Schulsystems auf dem globalen Arbeitsmarkt nicht mehr mit. Wir kamen also in den letzten zwanzig, dreissig Jahren an einen wichtigen Wendepunkt.

Lässt sich diese Mentalität der Babyboomer noch ändern?

Wir haben gar keine Wahl. Die Politik, die wir derzeit auf beiden Seiten des Atlantiks sehen, ist ja nicht wirklich nachhaltig. Schon vor der Krise stimmte in Europa und in den USA die Generationenbilanz nicht, und jetzt ist die Lage völlig unhaltbar. Wir müssen also unser Verhalten ändern. Wir können uns nur noch entscheiden, ob wir es durch vorausschauendes Handeln tun oder uns durch Krisen dazu zwingen lassen. Das ist erfahrungsgemäss viel schmerzhafter.

In einer Demokratie kommt es halt auf die Wähler an. Auch in der Schweiz stellen die Älteren inzwischen die Mehrheit.

Ja, deshalb brauchen wir Leadership von Persönlichkeiten, deren Zeithorizont weiter reicht als bis zu den nächsten Wahlen.

Sollen sie sich opfern wie der deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder mit seiner «Agenda 2010»?

Margaret Thatcher zeigte, wie es geht: Sie zog einen sehr schmerzhaften Wandel durch und gewann doch drei Wahlen hintereinander.

Dank dem Falklandkrieg.

Aber auch dank ihrer Politik gegen die Gewerkschaften, die als legitim galt.

Was sollen diese Politiker tun?

In meinem Buch schlage ich vor, in den staatlichen Bilanzen alle unsere künftigen Lasten offenzulegen, also die Ungerechtigkeit zwischen den Generationen aufzudecken. Bisher bilanzieren wir wie einst Enron: Wir verstecken die meisten Verbindlichkeiten ausserhalb der Bilanz und unterschlagen so einen grossen Teil der Schulden.

In der Schweiz haben wir immerhin beim Staatshaushalt die Schuldenbremse ein-

Niall Ferguson

Er liebt provokante Thesen, im Mai aber machte der weltweit bekannteste und umstrittenste Historiker mehr Schlagzeilen, als ihm selber lieb war: Niall Ferguson, 49, Professor an der Harvard University, sagte in einem Gespräch, der berühmte Ausspruch «Langfristig sind wir alle tot» von John Maynard Keynes komme daher, dass der Ökonom schwul war und keine Kinder hatte, sich also weniger um die Zukunft kümmerte. Ferguson entschuldigte sich umgehend, weil Keynes mit einer Ballerina verheiratet war, die eine Fehlgeburt erlitt – der Proteststurm liess sich aber nicht aufhalten. Die Polemik übertönte die Debatte, um die es Ferguson eigentlich geht: In seinem eben auf Deutsch erschienenen Buch «Der Niedergang des Westens» (Propyläen) zeigt er auf, «wie Institutionen verfallen und Ökonomien sterben», weil wir zu wenig an die Zukunft denken. Ferguson, der aus dem schottischen Glasgow kommt, hat drei Kinder aus erster Ehe und einen Sohn mit der aus Somalia stammenden Frauenrechtlerin Ayaan Hirsi Ali, mit der er seit 2011 verheiratet ist.

geführt, damit wir nicht mehr über unsere Verhältnisse leben.

Ja, die Schweiz ist ein Modell; ich wünschte, die USA hätten eine solche Regierung. Die Schweiz ist erfolgreich durch die Krise gekommen, weil sie die Macht der Zentralregierung eindämmt, also auch keine Ausgabenpolitik à la Keynes betrieb. Ihr Land ist ein gutes Beispiel, wie sich eine Demokratie selber beschränken kann: Es braucht dafür Regeln und eben das Teilen der Macht.

«In den letzten dreissig Jahren konnten sich die amerikanischen Familien nicht mehr besserstellen.»

Kann sich die Schweiz dem Niedergang des Westens entziehen?

Ich sage in meinem Buch nicht, die ganze westliche Welt gehe den Bach runter. Es kommt, wie ich zeige, eben auf die Institutionen an.

In Ihrem letzten Buch «Civilization» feierten Sie die «Killer Apps» des Westens, wie Wettbewerb, Privateigentum, Konsumgesellschaft. Jetzt sehen Sie in der westlichen Welt «The Great Degeneration». Warum wurden Sie innert zwei Jahren so pessimistisch?

Das ist kein Widerspruch, es geht mir um zwei komplementäre Entwicklungen. Mit «Civilization» zeige ich den Aufstieg des

Westens dank den «Killer Apps». Ich beginne das Buch um 1500 und beende es 1978, mit dem Umbruch in China. Seither hält der Westen nicht mehr das Monopol für die «Killer Apps». Die aufstrebenden Länder, vor allem China, kopieren sie erfolgreich, manchmal sogar im wahren Sinn des Wortes. Dank diesem Prozess arbeiteten sich Hunderte von Millionen Menschen aus der Armut heraus, das ist tatsächlich etwas zum Feiern. Aber gleichzeitig begannen wir im Westen – um im Bild zu bleiben – die Software zu löschen oder zumindest nicht mehr mit Upgrades zu pflegen. Deshalb drohen unsere Institutionen zu zerrütten, darüber sollten wir uns wirklich Sorgen machen. Wir können etwas dagegen tun: Wir können die Chinesen nicht am Aufstieg hindern, aber uns am Niedergang.

Sie schrieben vor zwei Jahren einen amüsanten Artikel über Europa im Jahr 2021. Darin sagten Sie, bereits ab 2011, den Zerfall der Europäischen Union voraus.

Aber nicht jenen des Euro! Inzwischen zeichnet sich ab, dass Grossbritannien über den Austritt aus der EU entscheidet, und aufgrund der gegenwärtigen Stimmung dürfte sich das Volk dafür aussprechen. Damit würde der Zerfall der EU beginnen. Wenn Grossbritannien austritt, stellt sich die grosse Frage: Was machen die anderen Länder, die zur EU gehören, aber nicht zur Euro-Zone?

Würde der Austritt von Grossbritannien wirklich schon den Zerfall bedeuten?

Nein, mein Artikel war ja ironisch gemeint. Nach einer wirklich harten Analyse müsste man die Wahrscheinlichkeit einer völligen Desintegration der EU derzeit wohl auf zwanzig Prozent schätzen. Aber wir müssen sehen: Die gegenwärtige Situation ist völlig unhaltbar, eine Währungsunion kann nicht funktionieren, wenn es in einigen Ländern eine Jugendarbeitslosigkeit von über fünfzig Prozent gibt, aber keine Möglichkeit für Transferzahlungen ausser mit Rettungsaktionen. Doch bisher akzeptiert niemand in Deutschland, was ein Bundesstaat oder auch nur eine Bankenunion kosten würde. Deshalb könnte die Währungsunion auseinanderbrechen, obwohl es niemand will, wenn es zum Beispiel in den nächsten Wochen zu einem Bank-Run in Spanien oder zu Strassenschlachten in Paris kommt. Bis zu den deutschen Wahlen im September kann noch viel passieren.

Da könnte die Europäische Zentralbank nichts mehr machen?

Wenn die Spanier das Vertrauen in ihre Banken verlieren, also deutsche statt spanische Euros wollen, sehe ich nicht, was die EZB noch machen könnte. Das ist die wahre Verletzlichkeit des Systems, es krachte ja schon letztes Jahr beinahe zusammen.

Empfehlen Sie den Briten den Austritt aus der EU?

Nein, natürlich nicht. Es wäre ein grosser Fehler.

Warum?

Grossbritannien ist stark in den europäischen Markt integriert, und es hat mit London den grössten Finanzplatz Europas. Wer die EU verlässt, der verliert seine Verhandlungsmacht; so fände sich Grossbritannien in der Lage der Schweiz: Ihr Land muss Entscheide der EU nachvollziehen, kann sie aber nicht beeinflussen. Das Beispiel der Schweiz zeigt, dass man so leben kann. Aber die Massnahmen, um den Finanzplatz London zu bestrafen, wären wohl schmerzhaft. Darauf deuten die Debatten zur Regulierung der Finanzmärkte, die jetzt etwa in Frankreich laufen.

Zielen diese Debatten nur darauf ab, London zu schwächen?

Vielleicht sind sie einfach ein zynischer Versuch, die kontinentaleuropäischen Finanzplätze zu stärken. Besser lebt man aber auf jeden Fall nicht ausserhalb des Regelwerks, sondern innerhalb, wo man es mitbestimmen kann.

Trotzdem halten Sie es für möglich, dass Grossbritannien aus der EU austritt.

Ja, aus der EU auszutreten, ist viel einfacher, als den Euro wieder aufzugeben – in der Euro-Zone gibt es gar kein Austritts-prozedere. Es sieht gegenwärtig so aus, dass wir uns in Richtung eines bundesstaatlichen Europa bewegen. Und je eher dies geschieht, desto grösser ist die Wahrscheinlichkeit, dass Grossbritannien austritt. Ich weiss nicht, ob andere Länder folgen würden. Aber in Referenden, beispielsweise in Schweden, haben wir gesehen, dass die Skandinavier und andere gleich über dieses Projekt denken. Sie stehen der EU nicht gar so feindselig gegenüber wie die Briten, aber immerhin zwiespältig. Und letztlich müssen wir die Realität sehen: Ein bundesstaatliches

Europa würde von Deutschland dominiert – das zeigten gewisse Leute schon vor Jahren auf.

Also vor allem Sie mit Ihrem Buch über den Ersten Weltkrieg, «The Pity of War» von 1998. Sie schrieben schon damals, ohne den Kriegseintritt der Briten hätte sich ein blühendes Europa unter deutscher Dominanz entwickeln können. Kann die Schweiz draussen bleiben, wenn es zu einem solchen europäischen Bundesstaat kommt?

Ich sehe keinen offensichtlichen Grund, warum nicht. Ich war zuletzt Ende letzten Jahres in Ihrem Land, und da bekam ich nicht den Eindruck, dass die Schweizer ihre Souveränität und ihre Währung, die sie sich hart erarbeitet haben, aufgeben wollen. Was meinen Sie?

«Was ist das Schlechteste, was die EU gemacht hat? Die Einführung des Euro.»

Es ist so. Aber wir führen derzeit die Debatte, ob wir fremdes Recht anwenden und fremde Richter hinnehmen sollen, um den uneingeschränkten Zugang zum gemeinsamen Markt zu sichern.

Mit dieser Erpressung müsste sich Grossbritannien auseinandersetzen, wenn es die EU verliesse – man muss das sehr ernst nehmen. Ich denke, diese Drohungen werden anhalten, auch der Druck, dass die Schweiz ihre Banken schärfer reguliert. Und das führt natürlich dazu, dass sich der Widerstand im Volk gegen die EU noch verhärtet. Ich kann mir kaum vorstellen, dass die Schweiz zu meinen Lebzeiten der EU beiträgt.

Aber wir brauchen den gemeinsamen Markt, und die EU kann uns das Leben schwermachen.

Die Welt ist glücklicherweise gross. Und die EU kann ja nicht glaubwürdig sagen: «Wir sind die dynamischste Region der Welt; wer

nicht mit uns handelt, der leidet.» Die Wahrheit ist: Europa hat ein geringes Wachstum, eine schrumpfende Bevölkerung und die schwierigen institutionellen Probleme, über die wir gesprochen haben. Wirtschaftliche Erpressung würde der EU selber schaden. Ich glaube deshalb nicht, dass sie so gefährliche Möglichkeiten hätte, die Schweiz unter Druck zu setzen, aber auch Grossbritannien nicht, wenn es austräte.

Grossbritannien und die Schweiz könnten sich verbünden.

Ja, aber es ist besser für die Schweiz, wenn Grossbritannien in der EU bleibt. Sie müssen sehen: Was ist das Beste, was die EU gemacht hat? Das Schaffen des Binnenmarktes. Und was das Schlechteste? Die Einführung des Euro. Der gemeinsame Markt war eine Idee der Briten, die gemeinsame Währung eine der Franzosen. Wir sagten von Anfang an, der Euro könne nicht funktionieren, und wir haben recht bekommen. Das zeigt: Es braucht die Briten in der EU als Sicherung gegen verrückte Utopien.

Die Schweiz steht derzeit unter Beschuss nicht nur der EU, sondern der ganzen Welt, vor allem wegen ihres Finanzplatzes. Was empfehlen Sie der Schweizer Politik?

Angesichts des Fluchs der Verschuldung werden die Politiker mit ihrer Jagd auf Steuergelder nicht aufhören, im Gegenteil. Deshalb nimmt der Druck auf die Steuer-oasen weiter zu. Dagegen lässt sich kaum etwas machen; ja es kann sogar gefährlich werden, für die Interessen von Oligarchen zu kämpfen, wie die Zyprioten erfahren mussten. Letztlich sind wir unterwegs in eine Welt mit einer harmonisierten Regulierung der Finanzmärkte. Die Verhandlungsposition der Schweiz in diesem Prozess ist schwach. Und wenn ich eines gelernt habe, dann dies: Kämpfe nie, um eine schwache Position zu verteidigen. Zieh dich auf eine stärkere Position zurück – und kämpfe dann. ○



DOM PÉRIGNON 2004:
EINER DER BESTEN JAHRGÄNGE DIE JE HERGESTELLT WURDEN

NEW RELEASE

ANTONIO GALLONI 96-100



CHAMPAGNE DOM PÉRIGNON
MOËT & CHANDON 2004
CHF 135.00
Ab 36 Flaschen CHF 129.60

Antonio Galloni 96/100:
“...Freshly cut flowers, white peaches and pears are woven together in a Champagne that impresses for its focus and energy ... I imagine the 2004 will always remain relatively bright and linear, but at the same time, each time I have tasted it over the last two years the 2004 seems to have a little more body and broader shoulders ... There is a lot to like in the glass.”

Preis pro Flasche inkl. MwSt. / 75cl, Zwischenverkauf vorbehalten. Franko Melano. Transport nicht im Preis enthalten.

HIGHLIGHTS DER WOCHE

Champagne Rosé - Billecart Salmon - N.V.	ROBERT PARKER 94
CHF 56.15	
Champagne Speciale Cuvée - Bollinger - N.V.	ROBERT PARKER 94
CHF 47.50	
Champagne Grande Cuvée - Krug - N.V.	ROBERT PARKER 95
CHF 135.00	
Champagne Brut - Roederer Louis - N.V.	
CHF 36.70	
Champagne Brut Initial Blanc de Blancs Selle Jacques - N.V.	
CHF 135.00	
Champagne Collection Amadou Sow - Taittinger - 2002	
CHF 167.40	



Aus den Archiven Hollywoods: Joan Crawford (l.) und Buster Keaton, 1930.





Der inszenierte Blick

Von Daniele Muscionico

Hollywood ist die Lüge, deren Wahrheit sie erzählt. Denn die Erfindung Hollywood ist die Erfindung seiner Filmstudios, 20th Century Fox oder MGM, Metro-Goldwyn-Mayer. Sie behandelten ihre Stars wie der Investor heute die Aktie; die Macht der Studios hat Stars erfunden wie Joan Crawford – und an der Macht der Studios sind Stars zerbrochen. Marilyn Monroe das prominenteste Opfer, Buster Keaton das vergessene.

Hier sitzt er, «The Great Stoneface», vor den Stufen seines Hauses. Neben ihm eine Miniaturausgabe seiner selbst. 1930 hat ein unbekannter MGM-Studiofotograf die Aufnahme gemacht, dem Bild von Keatons Mythos entsprechend: der Mann, der niemals lachte. Sein erster Film bei MGM «The Cameraman» (1928) gilt als der letzte im Stile Keatons. MGM verbuchte den Erfolg für sich und entzog ihm nicht nur langjährige Mitarbeiter, die mit ihm zu MGM gewechselt waren, sondern auch künstlerischen Einfluss. Wenige Jahre später war Keaton am Ende, seine Karriere in Scherben – bis zu einem späten Revival kurz vor seinem Tod.

Diese Geschichte erzählt dieses Bild nicht oder nur zwischen den Zeilen. Der Bildband «Hollywood Unseen», Fotos aus den Archiven der legendären Hollywood-Studios, zeigt Filmstars «hinter den Kulissen». Tatsächlich waren diese Aufnahmen alles andere als Schnappschüsse, sondern Teil der gigantischen Werbemaschinerie der Studios.

«Hollywood Unseen» ist ein bemerkenswertes Aufklärungsbuch über die Macht der Einbildung und über die Macht des Bildes. Die Stars, schöne Menschen mit schönen Gesichtern, mussten sich in jedem Moment ihres Lebens für die Kamera bereithalten. Sie galten als Vertreter des Studios und waren dessen Repräsentanten. Buster Keaton wie gesagt, ein genuiner Künstler, ging daran zugrunde. Joan Crawford wurde so zur Ikone, die sie heute ist.

Sie hatte Glück und ein intuitives Wissen um die Macht der Fotografie. In jeder Lebensphase hielt sie sich für die Studiofotografen bereit. So wurde von einem Sternchen bei den Feierlichkeiten zum amerikanischen Unabhängigkeitstag in den zwanziger Jahren die Oscar-Preisträgerin in den Vierzigern und schliesslich in den Sechzigern die Leinwand-Attraktion neben Bette Davies. – Hollywood ist die schönste Manipulation seit Erfindung des Kapitalismus. Und sie ist womöglich die ehrlichste Lüge seit der Erfindung der Fantasie.

Robert Dance (Hrsg.): Hollywood Unseen. Filmstars hinter den Kulissen. Prestel-Verlag, 2013.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Dan Brown: Inferno** (*Bastei Lübbe*)
- 2 (2) **Donna Leon: Tierische Profite** (*Diogenes*)
- 3 (3) **Jonas Jonasson: Der Hundertjährige ...** (*Carl's Books*)
- 4 (5) **Jean-Luc Bannalec: Bretonische Brandung** (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 5 (4) **Blanca Imboden: Wandern ist doof** (*Wörterseh*)
- 6 (7) **Jean-Luc Bannalec: Bretonische Verhältnisse** (*Kiepenheuer & Witsch*)
- 7 (-) **Arno Camenisch: Fred und Franz** (*Engeler*)
- 8 (8) **Martin Walker: Femme fatale** (*Diogenes*)
- 9 (9) **Stephen King: Joyland** (*Heyne*)
- 10 (6) **Susan Elizabeth Phillips: Wer ja sagt, muss sich wirklich trauen** (*Blanvalet*)

Sachbücher

- 1 (1) **Bronnie Ware: 5 Dinge, die Sterbende am meisten bereuen** (*Arkana*)
- 2 (2) **Jamie Purviance: Weber's Grillbibel** (*Gräfe und Unzer*)
- 3 (3) **Eben Alexander: Blick in die Ewigkeit** (*Ansata*)
- 4 (4) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Erfolgsprogramm** (*Weltbild*)
- 5 (-) **Barbara Kopp: Laure Wyss** (*Limmat-Verlag*)
- 6 (9) **Rolf Dobelli: Die Kunst des klaren Denkens** (*Hanser*)
- 7 (5) **Alain de Botton: Religion für Atheisten** (*S. Fischer*)
- 8 (7) **Jacky Gehring: Body Reset – Das Kochbuch** (*Weltbild*)
- 9 (-) **Pierre Franckh: Erfinde dich neu – Der 6-Minuten-Coach** (*Arkana*)
- 10 (6) **Wilfried Meichtry: Mani Matter** (*Nagel & Kimche*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: Applaus

Bereits im 19. Jahrhundert engagierten Pariser Theater Claqueure, die gegen Entgelt applaudierten. Dass dies eine sinnvolle Investition war, ist nun wissenschaftlich erwiesen: Eine schwedische Studie ergab, dass die Dauer und Heftigkeit des Applauses kaum etwas mit der Qualität der Darbietung zu tun hat. Die meisten Konzertbesucher gebärdeten sich wie Herdentiere und passten ihr Applausverhalten dem übrigen Publikum an. Sitzen einige Leitwölfe im Saal, die übermässig klatschen, so folgt ihnen die Masse und schlägt die Hände ebenso zusammen. Für den kritischen Kulturgänger hat diese Erkenntnis etwas Beruhigendes: Wenn einmal mehr das Mittelmaß bejubelt wird, so gibt es keinen Grund, an der eigenen Urteilskraft zu zweifeln. (rb)

Literatur

Die Bar-Theke, die die Welt bedeutet

Jérôme Ferraris preisgekrönten Roman «Predigt auf den Untergang Roms» gibt es endlich auf Deutsch. *Von Hans-Peter Kunisch*



Weitab vom Literaturbetrieb: Autor Ferraris.

Korsika im Sommer, eine Dorfbar, ruhiges Dösen, und Heldengeschichten von der Wildschweinjagd ergänzen Liebesaffären. Nach einigen Missgriffen gelingt es der Besitzerin, einen Pächter aus Strassburg zu finden, einen Ehrenmann, der hart arbeitet. Doch der Aussenseiter, mit dem die Einheimischen nur sprechen, wenn sie bestellen, wird ihnen sympathisch – das ist sein Ende. Er wird ins Dorf integriert, verfällt einer Schönheit, die mehrere Ehemänner betreut, verzweifelt und macht Bankrott.

Eine Bar, so will es «Predigt auf den Untergang Roms» – der sechste Roman von Jérôme Ferraris, für den er 2012 mit dem Prix Goncourt den wichtigsten französischen Literaturpreis erhielt –, ist für die Gäste eine unkomplizierte, weil temporäre Angelegenheit; der Wirt ist es, der sich hüten muss.

Die Nachfolger des Ehrenmanns sind die Hauptfiguren des Buchs, zwei Freunde, die ihr Philosophiestudium abgeschlossen haben. Durch einen brillanten Dozenten abgeschreckt, der sein Wissen nur dazu einsetzt, um ins Fernsehen zu kommen, ist Libero in Weltekel verfallen und hat sich in Augustinus' pessimistische Predigten vertieft. Matthieu, der ansonsten tut, was Libero will, hat sich an Leibniz gehalten, der zu beweisen versuchte, dass wir in der besten aller möglichen Welten leben. Gegensätzlicher geht es kaum. Libero

will in der Bar mit der Dummheit der Menschen ein Geschäft machen, Matthieu träumt davon, sie in einen idealen Ort zu verwandeln.

Ferrari, 1968 in Vitry-sur-Seine, einem Arbeitervorort von Paris, als Sohn korsischer Eltern geboren, ist, trotz Prix Goncourt, kein typischer gallischer Literaturstar. Er veröffentlicht bei Actes Sud aus Arles. Ferrari lebt nicht einmal in Paris. Nachdem er als Gymnasiallehrer in Algerien und auf Korsika gearbeitet hat, unterrichtet er derzeit Philosophie an der Französischen Schule von Abu Dhabi, weitab vom Literaturbetrieb. Aber schon in seinem letzten Roman, «Und meine Seele liess ich zurück», nutzte Ferrari seine Ortskenntnis: Ein Folterer misshandelt im Algerienkrieg Gefangene so, wie er selber als KZ-Insasse im Zweiten Weltkrieg gefoltert wurde. Auch hier spielt die Frage, ob die Welt eine sympathische Dorfbar (Leibniz) ist oder ob sie Gefahr läuft, zur Hölle zu werden (Augustinus), eine Rolle.

Mit Anmach-Girls in den Bankrott

Ferrari hat eine Neigung zum Exemplarischen, aber er verfügt auch über eine wunderbar poetische Sprache, die verhindert, dass sein Buch zu einem Thesenroman wird, der dem Leser etwas beibringen will und das Erzählen vergisst. Daneben hat er spröden Witz, der sein Pathos immer wieder auf den Boden holt. Als die Freunde einmal zurück nach Paris wollen, erfasst sie plötzlich die Furcht vor der Stadt. Sie spüren, dass sie vor ihr geflohen sind, und bleiben beim Bier im Flughafen sitzen.

Dass auch Matthieu Grossvater, der das Geld für die Bar leiht, in die Geschichte einbezogen wird, gibt der Story eine epische Dimension. Vom Ersten Weltkrieg bis zum Techno, der für kurze Zeit durchs Dorf wummert: Alles hat Platz in der Bar. Doch gelingt es Matthieu, sie zum Ort des Glücks zu machen? Schafft es Libero, reich zu werden? Damit der Laden läuft, engagiert er die deftige Patronne Annie, die den Dorfgrößen zur Begrüssung gern kurz in den Schritt greift. Unverschämte, aber den irritierten rustikalen Machos imponiert es. Bald werden für den Sommer junge Anmach-Girls bestellt – sie bleiben auch über den Winter, und das Schicksal des Ehrenmanns wiederholt sich. Masslosigkeit in der Liebe! Augustinus, so Ferrari, hat recht. «Die Welten vergehen in Wahrheit eine nach der anderen, von Finsternis zu Finsternis, und gut möglich, dass ihre Abfolge nichts bedeutet.»

Jérôme Ferraris: Predigt auf den Untergang Roms. Seccession. 193 S., Fr. 29.90

Aus der Tiefe des Unbewussten

Die Kraft von Traum und Glück in einer entzauberten Welt – das zeigt eine imponierende Ausstellung über den Schweizer Symbolismus im Kunstmuseum Bern. *Von Pia Reinacher*



Verstricktes Liebesleben: Hodlers «Die Nacht» (1889–1890).

Viele dieser Bilder sind in ein Dämmerlicht getaucht. Schatten verdunkeln die Szenarien, die Konturen der rational wahrnehmbaren Realität verschwimmen. Aus der Tiefe des Unbewussten taucht eine andere Realität auf – das Geheimnis, das Unheimliche, der Traum, das Glück, der Trieb, der Tod. Ferdinand Hodlers suggestives Bild «Die Nacht» (1889/90) vereint exemplarisch alle Merkmale des Symbolismus, in dem nicht mehr die Oberfläche der Dinge interessiert, sondern das, was den Menschen im Unbewussten antreibt.

Es ist kein Zufall, dass dem Schweizer Künstler damit der internationale Durchbruch gelang. Sechs schlafende Wesen gruppieren sich um eine männliche Figur. Sie trägt die Züge des Malers selbst. Aufgeschreckt durch einen Albtraum – schwarz verhülltes, auf ihm knien- des Wesen, Tod und Eros zugleich –, versucht der Mann, die bedrängenden Träume zu verschrecken. Ferdinand Hodler blendet in diesem Bild mehrere autobiografische Ebenen übereinander: Indem er sich selbst zwischen seiner Geliebten Augustine Dupin und seiner Frau Bertha Stucki porträtiert, wirft er ein Licht auf sein verstricktes Liebesleben. Das



Segantinis «Eitelkeit (die Quelle des Bösen)», 1897.

Bild ist aber auch Reflex auf die traumatisierende Todesangst, die ihn seit der Kindheit verfolgte; und es zeigt die Auseinandersetzung mit den schlafenden Konkurrenten, die Hodler nicht als den grossen Meister erkennen wollten, der er ist.

Vorreiter und Antreiber

«Die Nacht» ist eines der Schlüsselwerke in der beeindruckenden Ausstellung «Mythos und Geheimnis. Der Symbolismus und die Schweizer Künstler», die mit 200 Werken erstmals die entscheidende Rolle der Schweizer

Es ist kein Zufall, dass Hodler damit der internationale Durchbruch gelang.

Künstler im internationalen Kontext des Symbolismus beleuchtet. Arnold Böcklin, Heinrich Füssli, Félix Vallotton, Giovanni Segantini, Carlos Schwabe – sie alle waren Vorreiter und Antreiber des Symbolismus, welche auf dem Höhepunkt der Industrialisierung, der Anonymisierung durch zunehmende Verstädterung und der fortschreitenden Technologisierung hinter der kühl-gelackten Fassade plötzlich das «andere», das «Unbewusste» als visionäre Kraft entdeckten. Die Berner Ausstellung bietet einen kenntnisreichen Überblick über diese internationale Bewegung, welche die Wahrnehmung der Zeitgenossen nachhaltig veränderte.

Kunstmuseum Bern: Mythos und Geheimnis. Der Symbolismus und die Schweizer Künstler. Bis zum 18.8.2013

Das System Strassenmusik

Von Peter Rüedi

Diese Kolumne hat Verspätung. Aber da gute Musik kein Modeartikel ist, zweitens die Vertriebssituation dieser Band noch verwirlicher ist als gewöhnlich, drittens das Fachblatt *Down Beat* mich dadurch beschämt, dass es die CD einer Schweizer Band (!) vor der *Weltwoche* als «excellent» empfiehlt, kann hier nur dem Grundsatz gefolgt werden: Schlimmer als ein Versäumnis ist, auf diesem zu bestehen. Stefan Rusconi, 34, dessen Piano-Trio Rusconi (mit Fabian Gisler am Bass und Claudio Strüby am Schlagzeug) nicht ohne Grund, aber etwas eifertig mit den Pop-affinen Gruppen The Bad Plus und E.S.T. verglichen wurde, nennt seine jüngste CD «Revolution».

Das ist für eine Rock- und Pop-Elemente verinnerlichende improvisierte Musik erst einmal eine befremdliche Affiche. Schon eher revolutionär sind einige organisatorische Schritte, zu denen sich Rusconi/Gisler/Strüby entschlossen haben. Als sie erfahren mussten, dass die beim Major Label Sony Deutschland letztlich für einen Appel und ein Ei arbeiteten und dauernd gegen juristische Mauern rann- ten, entschlossen sie sich zu einem radikalen Schnitt: Sie nahmen die Produktion in die eigenen Hände, legten nach einer CD-Ausgabe auch eine in Vinyl auf und stellten ihre Musik zur freien Verfügung auf ihre Homepage (www.rusconi-music.com). «Buy vinyl and get free download»: die Rückkehr zum System Strassenmusik, sozusagen.

Ob die Rechnung aufgeht, ob sich mit dem Münz im Hut überhaupt eine anstellen lässt, muss sich weisen. Andererseits ist, wo CDs zwar verkauft wurden, aber unter dem Strich nichts blieb, ein Satz aus den «Bremer Stadtmusikanten» nicht abwegig: ««Komm mit», sagte der Esel, «etwas Besseres als den Tod findest du überall.»» Die Musik auf den akustischen, auf den präparierten, mit Elektronik eher erweiterten als verfremdeten, in neue Räume gestellten Instrumenten ist wunderbar. Zwei Covers von Sonic Youth, sieben witzige, sensible, stimmungsvolle, suggestive, zuweilen handfest fauchende Stücke: Jedes ist das Geld wert, das zu zahlen uns hier freigestellt wird.



Rusconi (Stefan Rusconi, Fabian Gisler, Claudio Strüby): *Revolution*. Bee Jazz BEE 056. Auf Vinyl: Qilin Records (Vertrieb Godbrain Bern). *Free download:* www.rusconi-music.com

Top 10

Knorr's Liste

1	Monsters University Regie: Dan Scanlon	★★★★★
2	Before Midnight Regie: Richard Linklater	★★★★☆
3	The Broken Circle Regie: Felix Van Groeningen	★★★★☆
4	Side Effects Regie: Steven Soderbergh	★★★★☆
5	Iron Man 3 Regie: Shane Black	★★★★☆
6	Epic Regie: Chris Wedge	★★★★☆
7	Man of Steel Regie: Zack Snyder	★★★★☆
8	The Place Beyond the Pines Regie: Derek Cianfrances	★★★★☆
9	Star Trek Into Darkness Regie: J. J. Abrams	★★★★☆
10	Fast and Furious 6 Regie: Justin Lin	★★★★☆

Kinozuschauer

1 (-)	Man of Steel (3-D) Regie: Zack Snyder	24 810
2 (-)	Monster University (3-D) Regie: Dan Scanlon	20 996
3 (1)	Hangover 3 Regie: Todd Phillips	13 950
4 (-)	The Place Beyond the Pines Regie: Derek Cianfrance	9608
5 (2)	Fast and Furious 6 (3-D) Regie: Justin Lin	7221
6 (3)	Olympus Has Fallen Regie: Antoine Fuqua	5746
7 (4)	The Big Wedding Regie: Justin Zackham	4583
8 (7)	The Great Gatsby Regie: Baz Luhrmann	3424
9 (6)	The Purge Regie: James DeMonaco	3147
10 (5)	After Earth Regie: M. Night Shyamalan	2874

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Stirb langsam 5 (Fox)
2 (1)	Django Unchained (Sony)
3 (-)	The Impossible (Ascot Elite)
4 (3)	The Last Stand (Impuls)
5 (4)	Flight (Impuls)
6 (2)	Zero Dark Thirty (Universal)
7 (5)	Der Hobbit (Warner)
8 (-)	Bones – Season 7 (Fox)
9 (6)	Silver Linings Playbook (Ascot Elite)
10 (9)	Chasing Mavericks (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Mutter Courage: Cornelia (Luminita Gheorghiu) in «Child's Pose».

Kino

Wie genarbttes Leder

Aus dem Armenhaus Rumänien kommen erstaunliche Filme.
Ein Höhepunkt ist «Child's Pose».

Von Wolfram Knorr

Man muss nicht gleich von einer nouvelle vague reden, wenn aus dem Armenhaus Europas ein paar aufregende Filme kommen. Die aber stellen die Konkurrenz aus den reichen Ländern rasch in den Schatten. Die Rede ist von Rumänien, das erst kürzlich mit Cristian Mungius «Beyond the Hills» verblüffte und nun mit der aberwitzigen Mutter-Sohn-Beziehung «Child's Pose» (deutscher Titel: «Mutter und Sohn») einen neuen exzellenten Höhepunkt erreicht. Was beide, so unterschiedlich sie inhaltlich sind, gemeinsam haben, ist ein ungewöhnlicher Umgang mit den Figuren: als würden sie «wegtreiben», sich aus dem stilistischen Erzählkorsett befreien. In «Child's Pose» wird das exzessiv praktiziert, was ihn zu einem regelrechten Thriller macht.

Cornelia, vom rumänischen Bühnenstar Luminita Gheorghiu gespielt, gehört zur rumänischen Oberschicht der Post-Ceausescu-Ära. Sie ist Architektin und Bühnenbildnerin, mit einem Chirurgen verheiratet und Mutter des dreissigjährigen Barbu (Bogdan Dumitrache). Eines Nachts baut er einen Unfall, dem ein kleiner Junge zum Opfer fällt. Barbu begeht auch noch Fahrerflucht. Als Cornelia davon erfährt, setzt sie alle Hebel in Bewegung, den Filius vor dem Gefängnis zu schützen. Die Mutter Courage mutiert zum matronenhaften Muttertier, das eiskalt, mit Zigarette zwischen

den kralligen Fingern und Pelzmantel über der Schulter, auf dem Polizeiposten sogleich ins Unfallprotokoll eingreift und ganz locker und entspannt über Bestechungssummen redet. Allein diese Szene, Cornelia mit Barbus Tante (ebenfalls in Pelz) bei der Polizei, sagt mehr über die Klassengesellschaft und politische Korruption des Landes als jeder Polit-Film. Auf ihre unnachgiebige Art ist sie so attraktiv wie genarbttes Leder – und auch so strapazierfähig.

Ihr Sohn, gross, dunkel und bleich, schlägt wie aus aschiger Glut Restfunken gegen die erstickende Mama. Als sie am Ende, einer der ganz grossen emotionalen Momente, die Mutter des getöteten Kindes aufsucht und um Verständnis bittet, bleibt der Sohn feige im Wagen. Darauf folgt eine grandiose Szene: Cornelia steigt wieder ins Auto, und Barbu sagt: «Lass mich raus» – und stellt sich doch einem Gespräch. Cornelia beobachtet ihn im Rückspiegel. Man hört nicht, was Barbu sagt, ahnt aber, dass Cornelias Dominanz zu Ende ist. Ihr bleibt nur der Blick in den Rückspiegel.

Fast zwei Stunden ist die Handkamera an Cornelias Fersen, als müsste man sie halten, damit sie sich nicht aus der Story löst, so physisch massiv pflügt sie sich durch die Instanzen. Barbu ist nicht oft präsent, er gewinnt Kontur in den Äusserungen seiner Mutter.

Calin Peter Netzer, Regisseur und Co-Autor, kam in Rumänien zur Welt, wuchs in Stuttgart auf, kehrte als Erwachsener zurück und gehört seit «Ehrenmedaille» neben Mungiu und Cristi Puiu («Der Tod des Herrn Lazarescu») zu den Stars einer rumänischen Filmblüte. ★★★★★

Weitere Premieren



Massenpanik: Brad Pitt in «World War Z».

World War Z — Lebende Leichen torkeln reichlich inflationär durchs Entertainment-Gewerbe, ob auf der Leinwand («Warm Bodies») oder auf der Mattscheibe («The Walking Dead»). Sich darüber zu wundern, besteht kein Anlass. Wer früh in Zügen, Trams und Bussen zur Arbeit fährt, in Kaufhäusern und Büros aufmerksam beobachtet, der sieht ja fast nur noch lebende Tote. Die Technisierung und Rationalisierung des Lebens führen zu zunehmender Fühllosigkeit. Die Zombie-Schwemme ist also kein Zufall und taugt auch für eine handfeste Pandemie. Max Brooks (Sohn des Komikers Mel Brooks) schrieb deshalb «World War Z: An Oral History of the Zombie War», das sich auf Studs Terkels «The Good War» über den Zweiten Weltkrieg und auf den Pseudo-Ratgeber «The Zombie Survival Guide» stützt. Brooks' Buch wurde ein Bestseller, und Brad Pitt angelte sich die Rechte. Es geht um eine weltweite Epidemie, welche die Befallenen in Zombies verwandelt. Gibt optisch was her, «normale» Epidemien wohl weniger. Geht es

im Roman um ein geopolitisches Phänomen, so ist die Verfilmung (die eine ganze Reihe von Autoren verschliss) ganz auf Brad Pitt zugeschnitten, der mitten in der Apokalypse steckt und seine Familie zu retten versucht. Das ist über weite Strecken konventionell und im dramaturgischen Aufbau einfach vorhersehbar (vor allem, wenn sich die letzten Fähnlein von Aufrechten auf ein epidemiefreies Schiff retten). Die Massenpanikszene allerdings sind aufregend. Der Schweizer Regisseur Marc Forster, der gewaltigen Zoff mit Brad Pitt gehabt haben soll und fast rausgekickt wurde, fummelt energiegeladend mit einer hektischen Handkamera herum, um eine gewisse Authentizität zu schaffen. Langwierige Erklärungen über das Warum und Wie gibt es nicht, dafür viele, viele Jagdszenen. Er soll, heisst es, 200 Millionen Dollar gekostet haben. George Romeros Klassiker «Night of the Living Dead» war viel, viel billiger, dafür besser. ★★☆☆☆

The Host — Autorin Stephenie Meyer hat immer den richtigen Riecher. Nach ihren Vampir-Romanzen («Twilight») hat auch sie in ihrem neuen Hit die Seelenlosigkeit entdeckt. Allerdings nicht mit Zombies (siehe oben), sondern mit Aliens, die als Körperfresser die Menschen besetzen. Ist natürlich wieder eine Romanze. In einem süßen Girl nistet neben ihrer Seele auch eine der Aliens! So wenig originell wie «World War Z». ★★☆☆☆



Körperfresser: Alien-Film «The Host».

Fragen Sie Knorr

Was halten Sie von Johnny Depp, der kürzlich seinen 50. Geburtstag gefeiert hat? Wurde er nicht mal mit Buster Keaton verglichen?

E. H., Basel



Ja, auch wenn solche Vergleiche Hilfsmittel sind, eine Art Gerüst, mit dem man seine Argumente stützt. Depps Markenzeichen ist sein stone face, und mit dem ist Keaton weltberühmt geworden. Im Gegensatz zu Chaplin, dem realitätsbezogenen tramp, war Keaton ein Träumer, der die Maschine (die Lo-

komotive in «The General») dem Mädchen vorzieht. Surrealisten liebten ihn und nannten ihn «Maschinenträumer». Depp teilt zumindest die Verträumtheit, ist aber nicht in einem Maschinenraum zu Hause, sondern in einer grotesken Fantasy-Welt, wo man, wie es im «Sommernachtstraum» heisst, leicht «den Busch für einen Bären hält». Nicht umsonst ist er der Liebling von Tim Burton («Alice in Wonderland») und vielleicht für den Zeitgeist «authentischer» als manche Star-Kollegen.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Die gute Tat der SRG

Von Rico Bandle

Schon die Sendungstitel hören sich an wie die von Groschenromanen: «Priska Fritschi hat einen Weg gefunden», «Hilfe für die Bororo», «Eine Freude für die alten Leute», «Moncho erhält jetzt Therapie» und «Roger Lieberherr will siegen». So hiessen die letzten fünf «Mitenand»-Folgen im Fernsehen SRF. Die Sendung wird jeweils am Sonntag um 19.20 Uhr ausgestrahlt und dauert drei Minuten. Der Inhalt ist jedes Mal derselbe: Ein armer und/oder behinderter Mensch kann dank der Unterstützung eines Hilfswerks wieder lachen.

Zum Zuge kommen nur Hilfswerke, die Zewo-zertifiziert sind. Kürzlich hat die SRG beschlossen, diese Praxis zu ändern, was einen grossen Aufschrei unter den Hilfswerken zur Folge hatte. Kein Wunder: «Mitenand» hat nichts mit Journalismus zu tun, sondern ist Propaganda – und ein kostenfreies Propagandafenster zu einer hervorragenden Sendezeit auf dem SRG-Hauptsender will verteidigt sein.

«Mitenand» vermittelt den Eindruck, dass jedes Hilfsprojekt ein voller Erfolg ist und lauter glückliche Menschen hinterlässt. Dank der Flüchtlingshilfe wird der eriträische Flüchtling innert kürzester Zeit zum strebsamen und beliebten Pflegehelfer in einem Schweizer Altersheim; der 13-jährige behinderte Junge aus El Salvador erhält dank Medico International eine Therapie, die die alleinerziehende Mutter mit ihren neun Kindern entlastet. Und so weiter.

Damit auch jeder merkt, dass die SRG hier etwas Gutes tut, wird das Ganze durch eine pastorale, einschläfernde Hintergrundstimme begleitet. Diese Tonalität – bedeutungsschwer, aber frei von jeglicher Leidenschaft – ist eine Spezialität der Kulturabteilung des gebührenfinanzierten Radios und Fernsehens.

Bei der letzten Sendung ging es übrigens um einen an Muskelschwund leidenden Jungen, der dank einem Hilfswerk an den Segel-Europameisterschaften teilnehmen konnte. Er wurde dritter. «Gutes Resultat», sagte er. Wichtiger ist aber ein anderes Resultat: Wie viel Spendengeld nach Ausstrahlung in die Kasse des Hilfswerks fliesst.

Mitenand: Sonntag, 19.20 Uhr, SRF 1.

Ein Bier für die «Prima Diva»

Geselliger Auftritt von Edita Gruberova; Ständerat Minder mit neuer Freundin; stolze Frauen im «Baur au Lac». Von *Hildegard Schwaninger*



Seltenheitswert: Opernsängerin Gruberova an der Premiere in Zürich.

Sie wurde heiss erwartet von ganz Zürich, und so war es ein magischer Moment, als **Edita Gruberova** erstmals nach Jahren am Opernhaus wieder eine Premiere sang. «La straniera» von Vincenzo Bellini, ein Triumph für die souveräne Künstlerin, ein Geschenk an das Publikum. Die «Prima Diva» – ihr Erscheinen hat Seltenheitswert – zeigte sich sogar an der Premierenfeier. Strahlend im roten Mantel, war sie fröhlich und gesellig und trank ein Bier. Ihr Agent, Germinal Hilbert, war mit seinem Lebensgefährten extra angereist, und Applaus gab es auch von einer grossen Kollegin. Von **Nina Stemme**, die zurzeit die Wiederaufnahme des «Rosenkavaliers» probt.

Es hätte nicht besser laufen können für das Kloster Einsiedeln. Es regnete unbarmherzig bei der Premiere des «Grossen Welttheaters» auf dem Klosterplatz, und trotzdem blieben alle sitzen bis zum Schluss. Gottergeben und wetterfest. Mehr Sympathiekundgebung geht nicht. Der höchste Gast war **Simonetta Sommaruga**, die vor der Vorstellung im Rittersaal des Klosters Glückwünsche des Bundesrats überbracht hatte. Gewärmt hatte man sich bei Wein und belegten Brötchen im Zelt. **Abt Martin Werlen** begrüßte die Gäste. Als rasender Reporter war Bruder **Gerold Zenoni** OSB für den *Einsiedler Anzeiger* unterwegs. Auch für ihn hätte es nicht besser laufen können: Hau-

fenweise VIPs! Nationalratspräsidentin **Maja Graf**, Ständerat **Peter Föhn**, die Nationalräte **Kathy Riklin**, **Susanne Leutenegger Oberholzer**, **Ruedi Noser** und **Hans-Jürg Fehr**, der mit dem Ausflug nach Einsiedeln unter seinen letzten Arbeitstag im Nationalrat einen feierlichen Schlusspunkt setzte. Man sah den Lufthansa-Vorstandsvorsitzenden **Christoph Franz** mit Frau **Isabelle** und Bankier **Oswald Grübel** mit Partnerin **Renate Häusler**. Jungeselle und Ständerat **Thomas Minder** («Abzocker»-Initiative) zeigte sich mit neuer



«Grosses Welttheater»: Grübel, Werlen, Minder.

Freundin: **Aquila Camenzind**. Sie ist Yogalehrerin in Erlenbach ZH.

«Ora et labora» (Bete und arbeite) ist die Ordensregel der Benediktiner, und so ist Bruder

Gerold Zenoni nicht nur Journalist der Klosterzeitung *Salve*, er ist auch Feuerwehrmann, Altenpfleger und zuständig für die Kleider der Schwarzen Madonna. Sein Schwager, der früher auf der Schweizer Botschaft in Berlin arbeitete, ist neuerdings Schweizer Botschafter im Grossherzogtum Luxemburg.

Die Frauen dürfen mit Recht stolz sein. 231 000 Franken konnten sie nach dem Ball «Eine Reise ins Leben» an Terre des Hommes überweisen. 250 Gäste waren dem Ruf des Organisationskomitees unter Führung von **Megy Pfortmüller** gefolgt und erschienen am Samstagabend im «Baur au Lac». Es waren viele Frauen da. Die Charity-erprobte **Barbara Frey-Curti** (hat jahrelang den Zürcher Opernball organisiert) machte einen Ladies Tisch, an dem auch **Marietta Gianella** (die Malerin spendete ein Bild für die Tombola) und **Claudia Pestalozzi** sassen. Die Charity-Gala für das Kinderhilfswerk soll ein kleiner Anlass bleiben, in nur zwei Räumen des «Baur au Lac», Halle und Petit Palais, ein Billett kostet 555 Franken. Anwalt **Herbie Pfortmüller**, Ehemann der OK-Präsidentin, sass bei Tisch mit Tombola-Spenderin **Cristina de Perregaux**, Besitzerin der Confiserie Honold, die aus dem feinen Zürich kommt (die Verwandtschaft ist in der Gesellschaft zur Constaffel), und ihrer Cousine **Dominique Jagmetti** und dem jungen Uhrmacher **Clau Maissen** (Sohn



Charity: C. Pestalozzi (l.), B. Frey-Curti (2.v.r.).

der Juwelier-Dynastie in Klosters). Ex-Miss **Silvia Affolter** wollte besonders scharf aussehen und griff daneben. Im silbernen Micro-Mini wirkte sie etwas seltsam neben den feinen Damen in langen Roben.

Als er in der «Idaburg» kochte, war das Restaurant **Kult: Matthias Hunziker** begeisterte seine Anhänger. Jetzt eröffnet der Koch, der zuletzt im «Zentraleck» war, sein drittes Lokal. Er nennt es «Terzo». An der Seefeldstrasse 214, wo bisher ein «Strozzi» war, ist diese Woche Stabsübergabe.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Rent-a-Pastor

Der Pfarrer Samuel Diekmann, 32, und die Erzieherin Brenda Matheis, 30, sind seit zehn Jahren verheiratet. Sie vermieten «echte» Pfarrer: an jene, die aus der Kirche ausgetreten sind.



«Gottes Segen»: Ehepaar Diekmann-Matheis.

Sam: Dass viele Menschen, die aus der Kirche ausgetreten sind, für ihre Hochzeit trotzdem einen echten Pfarrer dabei haben wollen, der den Segen erteilt, ist einfach eine Tatsache. Freie Redner gibt es wie Sand am Meer. Wir werben hingegen mit unserer Seriosität, unserer Ausbildung und der Erfahrung, die wir unseren Kunden bieten.

Brenda: Selbst haben wir kirchlich geheiratet. Es war wunderschön: eine kleine Kirche, Musik, Blumenkinder. Wir sind gläubig, erzählen unseren Kindern von Gott. Wir vermitteln ihnen christliche Werte und versuchen, selbst danach zu leben. Toleranz gegenüber andersdenkenden Menschen gehört meiner Meinung nach dazu.

Sam: Christ zu sein, bedeutet ja nicht, dass wir im Mittelalter leben. Das Schrägste, was ich je durchführte, war eine Hippie-Hochzeit, bei der ich eine Blumenkette umgehängt bekam. Ansonsten haben die vielen Hochzeits-Hollywoodfilme, die es heute gibt, Auswirkung darauf, wie Paare den grossen Tag gestalten wollen. Wenden sich Frauen und Männer an Rent-a-Pastor, so sagen sie zuerst oft, ihre Hochzeit solle modern und unkonventionell sein. Meist stellt sich dann schnell heraus, dass doch alles ziemlich klassisch ablaufen wird:

Die Braut wird vom Vater hereingeführt, es folgen die Trauansprache und der Kuss. Meine wichtigste Aufgabe ist natürlich die Rede – frommdeutsch auch «Predigt» genannt. Ich segne nicht im Namen einer Kirche, sondern im Namen Gottes.

Brenda: Wir glauben, dass Gottes Segen auf jedem Paar ruht, das sich dazu entschieden hat, ein Leben lang zusammenzubleiben: unabhängig von Kirchenmitgliedschaft oder -nichtmitgliedschaft. Als Frau eines Pfarrers trägt man die Berufung mit, in der Gemeinde spielt der Begriff «Pfarrersfrau» eine wichtige Rolle. Mein Mann und ich arbeiten nicht direkt zusammen. Aber ich halte ihm den Rücken frei, spare auch nicht mit Kritik und finde ansonsten gut, was er tut.

Sam: Grundsätzlich sind wir als Christen unterwegs, die auch ein wenig Werbung für den eigenen Laden machen. Einen freischaffenden Rabbiner oder Imam haben wir nicht an Bord. Allerdings hatte ich auch schon Anfragen von Muslimen, die wissen wollten, ob ich sie traue oder auch beerdigen würde: was ich dann auch gemacht habe.

Brenda: Die Buchung einzelner Redner hat auch immer mit der Region, in der die Pfarrer leben, zu tun. Wir vermitteln auch nach Österreich oder in die Schweiz. Natürlich gibt es auch sehr beliebte Redner, die über Mundpropaganda gebucht werden. So wie Samuel. Oft fragen nach einer Hochzeit aber auch verliebte – noch unverheiratete – Paare nach einer Visitenkarte meines Mannes.

Sam: Ohne Brenda könnte ich meinen Job nicht machen. Als ich sie in der Jugendarbeit unserer Kirche zum ersten Mal traf, hat sie mich schlicht umgehauen. Es war Liebe auf den ersten Blick, und ich bin immer noch total verknallt in sie. Nach einigen Treffen küsstet wir uns – unter dem Beifall der übrigen Gäste – zum ersten Mal stürmisch. Das war der Beginn unserer Liebesgeschichte, die hoffentlich ewig dauern wird. Bis wir alt und satt des Lebens sind, möchte ich mit ihr zusammenbleiben und dann auch sagen können, dass wir vieles beim nächsten Mal genau gleich machen würden.

Pfarrer mieten: www.rent-a-pastor.com
Protokoll: Franziska K. Müller

Katze im Sack

Von Andreas Thiel — Unsere Regierung kauft ein Auto und unterschreibt einen Vertrag.

Widmer-Schlumpf: Und wie viel kostet der Wagen?

Verkäufer: Damit ich Ihnen den genauen Preis sagen kann, müssen Sie mir erst diesen Kaufvertrag unterschreiben.

Widmer-Schlumpf: Gerne, darf ich kurz mal lesen?

Verkäufer: Äh, nein. Entweder, Sie unterschreiben den Vertrag, oder Sie lassen es bleiben.

Widmer-Schlumpf: Wieso?

Verkäufer: Entweder Sie wollen den Wagen kaufen, dann unterschreiben Sie, oder Sie wollen ihn nicht kaufen, dann unterschreiben Sie nicht. Darum geht es hier, um den Verkauf dieses Wagens, und nicht um den Inhalt des Vertrages.

Widmer-Schlumpf: Aber ich kann doch den Wagen nicht kaufen, ohne den Inhalt des Vertrages zu kennen.

Verkäufer: Wieso nicht? Das Wichtigste, den Wagen, haben Sie ja gesehen.

Widmer-Schlumpf: Ja, aber ich muss doch auch noch die Vertragsbestimmungen kennen.

Verkäufer: Kein Problem, Sie brauchen bloss hier zu unterschreiben.

Widmer-Schlumpf: Wozu muss ich erst unterschreiben, bevor ich den Preis weiss?

Verkäufer: Um den Preis zu erfahren.

Widmer-Schlumpf: Ich möchte aber den Preis wissen, bevor ich den Vertrag unterzeichne.

Verkäufer: Tut mir leid, Teil des Vertrages ist, dass Sie dessen Inhalt erst nach dessen Unterzeichnung erfahren.

Widmer-Schlumpf: Ist denn der Wagen überhaupt neu? Gibt es im Falle von auftretenden Mängeln eine Rücknahmegarantie?

Verkäufer: Steht alles im Vertrag.

Widmer-Schlumpf: Darf ich mal lesen?

Verkäufer: Erst, wenn Sie den Wagen gekauft haben.

Widmer-Schlumpf: Ach, kommen Sie, das ist doch die Katze im Sack gekauft.

Verkäufer: Wieso? Die Katze steht doch hier. Nur den Sack haben Sie noch nicht gesehen.

Widmer-Schlumpf: Stimmt. Wo muss ich unterschreiben?



Andreas Thiel, Jahrgang 1971, ist Schriftsteller und Kabarettist.

Für jede Jahreszeit

Von Peter Rüedi



Von Kategorien wie «Sommerweine» halte ich nichts. Die Affiche taucht mit kalenderischer Regelmässigkeit ab dem Moment in den Aussendungen des Weinhandels auf, in dem die Lifestyle-Rubriken noch nicht Bademoden, aber die Abmagerungskuren anpreisen, mit denen wir uns in selbige hineinhungern sollen. Nicht nur habe ich leider eine All-seasons-Figur, ich kenne auch keine Sommer- oder Wintermusik (von Vivaldis «Vier Jahreszeiten» einmal abgesehen). Und ich trinke nun mal auch im Hochsommer ebenso gern einen Châteauneuf-du-Pape (etwa zu einer Kalbsniere vom Grill, aber bitte mit Fettrand!) wie im Winter einen knackigen Albariño. Ist ein Zeit für schwere Weine, ist ein Zeit für leichte – aber quer durchs Jahr, je nachdem, wem welche Stunde und Stimmung schlägt.

So sei hier das Lob eines leichten Weins *for all seasons* angestimmt, was eben nicht einen belanglosen Wein meint. Kalterersee gehört ja zu jenen Appellationen, die uns noch vor relativ kurzem das Fürchten gelehrt haben. Was unter solcher Etikette auf die Alpennordseite gelangte, war oft genug ein gesamtitalienischer Querschnitt bis runter nach Sizilien. Auch um die autochthonen Südtiroler Spezialitäten Lagrein und vor allem Vernatsch stand es lange nicht zum Besten: Den Ruf der letzteren signalisierte schon ihr italienischer Name «Schiava» (Sklavin). Dabei waren deren ertragsärmere kleinere Klone schon immer gut für süffige, frische, diskret fruchtige Rote.

Der Paradigmenwechsel hat längst stattgefunden, im Südtirol. Aber noch haftet dem saubersten Vernatsch ein leiser Hautgût des alten Vorurteils an. Das rechte Mittel, dieses zu korrigieren, ist die Kalterersee Auslese «Olte Reben» von Thomas Pichler, einem kleinen Winzer in Kaltern (10 000 Flaschen, *olles in ollem*, davon rund die Hälfte von diesem Vernatsch). Einer dieser Weine, die sich uns nicht aufdrängen und sich weniger durch besondere Sensationen empfehlen als durch die Abwesenheit von falschen Ambitionen. Ausbau im Stahl. Feine Aromatik, gute Säure. Schmeckt nach nichts ausser sich selbst. Und nach immer mehr.

Thomas Pichler: Kalterersee Auslese Olte Reben 2011. 12,6%. Vinoversum, Neftenbach. Fr. 14.50. www.vinoversum.ch

Das coole Sommerquartett

Von Jürg Zbinden

1 — Jeder anständige Sommer braucht zwei Dinge: einen Sommerhit und einen Sommerdrink. Und ab und zu ein bisschen Sonnenschein. Der Gute-Laune-Saisonhit ist «Get Lucky» von Daft Punk, während der holländrige «Hugo» und Aperol Spritz Gefahr laufen, ihre Spitzenpositionen in puncto Beliebtheit an den Lifestyle-Aperitif Lillet zu verlieren. Der Wein-Aperitif ist die ideale Zutat für erfrischend leichte Cocktails. Die Erfolgsgeschichte beginnt 1872 im kleinen Örtchen Podensac, nahe Bordeaux, wo die Brüder Paul und Raymond Lillet die Idee für ein Aperitif-Getränk aus heimischen Weinen und Fruchtlikören entwickelten. Sie experimentierten mit Gewürzen und Likören in verschiedenen Geschmacksvariationen, bis die perfekte Mischung entstand. Noch heute wird Lillet in einem kleinen Betrieb in Podensac nach dem streng geheimen Originalrezept hergestellt. Beste Bordeaux-Weine, ausgewählte Liköre aus Orangenschalen, ein Hauch Chinarinde (Chinin) und weitere Geheimzutaten reifen mehrere Monate in einem alten Eichenfass zum Aperitif der besonderen Note. Die Rezeptur ist vollkommen natürlich und in Handarbeit hergestellt. In der Schweiz sind Lillet blanc und Lillet rosé (75 cl) im ausgewählten Fachhandel, darunter Manor, Globus und Jelmoli, ab etwa 20 Franken erhältlich.

2 — Wer auf Beauty aus der Natur schwört, ist bei der Marke Nuxe (aus *nature* und *luxe*) richtig. «Prodigieux», das neue Damenparfüm, wurde aus dem «Huile Prodigieuse» des Hauses entwickelt. Es vereint erfrischende Zitrusnoten von Bergamotte und Mandarine mit blumigen Nuancen von Orangenblüten. In ausgewählten Apotheken, Drogerien und Kaufhäusern für etwa Fr. 65.– (50 ml).

3 — Der «Lounge Chair» von Charles & Ray Eames nobilitiert das Heim der vom Glück Verwöhnten. Sein Idealpartner ist dieser Zeitungsständer mit handgefertigter Ledertasche und extra erhältlichem Bündelhilfe. Wer Willy Guhls Eternitstuhl vorzieht – es gibt den Zeitungsständer auch in Eternit oder in kühlem Stahl zum Preis von je Fr. 987.–. Soll der Inhalt des formschönen Mini-Alt-papiercontainers entsorgt werden, einfach Tasche herausheben und ab damit zur Sammelstelle. Von Lebenszubehör by Stef's unter www.stefs.biz.

1



2



3





Auto

Es donnert der Motor

Der neue F-Type von Jaguar ist ein wunderbarer, offener Vergnügungswagen. *Von David Schnapp*

Der neue F-Type von Jaguar gehört zu den aufregendsten Neuerscheinungen der laufenden Saison. Ein komplett neues Auto, ein reiner Zweisitzer und eine fröhliche Spassmaschine – der britische Roadster ist der moderne Wiedergänger des Klassikers E-Type, ohne aber mit nostalgischen Zitaten dick aufzutragen. Mit Ausnahme der schmalen, schönen Heckleuchten erinnert nichts an den Vorgänger aus lange gewesenen Tagen. Man sagt ja, Autos hätten ein Gesicht, und von vorne, wenn die schmalen Bänder des Tagfahrlichts leuchten, sieht der F-Type aus wie ein unternehmenslustiger Junge, der gleich etwas völlig Überraschendes tut.

Es gibt den F-Type in drei Motorvarianten: zwei Sechszylinder mit 340 und 380 PS sowie ein Achtzylinder mit 495 PS, alle drei sind mit einem «Doppelschaufel-Roots-Kompressor» (Prospekt) ausgestattet. Den stark motorisierten V8 werden wir später im Jahr noch vorstellen, zunächst sind wir den stärkeren der beiden V6 gefahren.

Mit einem donnernden Röhren startet der Motor, und wer die Sportgasanlage mit schalt-

baren Klappen (Fr. 330.–) hat einbauen lassen, kann per Knopfdruck dafür sorgen, dass ihn sein F-Type akustisch bestens unterhält. Je nach Drehzahl, Gang et cetera untermalt der Wagen die Fahrt mit einer bunten Palette schöner Motoren- und Auspuffgeräusche. Das Ding scheint bei der zügigen Beschleunigung aus einer Kurve so viel Freude zu haben wie der Fahrer selbst. Manchmal spritzt und rumort es, kleine eingestreute Fehlzündungen sorgen für Stimmung.

Das adaptive Fahrwerk hält mit einer ausgeklügelten elektronischen Überwachung und dem mechanischen Sperrdifferenzial an der Hinterachse ausgezeichneten Bodenkontakt. Der Motor dreht leicht hoch und entwickelt bei 3500 bis 5000 Umdrehungen ein maximales Drehmoment von 460 Nm. Beim Preis scheint man sich bei Jaguar am deutschen Modell zu orientieren. Während 112 500 Franken für das Basismodell noch freundlich erscheinen, machen sich die vielen Optionen und Pakete in der Endabrechnung deutlich bemerkbar.

Fazit: Es macht Freude, ein Auto zu fahren, das ausschliesslich dafür gebaut zu sein scheint, Freude zu machen: In ein paar Sekunden ist das automatische Stoffverdeck geöffnet, dann bläst einem der warme Sommerwind um die Ohren, man riecht den Bärlauch im Wald und hört den Motor donnern, röhren, spritzen und husten. So haben wir es gern.

F-Type 3.0 V6 S/C Convertible S

Leistung: 380 PS, Hubraum: 2995 ccm

Höchstgeschwindigkeit: 275 km/h

Preis: Fr. 112 500.–, Testwagen: Fr. 140 450.–

Zu Tisch

Champagnerlaune

Von David Schnapp



Wenn Dom Pérignon einen neuen Jahrgangschampagner auf den Markt bringt, ist das eine grosse Sache, die mit einigem Brimborium bekanntgemacht wird, denn nur ein gutes Jahr gibt einen neuen Wein. Dann gibt es zum Beispiel ein Dinner bei Benoît Violier, dem einen von zwei Drei-Sterne-Köchen in der Schweiz und Koch des Jahres 2013 im «Gault Millau», der letztes Jahr in Crissier höchst erfolgreich die Nachfolge von Philippe Rochat angetreten hat («Raumschiff «Enterprise» als Küche», *Weltwoche* Nr. 40/12).

So fanden sich kürzlich interessierte Kreise in der Lausanner Vorstadt ein, um mit einem eigens kreierten Abendessen die Vielseitigkeit des «Millésime 2004» von Dom Pérignon anschaulich vorgeführt zu bekommen. Dabei konnte Violier nicht frei komponieren, sondern hatte klare Vorgaben, denn jeder Gang musste einer Farbe entsprechen. Weiss, gelb, rot, grün und «dunkel» hatten die Gänge zu sein, so wollte es Richard Geoffroy, der eloquente Kellermeister von Dom Pérignon. Das Dinner in Champagnerlaune begann mit einer Muschel-Velouté, einem Gang, der die Mineralität des Schaumweins gut zur Geltung brachte. Gelb waren dann die Karotten, die mit Morcheln aus dem Jura und einer Reduktion aus Morcheln, Schalotten, Olivenöl und Beurre noisette kombiniert wurden. Rot leuchteten die Langustinen aus der Keltischen See und die Tomaten aus dem Tessin. Das Krustentier und das Fruchtgemüse, das mit kräftiger, edler Säure und leichter Süsse auffiel, harmonierten gut, auch wenn der Gang etwas einfach schien, brachte er doch den Champagner gut zur Geltung. Im Preetext heisst es, «Das Bouquet entfaltet sich spiralförmig.» Ob das so ist, kann ich mangels besserer Kenntnisse nicht sicher sagen, aber auf jeden Fall schmeckt der «Vintage 2004» harmonisch und passt zu vielen Gerichten, auch zur Hauptspeise, einem im Ganzen gebratenen jungen Perlhuhn aus der Bresse, das mit Bohnen und Erbsen (grün) kombiniert wurde.

Dom Pérignon Vintage 2004:

ab Juli im Handel (z. B. Globus), Fr. 199.–

Restaurant de l'Hôtel de Ville, Benoît Violier:
Rue d'Yverdon 1, 1023 Crissier



«Immer gleich wechselhaft»: Unternehmer Wick, 47.

MvH trifft

Peter Wick

Von Mark van Huisseling — Das Wetter ist so schlecht, dass man nicht mehr darüber reden mag. Ausser mit einem Meteorologen.

Wie wird man Meteorologe?» – «Aus Leidenschaft.» – «Das ist mehr <warum> als <wie>.» – «Nein, weil man nur Meteorologe werden kann, wenn man es gern macht. Es ist etwas, wozu man sich bestimmt fühlt, und dann irgendwas macht in diese Richtung. Dieses <Irgendwas> ist in der Schweiz nicht ein normaler Weg, weil man nicht Meteorologie studieren kann, man müsste Geografie oder Atmosphärenphysik studieren, und ein biederer Teil davon ist Meteorologie.» – «Wie war dein Weg?» – «Ich habe Betriebswirtschaft studiert an der Uni und ab und zu Geografievorlesungen besucht; alles, was mit Wetter zu tun hatte.» – «Hat dich das Wetter schon früh interessiert?» – «Seit ich sechs Jahre alt bin. Schnee, Wolken, Gewitter ... das fand ich schon immer extrem lässig.» – «Wie sieht der Tag eines erwachsenen Meteorologen aus?» – «Wenn ich Wetterschicht habe, steht man um halb drei auf, geht um halb vier ins Büro und analysiert

die Wettermodelle. Dann fängt man an, die Radiowetterberichte zu schreiben – wir haben ja dreizehn Lokalradios, die wir mit Wetterberichten versorgen. Und nebenbei macht man die Analyse der neuen Wettermodelle, die reinlaufen. Wir interpretieren die Daten für 200 Wetterstationen, also Orte, für die wir Vorhersagen machen, in der Schweiz und in Frankreich; das ist manuelle Arbeit, die Interpretation, und eigentlich die Kunst der Geschichte.»

Peter Wick, 47, ist der Gründer von Meteornews, eines privaten Wetterdiensts («Einer der führenden Anbieter der Schweiz», Wikipedia). Man kann sagen, Meteornews ist ein erfolgreiches KMU (zirka vierzig Mitarbeiter; Hauptsitz in Zürich, Zweigstellen in Crissier sowie Paris und Dijon) und Wick der KMU-Chef-Typ (Fotos der Familie [zwei kleine Söhne] im Büro aufgestellt, Golfspieler). Er arbeitet an der Siewerdstrasse in Oerlikon unter dem Dach eines Hauses, in dem es verschiedene Dienstleis-

tungsfirmen gibt; zwei Stockwerke tiefer ist die IT, die Rechner füllen das Geschoss.

«Regnet es am Wochenende mehr als an Werktagen?» – «Nein, das Wetter kennt keinen Kalender. Wenn es einmal so ist, dann ist das Pech. Das Wetter hat manchmal Analogien, und es gibt Wiederholungseffekte, und wenn sich ein Fünf- oder Sechstagerhythmus einstellt, kann es sein, dass es ein paar Mal hintereinander schlecht ist am Wochenende.» – «Kann man sagen, das Wetter wird immer extremer?» – «Was man festgestellt hat: Seit 2000 ist es wärmer geworden, ein deutlicher Temperaturanstieg.» – «Wie viel in Grad?» – «Zirka ein Grad. Und ein System, in dem mehr Wärme drin ist, ist ein System, in dem mehr Energie drin ist, logischerweise. Und die Energie muss irgendwo raus; es sieht so aus, als gäbe es nicht häufiger Unwetter, aber ein bisschen heftigere. Das ist eine Tendenz, aber statistisch noch nicht hundertprozentig verifiziert.» – «Dieses Jahr war das Wetter im Frühling besonders schlecht, nicht wahr?» – «Ja, es war ein schlimmer Frühling, auch für mich, ich musste immer schlechtes Wetter vorhersagen. Aber sonst stelle ich fest: Das Wetter ist immer gleich wechselhaft.»

«Werden die Prognosen genauer?» – «Unsere Prognosen für die nächsten 24 Stunden treffen mit neunzig Prozent Wahrscheinlichkeit zu, das ist ein Grob-Rating.» – «Was heisst <zutreffen> – Temperatur plus/minus fünf Grad?» – «Für mich muss man die Temperatur auf ein bis eineinhalb Grad genau voraussagen können. Der Anspruch an die Prognosen ist gestiegen, man hat sich daran gewöhnt, dass sie schlussendlich stimmen. Aber weil man immer detailliertere Vorhersagen macht – Winterthur, nicht Alpennordseite, Wallis und Mittelbünden zum Beispiel –, wird es immer schwieriger.»

«Weshalb ist es überhaupt schwierig, das Wetter vorherzusagen?» – «Das Wetter ist ein Chaossystem, es gibt den Schmetterlingseffekt – wenn irgendwo ein Schmetterling furzt, kann es in Sibirien zum grossen Hagel kommen sozusagen ... Man muss globale Effekte reinrechnen und mikroklimatische Effekte bei uns.» – «Weshalb interessiert uns das Wetter noch? Die Mehrheit der Menschen arbeitet im Büro, ist also im Grunde gar nicht exponiert.» – «Da widerspreche ich: Das Wetter ist nach wie vor wichtig für jeden Aspekt unseres Lebens; Ernten hängen davon ab, es betrifft die Bekleidungsindustrie, die Bauindustrie und so weiter. Und dann haben wir grundsätzlich relativ wenig Freizeit, also interessiert es ziemlich genau, ob es an dem Abend regnet, an dem wir grillen wollen.» – «Will man mit dir mehr über das Wetter smalltalken oder über Jörg Kachelmann?» – «Kachelmann ist praktisch kein Thema mehr.»

Sein Lieblingsrestaurant: Für Fleisch «Rolli's Steakhouse», Gerbegasse 9, Kloten, Telefon 044 814 27 74. Für italienisch «Antiquario», Freiestrasse 213, Zürich, Telefon 044 381 46 46.

HUBLOT



18
81
meister
ZÜRICH

Bahnhofstrasse 33, CH-8001 Zürich, T +41 (0)44 211 19 33



HUBLOT

Big Bang Jeans.
Chronograph aus Edelstahl mit 114
Diamanten von insgesamt 1,22 Karat.
Zifferblatt aus echtem Jeansstoff
besetzt mit 8 Diamanten. Armband
aus Jeansstoff und Kautschuk.
Auf 250 Exemplare limitierte Serie.

www.hublot.com • twitter.com/hublot • facebook.com/hublot